

AUTONOMOUS

ARTS
ENTERTAINMENT



VORWORT

Als Inhalte AG haben wir uns die Frage gestellt, ob wir intern tatsächlich über die zukünftigen Inhalte des AZs sprechen sollen und sind uns schnell einig geworden, dass solche Fragen wie Organisationsstruktur und ein politischer Grundkonsens natürlich nicht nur von einer kleinen Gruppe diskutiert werden sollte, sondern von möglichst vielen aus der Kampagne. Daher die Idee für einen Seminartag, an dem wir unsere Vorstellungen über die wichtigsten Fragen austauschen können und so eine möglichst breite inhaltliche Basis erschaffen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir allein dadurch, dass wir die Fragen und die Texte auswählen, die Diskussion bereits im Vorfeld „lenken“, hoffen aber, dass wir genug Offenheit bieten können.

Dieser Reader soll eine Diskussionsgrundlage für den Tag darstellen, wobei wir klarstellen möchten, dass wir keinesfalls mit allen dort vorkommenden Positionen einverstanden sind. Vielmehr haben wir uns bemüht, konträre Positionen einzubringen. Trotzdem wäre es für eine Diskussion gut, wenn wir alle die selbe Basis haben, deshalb bitten wir darum, die Muss-Texte zu lesen. Wer sich darüber hinaus noch in eine Sache vertiefen möchte, lese die Kann-Texte, im Inhaltsverzeichnis grau dargestellt.

An dem Seminartag geht es uns nicht darum, mit fertigen Entscheidungen hinauszugehen oder einen völligen Konsens in allen Fragen zu erzwingen. Vielmehr möchten wir einen Raum zum Austausch und zur Diskussion schaffen, Reflexionsprozesse anstoßen, und eine gemeinsame Grundlage schaffen, auf die wir uns beziehen können, was inhaltliche Diskussionen auf lange Sicht effizienter gestalten könnte. Wir wollen also keine Diskussionen abwürgen um Ergebnisse zu erzwingen. Sollte sich der Bedarf nach einer mehr ergebnisorientierten Diskussion herausstellen, können wir einen zweiten Seminartag organisieren.

Also- frisch ans Werk! Manos a la obra! Viel Spaß beim Lesen und Diskutieren!

INHALTSVERZEICHNIS

WOZU EIN AZ?

» Keimformen und freie Gesellschaft	1
» Du pain et des jeux	2
» Freiraum oder richtig feiern - Zur Angemessenheit des Freiraumkonzepts	4
» Für ein autonomes Zentrum in Darmstadt	7
» Landesamt für Verfassungsschutz Ba-Wü: Autonome Zentren	9

ORGANISATION

» Anarchismus und Recht - Nach welchen Prinzipien löst die anarchistische Gesellschaft ihre Konflikte?	10
» 5 Leitbilder der Entscheidungsfindung von unten	11
» Offener Raum - Was ist das?	15
» Methoden zur Entscheidungsfindung - Jede Entscheidung ist Herrschaft	16

POLITISCHER GRUNDKONSENS

» Was heißt linksradikal	18
» Überlegungen über das Verhältnis von Emanzipation und kollektiven Identitäten	20
» Was ist Homophobie	22
» Sexismus – vom Allgemeinen zum Besonderen	23
» Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik	26
» Von biologistischem zu kulturalistischem Rassismus	28
» Kapital und Nation	30
» Lookism – was „Schönheit“ mit Herrschaft zu tun hat	32

LINKE KULTUR

» Linke Mythen in bunten Tüten - Ein Diskussionsbeitrag zur Diskussion zum Verhältnis von Kultur und Politik	34
» Gestrüpp aus Querverweisen und ästhetischen Verwirrspielen - Diskussion zum Verhältnis von Kultur und Politik	35
» (Sub)Kultur und libertäre Bewegung - Making DIY a threat again	37
» Appropriate your City! - Auszüge aus der Zeitung für die Nachtzandemo 2008 in Frankfurt/Main	39
» Liberté Toujours! - Den alltäglichen Wahnsinn überwinden	40

In unterschiedlichen Diskussionsstränge auf dem Keimform-Blog bin ich verstärkt auf die Frage gestoßen, was denn eigentlich ‚Keimformen‘ einer neuen, freien Gesellschaft sein könnten und wie genau die Organisation in dieser Gesellschaft und diesen ‚Keimformen‘ aussehen könnte. Und wollte nun meine Sicht auf die Dinge noch mal etwas präzisieren.

Bei ‚Keimformen‘ geht es darum, dass es bestimmte Aspekte/Momente/Institutionen/Praxen in einer alten Gesellschaft gibt, die aber bereits über diese Gesellschaft hinaus und in eine neue Gesellschaft hineinweisen. Sie würden etwa heute in unfertiger Form menschliche Praxis organisieren und dabei bereits auf eine spätere, noch nicht herausgebildete Praxis in einer befreiten Gesellschaft verweisen.

Eine Kritik, die dem Begriff der ‚Keimformen‘ immer wieder entgegen gebracht wird, ist die der Naturalisierung sozialer Prozesse. ‚Keimform‘ klingt ein wenig nach dem Keim einer Pflanze, der dann (biologisch) wächst und größer wird und am Ende steht dann ein ganz tolles Gewächs in der Gegend rum. Eine solche Vorstellung von ‚Keimformen‘ würde übersehen, dass Gesellschaft immer etwas von Menschen gemachtes ist und das sie sich durch das Handeln von Menschen verändert. Und nicht aufgrund irgendwelcher Naturbedingungen.

Theoretisch knüpft eine solche Vorstellung von ‚Keimformen‘ als Emanzipations-Automatik an den historischen Materialismus von Karl Marx an. Bei dem folgen unterschiedliche gesellschaftliche Epochen aufeinander, die jeweils durch auf bestimmten Niveau entwickelte Produktivkräfte und entsprechende Produktionsverhältnisse bestimmt sind. Wenn dann irgendwann die Produktivkraftentwicklung nicht mehr zu den Produktionsverhältnissen passt, dann ist Schluss mit Lustig und die Produktionsverhältnisse werden gesprengt und eine neue Gesellschaftsformation bildet sich heraus.

Nun mag es sicherlich sein, dass bestimmte Techniken Potentiale enthalten, die andere nicht haben. Daraus aber einen Automatismus zu konstruieren, geht dann wohl doch etwas zu weit. Und lässt sich letztendlich auch in der historischen Entwicklung nur schwerlich nachweisen. Auch wenn das in dieser Konsequenz vermutlich niemand behaupten würde, so bringt diese Feststellung doch Anforderungen mit sich für die genauere Bestimmung von dem, was wir sinnvoller Weise unter Keimformen verstehen können.

Gerade weil es sich bei keimförmiger Praxis nicht um ein Naturgesetz handelt, können wir nicht dabei stehenbleiben, technische Innovationen als Keimform zu beschreiben. Also etwa die Solarenergie, weil sie sich so schön kleinräumig einsetzen lässt und schön zu dezentralisierten basisorientierten Entscheidungspro-

zedierungen hinausweisen.

Es gibt zwei Formen von sozialen Praxen, die in gewisser Weise quer zur herrschenden Gesellschaft stehen – ob ihnen das nun bewusst sein mag oder nicht. Das eine sind soziale Bewegungen. Denn die fordern ja etwas, das ihnen vom System versagt wird. Innerhalb dieser sozialen Bewegungen gibt es dann meist ein wildes Gemisch aus konservativen, liberalistisch-naiven, sozialdemokratischen und emanzipativen Vorstellungen. Diese Strömungen kämpfen innerhalb dieser Bewegung um Deutungshoheit, ohne dabei die gemeinsame Forderung aufgeben zu können.

In diesem Sinne ließe sich etwa von einer Freie-Software-Bewegung sprechen, in der Menschen mit unterschiedlichen politischen oder sozialen Motiven aktiv sind. Einige haben dabei eine systemüberwindende Perspektive, andere nicht. Nun ist es für die Existenz dieser Bewegung nicht wichtig, dass alle diese systemüberwindende Perspektive haben. Aber es ist wichtig, dass einige sie haben. Und es wäre schön wenn es einen stetigen Auseinandersetzungsprozess über diese Fragen innerhalb der Bewegung gäbe. Denn die Tatsache, dass die Leute innerhalb dieser Bewegung auf Dinge aus sind, die dem herrschenden Umgang mit Wissen, Dingen und Menschen widersprechen, macht einen Möglichkeitskorridor auf, in dem Menschen oft wesentlich aufgeschlossener gegenüber neuen Deutungsmustern sind als das für gewöhnlich der Fall ist. Darüber hinaus wäre es auch wichtig, die Auseinandersetzung um Herrschaftsverhältnisse zu führen, die nicht in der Ablehnung von Wertverwertung, Tausch und Geld aufgehen. Etwa um das moderne Geschlechterverhältnis, das ja nun unzweifelbar auch in der Open-Source-Szene reproduziert wird.

Aber natürlich geht das Phänomen nicht darin auf. Ein weiterer mir wichtiger Aspekt wurde von Christoph Spehr mit der Bezeichnung „Postmodernes Kollektiv“ belegt. Damit bezeichnet Spehr Organisationsprojekte jenseits des Mainstreams. Dazu zählen WGs ebenso wie Garagenbands, Kneipenkollektive, selbstorganisierte Häuser/Räume und Freie-Software-Projekte. In solchem Projekten laufen ähnliche Prozesse ab wie in sozialen Bewegungen. Hier wird eine soziale Praxis etabliert, die in gewisser Weise den herrschenden Anforderungen widerspricht. Das kann der gemeinsame Einkauf in der WG ebenso sein wie der kostenlose Kaffee-Ausschank im Selbstorganisierten Cafe oder die gemeinsame, dezentrale Entscheidungsfindung im Kneipenkollektiv. Auch hier hat diese Praxis oftmals für einen Teil der Beteiligten bereits etwas damit zu tun, die herrschenden Vergesellschaftungsformen überwinden zu wollen. Aber auch hier ist das keineswegs Konsens, oftmals werden Dinge nur deshalb praktiziert, weil sie einfach Vorteile mit sich bringen, aktuell angenehm sind oder was auch immer.

Und das alles ist natürlich auch kein Wunder. Schließlich ist die

schon bei Marx (im Ansatz) finden lässt.

Marx spricht in seiner Klassentheorie von „Klassen an sich“ und „Klassen für sich“. Die „Klasse an sich“ befindet sich zwar objektiv in einer bestimmten Situation, etwa in einer gegensätzlichen Position zu einer anderen Klasse. Sie muss davon aber nicht unbedingt ein Bewusstsein haben. Erst wenn sie dieses Bewusstsein erwirbt, wird aus der „Klasse an sich“ auch die „Klasse für sich“. Letztere hat dann eine Erkenntnis ihrer Lage und kann sich so auch aufmachen, sie zu verbessern.

Postmoderne Kollektive befinden sich auch im Stadium des „an sich“. Sie weisen „an sich“, durch ihre Struktur, ihr Anliegen und ihre Praxis über die herrschende Vergesellschaftung hinaus. Sie haben davon aber in der Regel kein Bewusstsein. Soll daraus eine gesellschaftsverändernde Perspektive entstehen, muss aus dem „Kollektiv an sich“ ein „Kollektiv für sich“ werden. Ein seiner selbst bewusster Zusammenschluss von Menschen, der gemeinsam und bewußt für ein (meinetwegen auch anti-) politisches Ziel kämpft.

Das ist nur logisch, denn schließlich ist das Problem im Kapitalismus ja nicht einfach, dass da der eine Mensch über den anderen herrscht. Vielmehr handelt es sich um ein bewusstloses, sachliches Herrschaftsverhältnis. Da tun alle etwas und am Ende kommt was raus, was niemand intendiert hat. Schließlich setzen die Menschen nicht bewusst ihre Arbeiten als Werte gleich: Ganz im Gegenteil, wie Marx (zurecht) bemerkt: „Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen es nicht, aber sie tun es.“ (MEW 23, 88)

Das Bewusstlose im Kapitalismus ist ja eben nicht nur Schein, sondern durchaus Realität. Der gesellschaftlichen Beziehungen nämlich erscheinen den Menschen „als das was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“ (MEW 23, 87) Insofern ist das nicht nur ein „scheinbar unabhängiges „bewusstloses“ Verhängnis“ (Stefan Meretz), sondern ein ganz reales Verhängnis. Eins natürlich, das von Menschen geschaffen und deshalb von ihnen veränderbar ist. Aber nicht durch puren Willen, sondern durch Veränderungen der sozialen Praxis. Eben indem auf transparente, gesellschaftliche Kommunikation statt auf individuelle Prozesse gesetzt wird.

Das wäre dann ein Zustand, in dem sich die Menschen bewusst die gesellschaftlichen Produktionsmöglichkeiten unter ihre gemeinsame Entscheidungskompetenz unterordnen. Womit dann auch die Unterordnung unter den rein sachlichen Zusammenhang aufgelöst wäre, schließlich geht es darum, die Entscheidungsfindung an den jeweiligen Bedürfnissen und Wünschen auszurichten. Dieser Übergang setzt aber ein bewusstes Wollen der Beteiligten voraus.

Eine Aufhebung sachlicher Vergesellschaftung bringt ein Problem mit sich: es müssen neue Entscheidungs- und Meinungsverfahren entworfen werden, die bislang nicht nötig waren. Denn bislang wurde das ja alles „automatisch“ geregelt. Wenn wir solche Automatismen aber überwinden wollen, dann müssen diese Praktiken auch von Menschen gelebt werden, die sich ihrer selbst und ihrer Gesellschaft als solcher bewusst sind. Auch wenn wir nicht sagen können, wie solche Prozesse im detail aussehen werden, so können wir doch diese allgemeine Bestimmung als Voraussetzung und Ziel benennen. Sach ich mal.

[. . .] Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Missständen abzuweichen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Es gehören hierher: Philanthropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeitsorganisierer, Abschaffer der Tierquälerei; Mäßigkeitsvereinstifter, Winkelreformer der bunt-scheckigsten Art[. . .] Wenn die Bourgeoisie das Proletariat dazu auffordert, seine Systeme zu verwirklichen und in das neue Jerusalem einzugehen, so verlangt sie im Grunde nur, dass es in der jetzigen Gesellschaft stehenbleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.“ (MEW, ausgewählte Schriften, Bd. 1, S. 51-52)

Was haben so manche Antifas, erfolglose KünstlerInnen, TierfreundInnen, Technokids, „irgendwie linke KlimafreundInnen mit GlobalisierungskritikerInnen und studentischen Bewegungslinke gemeinsam? Sie alle eint der offensichtliche Wunsch nach Organisation in einem sogenannten „Freiraum“: „unkommerziell“ und frei von all den Zwängen, Normierungen und Erniedrigungen, die mit dem alles durchdringenden Kapitalverwertungsprozess einhergehen. In einem unverbrüchlich romantisch-religiösen Glauben an ein „richtiges Leben“, das mensch entgegen anderslautender kritisch-theoretischer Gerüchte eben irgendwie doch im „falschen Ganzen“ führen könne, ersetzt manch eine/r theoretische Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse und eine sich so begründende Praxis der emanzipatorischen Kleinstarbeit durch euphorischen Aktionismus und bürgerlichen Alltagsglauben. Wenn von „Freiraum“, Einheit und Zusammenhalt einer nebulösen Linken schwadroniert wird, wenn ständiges Gruppengeklügel und identitäre Riten die Kritik „um’s Ganze“ ersetzen, dann ist die Zeit gekommen, sich gewisse Basisbanalitäten in Erinnerung zu rufen.

DER SCHUSS INS EIGENE KNIE

„Die Wohnviertel, grau und unfreundlich, überall Betonwüste. Nur die Reicheren unter uns können sich ein Häuschen im Grünen leisten. Wir, die ausgebeuteten StudentInnen und lohnabhängig Beschäftigten (um nicht zu sagen Proletariat), müssen Verkehrslärm auf engem Wohnraum ertragen und fahren höchstens einmal im Jahr in den Urlaub. Konsumtempel und Boutiquen, in denen billigt produzierter Ramsch dem zombiehaft ergebenden Konsumsklaven angedreht wird, bestimmen die Szenerie im Stadtkern. Kunst und Kultur findet nur statt insofern es sich rechnet und Umsatz erzielt wird. Die Eintrittspreise für selbige sind zu hoch. Kinder in der dritten Welt produzieren unser Plastikspielzeug zu einem Hungerlohn. Artenvielfalt bedroht und Tiere ausgebeutet, Atomkraft, Genmais, Fahrpreiserhöhung, Waldsterben, Rassismus, Sexismus und unfähige Politiker, die Welt ist einfach zum kotzen ungerecht“ (Von einem unbekanntem studentischen Kritiker, mit vor Empörung geröteten Bäckchen vorgetragen)

Nett, wenn mensch sich wenigstens noch die Aufmerksamkeit und Empathie bewahrt hat, sich über diese multiplen Missstände überhaupt ärgern zu können und sich dafür einsetzt, Abhilfe zu schaffen. In Bürgerinitiativen, Kampagnen und Suppenküchen drückt sich dieser Wille in der Regel aus und wie die Wiesen-Feld- und BaumbesetzerInnen von der Ökofraktion kämpfen solche Weltverbesserer meist gegen Windmühlen an. Aber immerhin: wer will schon etwas gegen Nachtflugverbote, billige Fahrkar-

ten und dergleichen sagen? Noch netter wird es, wenn der/die engagierte RealitätskritikerIn zu ahnen beginnt, dass diesen gefühlten Übeln unsere auf Privateigentum und Ausbeutung basierende Produktionsweise zugrunde liegen könnte. Dieser in den verschiedensten Ausformungen anzutreffende vorthoretische Zustand nennt sich landläufig eine „kapitalismuskritische Haltung“. Aber leider kommen die meisten dieser KapitalismuskritikerInnen während ihrerständigen Kampagnen und bündnispolitischen Organisationsbemühungen der Lösung des Problems nicht wirklich näher. Breitenwirkung und reale Erfolge der unterschiedlichen „Verbesserungskampagnen“ bleiben zudem vernachlässigbar, der deutsche Alltag geht ungehindert seinen gewohnten Gang und die meisten der bei diesen strohfeuerartigen Bewegungen - wie etwa den Studiengebührenprotesten - anpolitisierten Personen verschwinden nach einiger Zeit wieder von der Bühne des Geschehens. Eine Minderheit wiederum stürzt sich, genau wie schon Generationen vor ihnen, in die Erlebniswelt der linken Szene und engagiert sich hier in den unterschiedlichsten Aktionsfeldern. Egal ob der eigene Distinktionsgewinn eher beim Steineschmeißen oder Unterschriftensammeln zu erlangen ist, immer findet ein schon vorgefertigtes Produkt im großen Szeneeinkaufskorb seine dankbaren AbnehmerInnen. Die amorphe Masse der kapitalistischen Warenansammlung drängt so den Verbesserungswillen des Subjekts zurück in altbekannte Bahnen. Die RevolutionärInnen, die kurz zuvor noch vermeintlich alle Verhältnisse umstürzen wollten, die den Menschen zu einem „geknechteten und verächtlichen Wesen“ machen (Marx), verwandeln sich – ohne dass sie sich dessen notwendig bewusst werden müssten - in LiebhaberInnen brennender Mülltonnen und/oder weiß gestrichener Wände. Das Bedürfnis nach Veränderung wird durch eine warenförmige Attitüde befriedigt und statt der Bekämpfung der auf Privateigentum und Ausbeutung basierenden Produktionsweise wird paradoxerweise immer wieder das Geschäft derer betrieben, denen mensch doch unversöhnlich gegenüberzustehen meint. Ob alternative Party mit seit dreißig Jahren akribisch konserviertem Punkrock, das Konzert mit mainstreamuntauglicher Crust-Combo oder die Ausstellung mit unverkäuflichen Photos: Faktisch wird das bestehende Einerlei der Kulturindustrie nur um einen mehr oder weniger exotischen Faktor erweitert, um eine gefühlte Angebotslücke zu schließen. Bleibt die revolutionäre Kritik außen vor, dann verharren die einzelnen ProtagonistInnen als ehrenamtliche DienstleisterInnen in subkultureller Szenewurschtelei. Doch anstatt sich der erdrückenden Schwierigkeiten revolutionären Handeln bewusst zu werden, bleiben die Menschen in freiwilliger Angststarre stehen oder ruhen sich auf den Lorbeeren des vermeintlich Erreichten aus und verteidigen die eigene, längst zum Ritual verkommene Haltung mit Zähnen und Klauen. Die Szenedemo oder das möglichst unkommerzielle Konzert wird so zum Selbstzweck und zur sinnentleerten Handlung, die allenfalls noch dazu taugt, den Enkeln einmal erzählen zu können, wenigstens irgendetwas „getan“ zu haben. In der Verdrängung vager Ahnungen ist mensch sich unausgesprochen einig, deswegen muss jegliche Kritik unüberdacht abgewiesen, jeder Nörgler und jede Nestbeschmutzerin weggebissen werden. Und da allzeit ein Fetisch bereit steht, um das diffuse Bedürfnis nach Verbesserung der Gesamtlage mit unausgegorener Pseudopraxis zu befriedigen, gibt es auch keinen Anlass zur inneren Retour. Ein besetztes Haus, eine „emanzipierte Party“, eine linke Technoparade kann kein Freiraum sein, solange die ProtagonistInnen mit dieser gut erstudierten und jahrelang erprobten Vorstellung bereits beginnen, bevor sie sich überhaupt wirklich klargemacht haben, welcher Art die gesellschaftlichen Zwänge denn eigentlich sind, von denen mensch sich hier zu befreien versucht.

BIER: 2,50 EURO (50 CENT PFAND)

Selbst für hartnäckige AktivistInnen sollte es, allen in diesen Freiräumen postulierten Ansprüchen zum Trotz, nur schwer abzustreiten sein, dass es in der linken Subkultur nicht mehr oder weniger Sexisten und Macker gibt als in der Normalgesellschaft auch. Wenn selbst noch recht simpel anmutende Verhaltenskodizes, wie etwa eine Frau nicht als „Schlampe“ oder „Fotze“ bezeichnen zu dürfen, nur schwer umsetzbar sind, kann männlich-dominantes Imponiergehabe und Revierverhalten vielerorts schon überhaupt nicht mehr zur Sprache gebracht werden, da der vermeintliche Freiraum längst vor der Fankurvenmentalität seiner NutzerInnen kapituliert hat. Das Selbstverständnis des Wir-sind-die-Guten bricht sich hier wie eh und je an der Realität linker Zusammenhänge. Überdeckt werden solcherlei Widersprüche nicht zuletzt durch einen verhältnismäßig stabilen Gruppenklüngel, der sich, einig im Prinzip „Integration durch Ausschluss“, ständig gegenseitig auf die Schulter klopft und in der studentisch/elitär geprägten linksradikalen Szene ebenso zuhause ist wie irgendwo sonst. Jegliche Kritik Außenstehender wird als gruppenfremd totgehakt und mensch beargwöhnt aus einer gemütlichen Welt gut abgeschotteter Freundeskreise und Kleinstgruppen misstrauisch das Treiben der vermeintlichen Konkurrenz. Bloße Sympathie, Kleidungsstil oder Musikgeschmack ersetzen politisches Bewusstsein, während theoretische Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang oftmals nur noch eine Alibifunktion haben und die Gruppenmanöver der einzelnen Rackets mit einem dünnen Schleier der Rationalität versehen. Keiner kann sich den unbewussten Handlungsmustern entziehen, die aus der Konkurrenz zwischen den Menschen innerhalb der kapitalistischen Produktionssphäre zwangsläufig entstehen und selbst die/der kritischste MarxleserIn muss sich selbst beschämende Eitelkeiten eingestehen wenn er/sie im stillen Kämmerlein aus dem Rausch des Bewegungsrummels aufwacht und gedanklich zur Räson kommt. Die große Zahl an Menschen, die heute noch als Szenequeens und Kings das große Wort führen und morgen schon mit ihrer romantischen Zweierbeziehungs-kiste ein weiß gestrichenes Reihenhaus beziehen, um eine dem eigenen Klassenauftrag gemäße Karriere zu realisieren, führen seit jeher den Gedanken an die böse Welt „da draußen“, außerhalb ihrer eigenen Peergroup, immer wieder aufs neue ad absurdum. Keiner der erarbeiteten theoretischen Inhalte bleibt bei diesen „Emporkömmlingen“ bestehen, während sich die je nach Position (Anführer, Wasserträger) im Racket erworbenen Fertigkeiten (Organisationsgeschick, Führungsqualitäten, usw.) problemlos in ein Spießleben hinüberretten lassen. Die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität als Revolutionär/Revolutionärin lenkt die Meute und die Verhältnisse beißen sich in den Schwanz. Wer sich diese Beschränktheit der eigenen Handlungsmöglichkeiten nicht immer wieder bewusst macht, sich die Begrenztheit gewonnener „Freiräume“ nicht eingesteht und sich in diesen bequem einrichtet, statt sie immer wieder in ihrer völligen Unzulänglichkeit zu hinterfragen, hat bereits aufgegeben, die gesellschaftlichen Verhältnisse einer umfassenden Kritik unterwerfen zu wollen und wäre gut beraten, wenigstens nicht das große Wort von der Abschaffung des Kapitalismus im Munde zu führen. Für diejenigen, die mit den aufgeführten Argumenten nichts anfangen können, weil ihnen die feinen Antennen für linksdeutsche Zwischentöne à la Putzplan und Abschottungsmentalität fehlen, sei noch ein weiteres hinzugefügt: Selbst das besetzte Haus kann sich den auf dem freien Markt ausgehandelten Durchschnittspreisen nicht völlig entziehen. So haben etwa in den meisten Fällen die Wohnhäuser, Kulturläden und kollektiv betriebenen Alternativschuppen kein

eigenes Stromkraftwerk. Selbst beim Rebellion suggerierenden Hardcore-Punk Konzert kommt der Strom aus der Steckdose. Auch wenn die Miete wegfällt, wird die Energie (genauso wie Bier und Chips) nach wie vor beim Kapitalisten gekauft. Der Preis richtet sich letztlich nach der Wirtschaftlichkeit, genauso wie in anderen Läden auch. Der einzige Unterschied ist, dass vom Erlös kein/e KneipeneignerIn leben kann und die einzelnen Beschäftigten gratis, dh. in "unkommerzieller" Selbstaubeutung, den Fortlauf des alternativen Kulturbetriebes gewährleisten. (Was, nebenbei bemerkt, gar nicht selten dazu führt, dass so manche/r ProtagonistIn die ehrenamtliche Tätigkeit in die Eröffnung der eigenen Kneipe oder des eigenen Clubs überführt.) Der Eintrittspreis sowie die Summe an Geldwertzeichen, die für ein Bier auszuhändigen sind, gestalten sich in der Regel etwas niedriger als gewohnt. Das ist zwar für die BesucherInnen ganz nett aber das war's in dieser Hinsicht auch schon. Die Möglichkeit, sich einfach zur Hintertür aus der kapitalistisch bewirtschafteten Gemeinschaftsherberge der deutschen Gesellschaft herauszuschleichen ist einfach nicht gegeben und nur die verwirrtesten ZeitgenossInnen gehen davon aus, dass Fritzcola und Bionade an dieser simplen Tatsache etwas ändern.

REVOLUTION IS MY BOYFRIEND

„Ja aber, aber wir brauchen sind doch Orte an denen wir uns treffen und organisieren können“ mag der beherzte Widerspruch der empörten LeserIn zu dieser kritischen Text lauten. Da kann mensch ausnahmsweise nur zustimmen. Solche Orte braucht es sicherlich, doch sollte sollte immer mitbedacht werden, dass die so genannten Freiräume aus genannten Gründen nicht mehr als ein Treffpunkt sein können, an dem die Hegemonie der üblichen Ausschlussmechanismen: Geschlecht, Geldbeutel, Herkunft kritisiert und zumindest teilweise außer Kraft gesetzt werden könn(t)en. In einem falschen Ganzen kann eben kein richtiges Leben geführt werden und auch eine Demo die sich dezidiert einem revolutionären Ziel widmet, kann letztenendes nur Spiegel der Gesellschaft sein, gegen die sie sich richtet. Die Widersprüche und Verwerfungen der Welt wie sie ist, werden sich immer im Handeln auch des emanzipiertesten Individuums niederschlagen. An diesem Faktum kann auch das pure „Linkssein“ und das tiefe Verinnerlichen des aktuellen Szenekodexes nichts grundsätzlich ändern. Die Menschen hierzulande sind ein Volk on Hausmeistern und Weinköniginnen und wenn mensch sich diese Tatsache nicht zu jeder Zeit bewusst macht, sind auch „wir Linken“ dazu verdammt, die armseligen Verhältnisse beständig zu reproduzieren. Um den problematischen Freiraumbegriff vertretbar aufzuladen, bliebe nur die Möglichkeit, einen emanzipatorischen "Freiraum" als einen Ort zu begreifen, an dem es möglich ist, die permanente Selbstrevolutionierung in mühseliger Kleinstarbeit anzugehen, neues voranzutreiben und die revolutionäre Theorie und Praxisbildung gegen alle „Scheuklappenmanöver“ der VertreterInnen des Alten zu betreiben. Wenn dieser punktuelle Eingriff nicht wehrt und Hausmeister, Lokalpolitik plus Politprominenz sich zufrieden zeigen, dann kann davon ausgegangen werden, dass mensch etwas entscheidendes falsch gemacht hat. Es ist dann vermutlich nichts Neues, kein Eingriff in das Bestehende und mensch kann die Örtlichkeit/Party ruhig als wohlfeile Geschlechtsverkehrsbörse der eigenen Politpeergroup abtun und während eines Besuches der nächstbesten Filiale einer der zahlreichen Diskoketten rechts liegen lassen (insofern der Geldbeutel dies hergibt). Der althergebrachte/einfältig/romantische Gedanke an einen Ort, in dem sich der gute Teil der Bevölkerung zusammenschließt, um gegen eine feindliche Umwelt anzugehen, das dogmatische Gequatsche von unkommerzieller Kultur und her-

schaftsfreien Räumen, ist Unsinn. Es kann nur darum gehen, eine Praxis zu entwickeln, die dem Verblendungszusammenhang von Ware, Arbeit und Kapital diametral entgegenläuft, analysiert und kritisiert und Möglichkeiten zum umfassenden Angriff auslotet. Diese Aufgabe anzugehen dürfte sich in Anbetracht der Verfasstheit des Gros der versammelten KritikerInnen und trotz Nachtdanzdemo und gratis Kulturschuppen sehr schwierig gestalten.

COMMUNISMUS IST DIE BESSERE DISCO!

FREIRAUM ODER RICHTIG FEIERN ZUR ANGEMESSENHEIT DES FREIRAUMKONZEPTS ANGESICHTS DER ALLGEMEINEN FASSUNGSLOSIGKEIT IN DER RADIKALEN LINKEN

Alexandra Kahrlo und Paul Stern (Redical M Göttingen)
Erschienen in: Phase 2 28/2008

Knapp ein Jahr ist vergangen seit der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel im Juni 2007. Ein breites Spektrum wälzte sich durch die ostdeutschen Straßenschluchten. Nicht alles was links ist, war da, aber alles was da war, verstand sich als links. Mit dabei war der vorsichtige Versuch, an all dem und am Ganzen grundsätzlich Kritik zu üben. Zugegeben: Wir langweilen uns selbst ein bisschen, während wir diese Zeilen verfassen. Der große Aufbruch ist ausgeblieben – Genua im Kopf, Rostock vor Augen. Die Frage, wohin es hätte gehen sollen, konnte die Demonstration nicht beantworten. Eine Perspektive, wie und vor allem mit wem das falsche Ganze aufzulösen wäre, scheint nicht in Sicht. Freiräume sind ein Ausdruck dieser Perspektivlosigkeit. Im Moment des permanenten Niedergangs linksradikaler Bewegung geht von ihnen ein gewisser Charme aus, will man doch die Überwindung des falschen Ganzen nicht von der Tagesordnung streichen. Diese falsche Attraktivität gaukelt uns die Möglichkeit des ungebrochenen ?Weiter so!? nur vor, während sie die Tatsachen verstellt. Der Kommunismus ist bis auf weiteres vertagt. Aus diesem Blickwinkel stellt sich die Forderung nach dem Freiraum als nichts anderes dar als eine Verkürzung der Forderung nach der freien Gesellschaft.

DAS ZERBRECHEN VON THEORIE UND PRAXIS

Um die Existenz eines Ortes neben der Gesellschaft, an dem die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise außer Kraft treten, annehmen zu können, müssen die Betreffenden ein falsches Verständnis von Theorie und Praxis(1) haben. Praxis ist die Transformation des gesellschaftlichen Seins, also die Aneignung der materiellen Grundlagen von Gesellschaft mit dem Ziel, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Ihr Gegenstand ist die Gesellschaft als Ganzes. Die Form von Praxis, die der Freiraum impliziert, versucht aber gerade als Teil den Ausstieg, während sie das Ganze unangetastet lässt. Sie kann nur ernsthaft daran glauben, weil sie – die Unbezwingbarkeit des Gegners vor Augen – den Bezug zu einer Theorie verloren hat, die aufs Ganze geht. Einer Theorie, die die Totalität der kapitalistischen Verhältnisse offenlegt und damit erst angreifbar macht und die davor schützt, sich über die Grenzen des eigenen Handelns falsche Vorstellungen zu machen. Die Theorie wiederum, deren Aufgabe es ist, die Wirklichkeit – und damit die Bedingungen von Praxis – begreifbar zu machen,

sieht sich ihres gesellschaftlichen Trägers beraubt. Sie findet keinen praktischen Ausdruck, der ihr angemessen ist. Im Extremfall hört sie auf, danach zu suchen oder meint gar, es gäbe ihn nicht mehr. Wenn sie aber keine Möglichkeit hat, wirkungsmächtig zu werden, nicht einmal ihren eigenen Wahrheitsgehalt an der Wirklichkeit zu überprüfen: Welchen Schluss kann sie dann noch ziehen, als den der eigenen Irrelevanz, der Isolation, des eigenen Untergangs? Auch hierfür lassen sich Exemplare benennen – Lesekreise, Theoriegruppen etc. Wenn aber Praxis und Theorie auf sich selbst zurück geworfen werden und es zum Bruch ihres dialektischen Verhältnisses kommt: Wie gut funktionieren dann die Einzelteile? Dies wollen wir zunächst betrachten. Angesichts des Zustandes der radikalen Linken wollen wir die Kritik des falschen Ganzen nicht ohne die Kritik der KritikerInnen verstanden wissen.

„BITTE MACHEN SIE SICH SCHON MAL FREI!“

Freiräume haben wieder Konjunktur. Ob auf den internationalen Freiraumtagen, in freien Radios, in besetzten Zentren oder der selbst verwalteten WG um die Ecke. Selten war das Wort ?Freiraum? derart präsent wie in den letzten Wochen und Monaten. Was unter einem Freiraum verstanden wird, ist vielfältig und häufig auch diffus. Im Folgenden soll es um das politische Konzept gehen, sich einen Freiraum im Kapitalismus aufzubauen und zu verteidigen. Freiräume als Orte, den eigenen individuellen Lebensentwurf zu realisieren oder sich ein selbstbestimmtes Betätigungsfeld aufzubauen ohne weitergehenden politischen Anspruch, können schwerlich politisch kritisiert werden. In diesem Sinn soll das Freiraumkonzept als ein Beispiel untersucht werden, eine linksradikale antikapitalistische Praxis zu entwickeln. Das Freiraumkonzept will dabei einen unmittelbaren Ausgangspunkt für den Ausweg aus dieser Gesellschaft schaffen. Aus diesem Ansatz ergeben sich aber Probleme, die bei den ProtagonistInnen solcher Freiräume häufig unter den Tisch fallen. Die Vorstellung, innerhalb des Freiraums die gesellschaftlichen Zwänge abzumildern oder gar aufzuheben und so letztlich den Kapitalismus zu überwinden, ist folgerichtigerweise zweckoptimistisch und nur begrenzt reflektiert. Das kann nur funktionieren, wenn die Existenz des Kapitalismus an das unmittelbar bewusste Wollen und Handeln der gesellschaftlichen Akteure geknüpft ist. Sobald nur der Wille bestünde, aus dem Kapitalismus auszusteigen, würde sich das entsprechende Tun, die Praxis, von selbst ergeben. Oder einfacher ausgedrückt: Wer nur will, kann jederzeit und überall aus dem Kapitalismus aussteigen. Die Attraktivität dieses Konzepts mag aus der relativen Perspektivlosigkeit linker Praxis resultieren. Wenn es gerade keine starke linke Bewegung gibt und auch keine in Sicht ist, scheint es am angenehmsten oder sinnvollsten zu sein, sich in sein autonomes Jugendzentrum oder sein linkes Wohnprojekt zurückzuziehen und zu versuchen, das bisschen Spielraum, was geblieben ist, zu verteidigen. Die Verteidigung des bestehenden Freiraums, etwa eines besetzten Hauses, wird dabei leicht zum einzigen politischen Projekt und bindet Kapazitäten, anstatt welche zu schaffen. Sich dabei noch einzureden, dass es um eine grundsätzliche Umwälzung der bestehenden Verhältnisse ginge bzw. diese Verhältnisse im Freiraum bereits aufgehoben wären, greift zu kurz. Wobei es uns hier weder um ?Freiräume? als kollektive oder individuelle Strategien, die die negativen Folgen des Kapitalismus für die Betroffenen weniger unangenehm gestalten sollen, noch um Lifestyle-Kritik geht. Es gilt vielmehr, sich die Voraussetzungen einer solchen Konzeption klar zu machen. Wenn eine solche Aufhebungsperspektive den Akt der Aufhebung an die subjektiven Vorstellungen der gesellschaftlichen Akteure knüpft, vergisst sie die Frage nach den Bedingungen dieser subjektiven Vorstellungen und

des gesellschaftlichen und individuellen Handelns zu stellen. Es ist dies die Frage nach der eigenen Verstrickung in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und deren Verkehrsformen. Ein derartiges Kapitalismusverständnis ist daher nicht nur zweckoptimistisch, sondern auch handlungstheoretisch reduziert. Der Kapitalismus ist aber ein gesellschaftliches System, dessen Logik, Zwängen und Zumutungen alle Mitglieder der Gesellschaft unterliegen. Diese Zwänge existieren durch die Gesamtheit des Handelns aller in der Gesellschaft. Sie werden den einzelnen Individuen als quasi naturgesetzlich zurückgespiegelt. Zu glauben, die Erkenntnis dieser Zwänge reiche aus, um sie im Freiraum aufheben zu können, heißt, deren gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit zu übersehen. Der Versuch, sich rein individuell zu entziehen, durch den Rückzug in einen vermeintlichen Freiraum, auch mit mehreren Leuten, läuft auf individuelles Aussteigertum hinaus. Eine solche Abkehr von der Gesellschaft verzichtet auf den Anspruch, diese grundsätzlich zu verändern. Denn wenn es sich beim Kapitalismus um eine Totalität handelt, dann kann er nicht in nur einem Bereich, einem Jugendzentrum, einer NutzerInnengemeinschaft, einem Stadtteil oder sonst einem Freiraum aufgehoben werden. Ganz abgesehen davon, dass schließlich auch die notwendigen Mittel zur Aufrechterhaltung eines solchen Freiraums irgendwoher kommen müssen. Diese Mittel können nur aus der kapitalistischen Gesellschaft selber stammen. Letzten Endes wird auch der beste Freiraum nicht ohne Unterstützung von außen existieren können, es sei denn, die ProtagonistInnen gehen von einer tropischen Südseeinsel fern jeder Zivilisation aus, was den Verzicht auf die gesellschaftlichen Errungenschaften der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet, statt über diese hinauszugehen. Wer den Verweis auf die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft und deren alltägliche Produktion und Reproduktion als Abkehr von Praxis oder Strukturalismus bezeichnet, wendet sich von der Kritik ab, nicht weil die Ergebnisse als falsch erachtet werden, sondern weil das Ergebnis unliebsam ist. Die Entwicklung einer reflektierten linksradikalen Praxis, die wirklich aufs Ganze geht, darf aber nicht vor ihrem Gegenstand, der kapitalistischen Totalität, kapitulieren, nur weil sich die Aufgabe vielleicht schwerer darstellt als zunächst gedacht. Die Vorstellung eines solchen Freiraums geht also von reduzierten Theorie- und Praxisauffassungen aus, um seine Erfolgsprognose zu rechtfertigen. Freiraumpolitik in diesem Sinne lässt sich als unreflektierte Praxis begreifen, die sich keine Rechenschaft über ihre eigenen Möglichkeiten und Grenzen ablegt, sondern ihr Tun vorab immer schon als den Kapitalismus überwindend verstehen muss. Es ist zwar richtig, dass die Gesellschaft nur durch Praxis verändert werden kann. Es stellt sich aber die Frage, ob die verschiedenen Aktionsformen dazu geeignet sind, in diesem Sinne Praxis zu betreiben. Allzu oft handelt es sich um blinden Aktionismus. Die Kritik an diesem reduzierten Praxisverständnis ist eine wichtige Leistung der Theoriediskussionen und -entwicklungen seit den sechziger Jahren. Wer trotz der Erfahrungen und Debatten der Vergangenheit meint, so weitermachen zu können wie immer,(2) hat grundsätzlich etwas nicht verstanden.

„DA KÖNNEN WIR LEIDER NICHTS FÜR SIE TUN“

Als Reaktion auf dieses unreflektierte Praxisverständnis ist seit einigen Jahren eine verstärkte Hinwendung zu theoretischer Arbeit zu beobachten. Dem unreflektierten Praxisbegriff soll mit theoretischer Kritik oder auch so genannter ?theoretischer Praxis?, also inhaltlicher Aufklärungsarbeit, abgeholfen werden. Diese Hinwendung zur Theoriearbeit führte zur Ausbildung von Theoriegruppen und -zirkeln als Teilbereichen der Linken. In manchen Städten und manchen Teilen der Linken sind heute

Grundkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie(3) ebenso geläufig wie in den siebziger Jahren jede und jeder Linke aus dem Stand sämtliche nationalen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent aufzählen konnte. Selbstverständlich ist die Verbreitung von theoretischen Kenntnissen sehr zu begrüßen. Es stellt sich aber die Frage, ob damit auch ein entsprechendes Wissen um die Möglichkeiten und Grenzen von theoretischer Kritik und deren Verhältnis zu reflektierter Praxis einhergeht. Denn wenn Theoriebildung zum Selbstzweck wird und mehr der eigenen Selbstbestätigung und Abgrenzung gegenüber denjenigen dient, die es noch nicht begriffen hätten, läuft grundsätzlich etwas verkehrt. Kritische Theorie der Gesellschaft nimmt die gesellschaftliche Wirklichkeit als Ausgangspunkt ihrer Reflektion und will am Ende wieder bei der Gesellschaft bzw. ihrer konkreten Umwälzung landen. Ohne diese Zielbestimmung ist linke Theorie nicht von bürgerlichen, universitären Gesellschaftswissenschaften zu unterscheiden. Die Hinwendung zur Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie geht aber bei vielen Theoriegruppen einher mit genau einer solch grundsätzlichen Abkehr von der kritisierten Bewegungspolitik und damit Aufhebungsperspektive. Mit dieser freiwilligen Selbstbeschränkung auf theoretische Praxis erfolgt die Hinwendung zu wie auch immer gearteter kritischer Theorie zum Teil gar nicht erst aus den Erfahrungen politischer Praxis und deren Beschränkung, sondern ganz im Sinne sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Kritische Theorie kann so höchstens die vorhandenen Gesellschaftstheorien um eine besonders originelle und vor allem auch ?bessere? Variante ergänzen.(4) So wie Marx von marxistischen TheoretikerInnen seit der (2). Internationale immer wieder zum ?besseren Politökonom? erklärt wurde, so wird Marx heute vielfach als Argumentsteinbruch benutzt und als ?besserer Wissenschaftler? gegen die bürgerliche Gesellschafts- und Sozialwissenschaft gestellt. Wer beispielsweise die Kritik nur benutzt, um der bürgerlichen Wissenschaft ihre Fehler nachzuweisen, zielt letztlich auf nichts anderes als die Anerkennung der eigenen Konzeption von Wissenschaft innerhalb des offiziellen wissenschaftlichen Kanons – als bessere Form von Wissenschaft, versteht sich. Natürlich ist die Kritik bürgerlicher Wissenschaft ein wichtiger Bereich linksradikaler Gesellschaftskritik, allerdings greift sie alleine zu kurz.(5) Problematisch wird die Beschränkung auf inhaltliche Bildungs- oder bestenfalls Aufklärungsarbeit etwa, wenn sie nicht mit einer Reflektion über deren immanente Möglichkeiten und Grenzen einhergeht. Ebenso wie die verschiedenen Formen der Praxis (Freiraumkämpfe, Ein-Punkt-Bewegungen etc.) muss sich theoretische Kritik die Frage gefallen lassen, was sie leisten kann und was nicht. Außerdem muss radikale Gesellschaftskritik ihre eigene Existenz und die Einsichtsfähigkeit der KritikerInnen erklären können. So wenig wie blinder Bewegungsaktivismus etwas mit realer gesellschaftlicher Bewegung zu tun hat, so wenig ist Theorie kritisch, die sich darauf beschränkt, bloß die bestehenden Verhältnisse zu beschreiben, anstatt ihnen den Kampf anzusagen. Sie muss darüber nachdenken, wie die formulierte Kritik praktisch werden kann – im materialistischen Sinne einer Aufhebung des falschen Ganzen. Nicht die Hinwendung zu einer gründlichen Analyse und zunächst ganz unpraktischen Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist also das Problem der Theoriearbeit – wie es von BewegungsfetischistInnen bisweilen moniert wird –, sondern die Abkehr vom Wunsch, die entwickelte Kritik wirkungsmächtig, also praktisch werden zu lassen.(6)

„KEINE SORGE, WIR GEBEN SIE NICHT AUF“

Es geht uns nicht darum, von der erhabenen Position der Kritisierenden aus die emanzipatorischen Ansätze anderer Leute

zu zerreden. Wie wir aber gesehen haben, reicht ein emanzipatorischer Kern allein nicht aus. Es muss auch gefragt werden, in welche Richtung er sich – wenn überhaupt – bewegt. Der anfangs konstatierte Bruch des dialektischen Verhältnisses von Theorie und Praxis verschüttet gerade den Pfad aus dem Wald, in dem man vor lauter Bäumen sowieso nichts mehr sieht. Er verdammt die Praxis dazu, die alten Fehler zu wiederholen und neue Fehler zu begehen. Er wirft die Theorie auf die Philosophie zurück, wo es darauf ankäme, die Welt zu verändern. Es ist offensichtlich, dass die Praxis nur im Bewusstsein ihrer Bedingungen und Grenzen in der Wirklichkeit handlungsfähig ist und dass sie dafür einer Theorie bedarf, die zur Wirklichkeit drängt. Diese dialektische Einheit von Theorie und Praxis ist die Bedingung für eine realistische Politik: eine Politik, die weiß, wo sie ist und wohin sie will. Diese Bewegungspolitik hat zwei Aufgaben, die ineinander greifen. Erstens die Reorganisation der radikalen Linken; dementsprechend ist unser Papier zu verstehen: als Versuch, die Begrenztheit momentaner Ansätze zu kritisieren, um die Notwendigkeit der Reflexion und Reorganisation zu verdeutlichen. Zweitens die Kritik des falschen Ganzen und der Versuch, eine Praxis seiner Überwindung zu entwickeln. Anzusprechen sind also sowohl die radikale Linke als auch eine breitere Öffentlichkeit. Wir meinen, dass diese beiden Zielgruppen prinzipiell gleichermaßen anzusprechen sind und dass die radikale Linke nur am Beispiel einer realistischen Bewegungspolitik Orientierung finden kann. Es reicht nicht aus, nur die richtigen Argumente zu haben. Wir wollen daher den Rahmen einer Strategie vorschlagen, in dem Bewusstsein, dass er noch sehr grob ist. Es geht uns darum, einen Diskussionsprozess anzuregen, als dessen Ergebnis theoretische und praktische Entschlüsse gezogen werden, die für uns jetzt noch nicht abzusehen sind. Wir halten es erstens für notwendig, eine kritische Praxis zu entwickeln, die in gesellschaftliche Widersprüche eingreift; d.h. die dort eingreift, wo Menschen gegen die Symbole und Symptome der kapitalistischen Produktionsweise und der sie flankierenden Herrschaftsformen aufbegehren. Wir wollen uns dabei nichts vormachen: Mit jedem dieser Widersprüche sind Ideologien verknüpft, die historisch wieder und wieder bewiesen haben, wie schnell der emanzipatorische Kern des Protestes und Aufruhrs in die reaktionärsten Formen umschlagen kann. Es wird auch Situationen geben, in denen ein Anknüpfen nicht möglich sein wird. Einen Automatismus der Transformation jedenfalls – vom Streik zum Generalstreik, vom Generalstreik zur Revolution – gibt es nicht. Wir werden für unseren Standpunkt kämpfen müssen. Daraus folgt zweitens, dass eine kritische Praxis praktische Kritik üben muss; dass sie über die unmittelbaren Widersprüche hinausgehen, die Totalität der Verhältnisse zeigen muss; sich nicht verkürzen darf, nur weil es leichter scheint; also rücksichtslose Kritik sein muss, die auch sich selbst und potentielle AnsprechpartnerInnen nicht ausnimmt. Das wird bedeuten, dass uns weniger Menschen zuhören werden, als denjenigen, die populistische Floskeln verbreiten. Was diese allerdings tatsächlich verbreiten, ist das, was die Leute schon zu wissen glauben: nichts als die falschen und verkürzten Vorstellungen von der Wirklichkeit, die sowieso durch die Köpfe geistern. Eine Linke, die nichts anderes vertritt als alle Anderen, kann auf Publikum hoffen. Der Mehrwert der Kritik aber ist die neue Erkenntnis. Sie ist unser Fundament. Die Konkretisierung unseres Konzeptes von kritischer Praxis und praktischer Kritik haben wir mit dem ?... Ums Ganze!?!-Block in Rostock versucht. Während Andere dem Spektakel fern blieben, hielten wir es für nötig, uns einzumischen. Mit unserer Demo in der Demo haben wir ein Angebot gemacht, sich gegen das falsche Ganze und die falsche Kritik daran zugleich auszusprechen. Das Angebot wurde von immerhin 3000 Leuten

angenommen. Dass das nur ein Anfang gewesen sein kann, ist klar. Uns ist bewusst, dass alles, was wir zunächst tun können, den Charakter einer Proto-Praxis hat. Eine Demonstration drückt erst mal nur den Konsens oder Dissens mit einer Sache aus, während sie im Normalfall die Sache selbst unberührt lässt. Das bedeutet nicht, dass sie unwichtig wäre. Es kommt darauf an, mit welchem Ziel und mit welchem Bewusstsein man sie durchführt; ob man die Leute überzeugen kann, oder eben nicht; ob wir jetzt alles, was wir tun können, richtig tun. Das sind die Grundlagen einer zukünftigen Praxis. Wir schauen auf die radikale Linke und dann nach vorne. Aus Reaktion muss Aktion werden. Langfristig geht es um unsere Handlungsfähigkeit. Operation geglückt. Patient lebt.

ANMERKUNGEN

(1) Im Artikel beziehen wir uns nicht auf jede Form von Theorie und Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur auf diejenige Theorie und Praxis, die den Anspruch erhebt, die bestehende kapitalistische Gesellschaft mit all ihren Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus aufzuheben; es geht also um linksradikale, emanzipatorische Theorie und Praxis.

(2) Wahlweise seit den siebziger, achtziger oder neunziger Jahren.

(3) Wahlweise auch aus der kritischen Theorie der Frankfurter Schule oder poststrukturalistischer Theoriebildung.

(4) Hier lässt sich eine Analogie zu den Freiräumen bilden, insofern ebenfalls ein Rückzug aus der Gesellschaft stattfindet, eine innere Immigration, in der bezugslose Theoriearbeit nur um ihrer selbst Willen betrieben wird; eine Tendenz, sich in das scheinbare Residuum geistiger Freiheit zurückzuziehen und darauf zu hoffen, das Problem werde sich schon von selbst lösen.

(5) Die Vorstellung, dass sich die eigene Kritik alleine durch ihre allgemeine Einsichtigkeit und Plausibilität durchsetzen würde, muss von der unrealistischen Annahme eines herrschaftsfreien Diskurses ausgehen, in dem sich nur die ?richtigen? Argumente durchsetzen.

(6) Diese Tendenz wird auch gerne mit dem Argument begründet, dass wir in ?in Zeiten verstellter Praxis? leben würden. Warum dem so sein soll wird nicht ausgeführt, sondern mit dem obligatorischen Autoritätsverweis auf Adorno begründet, wie beispielsweise im Artikel ?Me and my Monkey? von Jan Gerber (Phase 2.18/2005)

Ein autonomes Zentrum ist ein selbstverwalteter und unabhängiger Ort, in dem Menschen Raum finden, um sich selbstbestimmt und frei entfalten zu können. Also um ihrer Kreativität, ihren Ideen, Bedürfnissen und Lebensvorstellungen, oder einfach ihren Vorstellungen von guter Unterhaltung, frei von gesellschaftlichen und kommerziellen Zwängen, Hierarchien, und anderem Blödsinn freien Lauf lassen zu können. Hier soll es prinzipiell erst mal jeder und jedem möglich sein, sich zu Treffen, Veranstaltungen aller Art vorzubereiten und durchzuführen, ohne dass es entscheidend ist, ob diese kommerziell verwertbar sind oder nicht, oder ob sie dem gesellschaftlichen Mainstream passen oder eben nicht. Gerade deswegen aber auch ein Ort, an dem kein Platz für Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und ähnlichem, menschenverachtenden Gedankengut und deren VertreterInnen ist. Einfach ein Ort also, an dem die Emanzipation der Individuen unterstützt und gefördert wird, anstatt sie zu behindern oder ihr gar entgegenzuwirken, ganz egal aus welchen Gründen dies auch immer an anderen Stellen geschehen mag.

Dem gesellschaftlichen Standard entsprechend, ist auch in Darmstadt Raum wie dieser nur Äußerst begrenzt auffindbar. Während Prestigeobjekte von Stadt und Land weiterhin mit zum Teil immensen Summen gesponsert werden, bleiben soziale und unkommerzielle Einrichtungen immer mehr auf der Strecke, leiden unter Kürzungen und strengen Auflagen oder werden ganz geschlossen. Ansonsten bleiben fast nur kommerzielle Veranstaltungsorte, bei denen sich das Programm nach den zu erwartenden Einnahmen richtet. Hier gibt es als Außenstehender praktisch keine Möglichkeit, sich selbst aktiv in das Programm einzubringen und die eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Das Publikum wird aufgrund seines Erscheinungsbildes und seiner potentiellen Kaufkraft selektiert. Menschen die weder Geld noch Lust haben, sich unter diesen Umständen an den entsprechenden Orten herumdrukken, haben immer weniger Möglichkeiten ihre Zeit, die nach verrichteten Pflichtaktivitäten noch bleibt, halbwegs nett zu verbringen.

Die eigentlich einzige Alternative in Darmstadt zu diesem ganzen Schmock stellt die Oetinger Villa dar. Doch auch hier ist der vorhandene Raum mehr als begrenzt, das Haus platzt förmlich aus allen Nähten. Gerade weil in der Villa seit vielen Jahren sehr gute Arbeit geleistet wird, wächst der Bedarf an derartigen Angeboten, egal ob an Konzerten und anderen kulturellen Events oder an Räumlichkeiten für Gruppen und Projekte, zunehmend. Auch die großen Demonstrationen mit Teilweise über 500 TeilnehmerInnen, die stattfanden, als die Existenz der Villa durch den geplanten Einzug des Deutschen Polen-Instituts bedroht war, sowie das große öffentliche Interesse an dieser Angelegenheit machen überdeutlich, dass ein Bedarf an solchen Räumen auch in dieser Stadt besteht. Wir wollen keinesfalls bestreiten, dass die Menschen in und um die Villa diesem Bedürfnis sehr gut nachkommen.

Doch Darmstadt ist nicht so klein wie es oftmals erscheinen mag. Viele Menschen leben hier und so manche von ihnen brauchen und wollen ihre Freiräume. Die Villa ist zweifellos einer davon, aber sie darf nicht der einzige bleiben. Aber damit das klar ist: Nur weil wir einen Freiraum einfordern, kann das nicht und unter keinen Umständen heißen, dass ein anderer statt dessen verschwindet! Unsere Forderungen beziehen sich ganz klar auf neue Möglichkeiten, zusätzlich zur, aber auch unabhängig von der Villa und keinesfalls anstatt dieser!

Ein Freiraum muss nicht zwangsläufig ein Veranstaltungsort

sein, ein Freiraum meint Grundsätzlich „Räume“ ohne vorgefertigte Definition, Wertesystem und Funktion, ein Raum der nach Belieben selbst gestaltet und gefüllt werden kann. Auch Versuche, Wohnformen abseits der normal üblichen Formen zu erproben sind wichtig und bei dieser Thematik nicht außer Acht zu lassen. In Darmstadt sind hier insbesondere die verschiedenen Bauwagenplätze zu nennen. Auch wenn diese nach Außen hin kaum wahrnehmbar sind, so stellen sie dennoch einen Versuch dar, die gesellschaftliche Norm aufzubrechen und alternativen zu ihr zu bieten. Auch wenn diese Lebensweise sicher nicht Jedermanns Sache ist, stellen die Wagenplätze doch auf jeden Fall eine Form von Freiraum dar, den es zu schützen und zu erhalten gilt.

Das Konzept „autonomes Zentrum“ besteht schon seit etlichen Jahren in vielen Städten sehr erfolgreich. Zum Beispiel in der KTS in Freiburg und oder in der Metzgerstraße in Hanau, wo die geschaffenen Freiräume mit vielfältigen und wichtigen Inhalten gefüllt werden, auch über einfache Spaßkulturen und „eigene“ Angelegenheiten und Türschwellen hinaus, auch von Menschen außerhalb der so genannten Szene, wie zum Beispiel mit der Nutzung des „Umsonstladens“ oder durch das Flüchtlingscafé und andere Beratungs- und Informationsveranstaltungen. Ein anderes und in vieler Hinsicht besonderes Beispiele ist das „Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI)“ in Frankfurt, das erst am 3. Dezember 2003 im Kontext der damaligen Studierenden-Proteste besetzt wurde. Dort wird vor allem durch Inhaltliche Veranstaltungen wie die „GegenUni“, Workshops und Seminare versucht, ein Gegengewicht zu den fortschreitenden Umstrukturierungen des Studienangebots an die Bedürfnisse des Marktes zu schaffen. Die Möglichkeit zu einem kritischen Wissenschaftsbetrieb soll hier also erhalten, erweitert oder geschaffen werden. Ebenso finden in den Räumlichkeiten natürlich auch ganz wunderbare Partys und Konzerte aller Art statt. Dies sind natürlich nur ein paar Beispiele, die den Erfolg selbstverwalteter Projekte illustrieren sollen. Bundes- und Weltweit existieren noch eine Vielzahl anderer derartiger oder auch ganz anderer autonomer und selbstverwalteter Projekte, die mit großem Erfolg arbeiten.

Leider werden diese für die freie Entwicklung vieler doch so wichtigen Einrichtung immer mehr aus dem Stadtbild verdrängt, kriminalisiert und durch die Räumung der betroffenen Häuser und Plätze zerstört. Die spektakulärsten Fälle waren hier sicherlich die Räumung des „Ungdomshuset“ in Kopenhagen, das im März 2007 geräumt und zerstört wurde (An dieser Stelle scheint uns jedoch die Randbemerkung wichtig, dass die Teilweise von dort betriebene Unterstützung der „Intifada“ mit den Gedanken emanzipatorischer und herrschaftsfreier Freiräume nicht das geringste zu tun haben kann und auch ansonsten einfach nicht zu

rechtfertigen ist) und die Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“ in Hamburg 2002, sowie, regional betrachtet, die EX-Steffie in Karlsruhe, die trotz zahlreicher Proteste im April 2006 ebenfalls geräumt und abgerissen wurde. Auch das ist leider nur eine kleine Auswahl von selbstverwalteten Projekten, die durch staatliches Eingreifen vernichtet wurden, viele andere sind geräumt worden oder sind akut von einer Räumung bedroht. Die Erhaltung dieser bestehenden Freiräume hat für uns höchste Priorität und ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit und unserer Forderungen. Wir wollen dieser Entwicklung entgegenwirken, bestehende Freiräume bewahren und neue schaffen.

Auch wird der öffentliche Raum, also Innenstädte, Parks und Dergleichen, zunehmend privatisiert, überwacht und für unerwünschte und sogenannte Randgruppen möglichst unzugänglich gemacht. Es gibt aber immer noch mehr als genug Menschen,

die sich in diesen vordefinierten und fest gefertigten Strukturen nicht wiederfinden können oder wollen und dadurch ausgegrenzt werden weil für sie kaum Raum für ihre Ideen und Lebensvorstellungen bleibt. Ein autonomes Zentrum kann für viele Menschen ein Ort sein, an dem sie sich aktiv einbringen und ihre eigenen Ideen und Konzepte umzusetzen können. Wir fordern Platz für Konzerte, Feten, Kneipen, Proberäume, Werkstätten, sportliche und künstlerische Tätigkeiten, um die unterschiedlichsten Gruppen und Einzelpersonen zusammen zu bringen, oder einfach nur zum Kommunizieren, Herumhängen und sich Wohlfühlen.

Kurz und bündig: Es geht uns darum die Bestehenden linken Freiräume zu verteidigen, sowohl die Oetinger Villa, als auch die Bauwagenplätze in dieser Stadt und alle anderen derartigen und progressiven Projekte in anderen Städten und Ländern. Es geht darum, neue Freiräume einzufordern, um in ihnen ein Leben zu erproben, das im Kontrast zu der Gesellschaftlichen Logik von Kapitalismus und Hierarchien steht, frei von Unterdrückungsmechanismen und rassistischen und sexistischen Ressentiments. Orte an denen es uns möglich ist neue Formen der Organisierung, der Mitbestimmung und einfach des Zusammenlebens zu erkunden, um auch neue gesamtgesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln. Wir wollen ein – nein – hundert Autonome Zentren in Darmstadt und sonstwo anders natürlich auch!

Diese Forderung mag in vielerlei Hinsicht maßlos erscheinen. Von Staat und Gesellschaft etwas auf diese Weise zu Fordern ist vielleicht dreist. In Anbetracht der Tatsache, dass soziale Bewegungen hierzulande, die wenn überhaupt, gerade mal an der Erhaltung des Status Quo interessiert sind, in der Regel nur ein kurzes, kümmerliches und vor allem erfolgloses Dasein fristen, mag es mancher vermessen finden, sogar mehr zu fordern als man hat. Mag sein, aber das ist uns egal. Mehr noch: Es ist für uns noch ein zusätzlicher Grund zu handeln und einzufordern was wir uns wünschen. Soziale Gleichheit sowie ein freies und Selbstbestimmtes Leben für alle Menschen sind Anliegen, für die weiterhin gekämpft werden muss, sei es gesamtgesellschaftlich oder eben nur der Kampf um einen kleinen Freiraum im großen Falschen. Dass die Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse an derartigen Veränderungen zu haben scheint oder keine Hoffnung in diese mehr setzt, kann für uns kein Grund dafür sein, die Flinte ins Korn zu werfen. Auch wenn es maßlos und dreist erscheint, Freiräume werden immer noch erkämpft und nicht erbettelt.

Wie in jeder anderen Stadt gibt es auch hier viele dauerhaft leer stehende oder ungenutzte Gebäude. Wenn die US-Armee im Laufe dieses Jahres aus Darmstadt abzieht, werden es noch mal weit mehr sein. Manche sind sicher ungeeignet für ein solches Projekt, aber letztendlich gibt es doch mehr als genug Häuser, in denen sich ein solches Zentrum verwirklichen lassen würde. Was wir an dieser Stelle fordern, ist eines von diesen, mit einer Bestandsgarantie und unabhängig von staatlichen oder wirtschaftlichen Einflussmaßnahmen. Wir wollen kein Jugendzentrum oder dergleichen, sondern ein vollständig autonomes Zentrum.

Und um solch einen Ort zu bekommen und die bestehenden zu schätzen, starten wie diese Kampagne. Am 11. und 12. April 2008 finden die Internationalen Aktionstage für besetzte Häuser und autonome Freiräume statt. Diese wollen wir zum Anlass nehmen die ersten Aktionen zu starten und unsere Forderungen publik zu machen. Von hier an wollen wir mit der Mobilisierung zu der ersten großen Demonstration in der Kampagne am 24.05 beginnen, bei der wir durch die nächtlichen Straßen tanzen und feiern wollen, um unseren Forderungen weiter Ausdruck zu verschaffen. Wir wollen vom jetzt an regelmäßig und so lange es eben nötig ist, mit

Demonstrationen und Aktionen in und um die Stadt präsent sein. Wir werden uns unsere Freiräume kurzzeitig da nehmen wo es uns passt. Wir werden Partys, Konzerte und Veranstaltungen überall da durchführen, wo wir es für Richtig halten, in leerstehenden Häusern, der Innenstadt, in Parks und vielen anderen Orten. Den Aktionsmöglichkeiten sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Der Aufruf geht klar an alle Menschen, die sich ihre Freiräume und ein selbstbestimmtes Leben wünschen:

Beteiligt euch an den Aktionen, aber werdet auch selbst aktiv, schließt euch zusammen und lasst euch was einfallen!

Helft mit, autonome Freiräume zu erkämpfen und zu erhalten, in Darmstadt und überall sonst!

AUTONOME ZENTREN

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Der „Kampf“ um „Autonome Zentren“ (AZ), für Autonome traditionell von großer Bedeutung, erreichte 2003 durch die drohende Schließung beziehungsweise Räumung solcher Objekte, u.a. auch in Baden-Württemberg, eine entscheidende Phase. „Autonome Zentren“ eröffnen der Szene die Möglichkeit eines - staatlichem Einfluss möglichst weitgehend entzogenen - „selbstbestimmten Lebens“ und unkontrollierter politischer Aktivitäten. „Autonomen Zentren“ stellen somit wichtige Anlaufstellen der autonomen Szene dar. Oftmals sind in solche Anlaufstellen Infoläden integriert, welche als Kontaktstelle für Personen bzw. Gruppierungen aus dem autonomen Spektrum dienen. Über solche Infoläden werden Informationen in verschiedenen Formen (z.B. Zeitschriften, Flugblätter, Bücher etc.) verbreitet.

Autonome sind grundsätzlich gewaltbereit und unterlegen ihre Aktivitäten mit Militanz.

FREIRAUM

CUT OUT AND COLLECT

ANARCHISMUS UND RECHT - NACH WELCHEN PRINZIPIEN LÖST DIE ANARCHISTISCHE GESELLSCHAFT IHRE KONFLIKTE?

Jan, Blütlingen Dezember '96 (Quelle: Graswurzelrevolution # 216, Februar 1997)
<http://www.free.de/schwarze-katze/texte/arecht01.html>

Manch einer wird beim Lesen dieser Überschrift verblüfft fragen, was hat Anarchismus - die Idee von der Abschaffung des Staates - mit 'Recht' zu tun, und denkt dabei an den Wust staatlicher Gesetzesberge. "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" - so haben schon vor mehr als zwanzig Jahren StudentInnen, Bauern/Bäuerinnen und WinzerInnen ihre Aktionen gegen den Bau des in Baden geplanten Atomkraftwerkes Wyl begründet. Die Parole spielt mit den zwei Seiten des Rechtsbegriffes: einerseits meint 'Recht' - die Gesamtheit der in Gesetze und Verordnungen gegossenen staatlichen Regelungen - andererseits ist 'Recht' ein wertender, moralischer Begriff, der Verhalten und Verhältnisse in Recht und Unrecht trennt, der nach Gerechtigkeit fragt. 'Recht' (Gesetze etc.) kann 'Unrecht' werden, wenn es nicht mehr der Gerechtigkeit dient.

Die Rückbindung von Recht an Gerechtigkeit schlägt bereits den Bogen zum Anarchismus: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit sind für ihn zwei zentrale und unverzichtbare Werte. Auch unsere staatlich - demokratisch (und kapitalistisch/patriarchal!) verfaßte Gesellschaft behauptet, Anspruch auf diese Werte erheben zu können. Wenn wir uns anschauen, was Anarchismus mit Selbstbestimmung und Gerechtigkeit meint, wird allerdings deutlich, wie weit unsere Gesellschaft von der Realisierung dieser Werte entfernt ist.

Selbstbestimmung (oder 'Autonomie'), das ist die anarchistische Forderung, daß kein Mensch dem Willen eines anderen unterworfen sein soll. Positiv ausgedrückt: Welche Ziele ein Mensch verfolgt, an welchen Werten er/sie sich orientiert und was für sie/ihn Glück und Unglück sind, das muss und kann nur sie/er selbst herausfinden, erfahren und entscheiden. Aber Selbstbestimmung gibt es nicht ohne Gerechtigkeit. Da alle Menschen gleichwertig sind, darf das Selbstbestimmungsrecht des/r Einen nicht das der Anderen ignorieren oder verletzen. Anarchistische Freiheit verlangt den positiven Bezug auf die Freiheit der Anderen.

Selbstbestimmung kann in Konflikt zur Gerechtigkeit geraten. Selbst eine scheinbar harmlose Tätigkeit, wie abends gemütlich die Beine lang zu strecken und in der Zeitung zu schmökern, beruht möglicherweise auf der Unterdrückung anderer: Wer bringt währenddessen die Kinder ins Bett? Welche Bäume wurden für die Zeitung gefällt? ... Alles Handeln hat direkt oder indirekt Auswirkungen und Rückwirkungen auf andere Menschen. Für den Anarchismus stellt sich die Frage, wie die Selbstbestimmung der Menschen in ein gerechtes Verhältnis zueinander gebracht werden kann. Wieweit geht meine Freiheit und wo muß sie zugunsten der Freiheit anderer zurückstehen? Das ist die Frage nach dem 'anarchistischen Recht'.

Ein anarchistisches Recht existiert nicht über und unabhängig von den Menschen, etwa im Sinne eines 'Naturrechtes' oder eines von Gott gegebenen Rechtes. Aus dem Grundsatz der Selbstbestimmung folgt: Recht ist das, was Menschen für Recht halten, d.h. Recht entsteht aus dem Denken und der Auseinandersetzung zwischen Menschen. Recht ist Ergebnis eines sozialen Prozesses, es

ist nichts endgültiges. (Daher sind auch die folgenden Überlegungen zum anarchistischen Recht nicht als Definition - 'das ist Recht und danach gilt es sich zu richten' - zu lesen. Nein, was ich schreibe sind Vorschläge, und wenn ich dich, LeserIn, dafür gewinnen kann, dann können wir sie zu unserem gemeinsamen Recht machen.)

Konsens versöhnt Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Ein Weg, um den Konflikt zwischen Selbstbestimmung und Gerechtigkeit zu lösen, ist die Idee des Konsenses: Menschen einer Gruppe bemühen sich um eine gemeinsame Lösung, die ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Ideen gerecht wird. Das Veto-Recht, das jeder/m zusteht, soll garantieren, daß niemand übergangen wird und ein Konsens gesucht wird, der von allen mitgetragen wird. Anstelle des 'wie setze ich mich mit meiner Meinung oder meinen Interessen am besten durch', tritt eine offene und interessierte Haltung für den anderen und die kreative Suche nach Kompromissen und gemeinsamen Lösungen.

Gegen das Konsensverfahren wird eingewendet, daß es nur in kleinen Gruppen, in denen Menschen sich unmittelbar miteinander austauschen, funktionieren könne. In einer Gesellschaft von tausenden und Millionen Menschen ist es unmöglich, vor jeder Handlung die Zustimmung von allen anderen Menschen einzuholen. Auch stellt sich die Frage, ob das Veto-Recht, das einen herrschaftsfreien Konsens sichern soll, nicht selber zum Herrschaftsmittel werden kann: Ein Veto kann Druck ausüben und andere Menschen erpressen. Wenn jeder Mensch durch Widerspruch die Handlungen eines anderen Menschen blockieren kann, haben wir ein System totaler gegenseitiger Abhängigkeit, das wenig an eine freiheitliche Gesellschaft erinnert. Diese Einwände finde ich berechtigt, und sie haben mich angeregt, das Konsensprinzip weiter zu entwickeln. Ich will zeigen, wie es nicht nur auf der Ebene der Bezugsgruppe sondern auch in einer anarchistischen Gesellschaft funktioniert. Zum Schluss aber wird auch die Grenze des Konsensverfahrens deutlich und ich werde auf die Frage eingehen, was anarchistisches Recht in einer Situation zerbrochenen Konsenses bedeutet.

Beginnen will ich meine Überlegungen mit einer Situation vollkommener Übereinstimmung zwischen Menschen, um - davon ausgehend - Lösungsvorschläge für Situationen zunehmender Uneinigkeit zu entwickeln.

Ein Herz und eine Seele

Kein Recht ist notwendig, wo Menschen miteinander übereinstimmen. Wenn der Wunsch der Einen auch das Bedürfnis des Anderen ist, gibt es keinen Konflikt um Freiheit und Gerechtigkeit. Was aber, wenn die erste Differenz entsteht?

Konsens in der Sache

Der 'Konsens in der Sache' ist vielen aus ihrem Engagement in Aktionsgruppen vertraut, und wir wissen, daß Konsens nicht Einstimmigkeit bedeuten muß. Unterschiedliche Meinungen und Bedürfnisse werden akzeptiert. Aber gemeinsam wird versucht, eine Lösung zu finden, die den unterschiedlichen Standpunkten am besten gerecht wird. Ein Konsens ist gefunden, wenn niemand

mehr sein/ihr Veto einlegt.

Konsensgespräche verlangen eine intensive und offen geführte Kommunikation mit viel Sensibilität für die Meinung und die Bedürfnisse der Anderen. Ohne eine solche Haltung besteht die Gefahr, daß entweder das Veto mißbraucht wird, um eine bestimmte Meinung in der Gruppe durchzusetzen, oder umgekehrt ein Gruppendruck entsteht, der die Anpassung an einen behaupteten Gruppenkonsens fordert. Was aber, wenn ein Konsens in der Sache nicht mehr gelingt?

Einigkeit über Entscheidungsregeln

In größeren Gruppen können unmöglich alle Entscheidungen von allen mitgetroffen werden. Notwendig ist, sich Strukturen und Regelungen zu geben, mit denen Entscheidungen differenziert und aufgeteilt werden. Bestimmte Angelegenheiten können individuell, andere von Arbeitsgruppen oder Delegierten, wieder andere durch Abstimmungen und nur die für alle gemeinsam wichtigen Fragen im Konsensverfahren entschieden werden. Gegen eine naive Vorstellung vom Anarchismus, die meint, daß jede/r über alles mitentscheiden müsse, finde ich ausreichend, wenn die Entscheidungsregeln von allen Beteiligten getragen werden. Beispielsweise sind Mehrheitsentscheidungen keineswegs "unanarchistisch", solange ein Konsens darüber besteht, daß diese Entscheidungsregel für bestimmte Fragen angewendet werden soll.

Aber besteht nicht die Gefahr, daß sich solche Regelungen zu neuen Herrschaftsstrukturen verfestigen? Die besteht, und darum ist die Frage wichtig, was passiert, wenn jemand den Konsens der Entscheidungsregeln aufkündigt.

Solidarische Trennung

Wenn eine Gruppe sich nicht auf gemeinsame Entscheidungsregeln einigen kann, gibt es zwei mögliche Wege: Entweder wird einem Teil (und sei es auch nur ein/e Einzelne/r) die Ansichten und Regeln der Anderen aufgezwungen oder die Beteiligten trennen sich. Für AnarchistInnen ist nur der letztere Weg gangbar.

Das Recht und die Möglichkeit, sich zu trennen, sind auch Vorsorge gegen Herrschaftsverhältnisse innerhalb einer Gruppe. Denn ist der Austritt aus einer Gruppe mit subjektiv und objektiv großen Nachteilen verbunden, kann ein Machtgefälle zuungunsten derjenigen entstehen, die am meisten zu verlieren haben, wenn sie sich trennen müssen. Wenn Frauen sich aus unterdrückerischen Beziehungen nicht lösen, liegt das oft daran, weil eine Trennung für sie unter patriarchalen Verhältnissen mit massiven Verlusten, etwa mit ökonomischer und sozialer Benachteiligung, verbunden ist. Eine freiheitliche Gesellschaft braucht deshalb einen Konsens über solidarische Trennungsregeln. Anarchistischer Anspruch an Trennungsregeln ist, daß sie auch im getrennten Nebeneinander gleichberechtigte Lebensmöglichkeit garantieren.

Wenn Menschen sich zu einem Projekt zusammenfinden, regeln sie häufig - auch wenn es nicht so angenehm ist, im Schwung der Projektgründung daran zu denken - vorausschauend auch die Frage, wie Gemeinsames geteilt wird, wenn Einzelne aussteigen oder das Projekt als Ganzes sich auflöst. Doch notwendig sind auch Trennungsregeln zwischen Projekten und überhaupt allen Menschen, die sich nicht auf gemeinsames Miteinander geeinigt haben. Merkwürdigerweise wird die Frage nach Trennungsregeln fast nirgendwo in der anarchistischen Literatur angesprochen. Häufig basiert die anarchistische Utopie auf einem harmonischen Menschen- und Gesellschaftsbild, in der Trennungen nur als repressives Mittel gegen 'Störenfriede' vorkommen. Unterschiede in Meinungen und in Interessen aber sind der Lebenssaft einer

freien Gesellschaft.

Der Staat rechtfertigt sein Gesetz- und Gewaltmonopol damit, daß ohne seine 'ordnende und schützende Hand' Meinungs- und Interessengegensätze in Mord- und Totschlag endeten. Dem ist schwer zu widersprechen, gibt es doch in der Realität genug Beispiele dafür. Aber die Utopie einer Gesellschaft als große Gemeinschaft ohne unterschiedliche Interessen kippt das Kind mit dem Bade aus. Denn möglich (und auch dafür gibt es viele Beispiele) ist auch, daß Unterschiede nicht zu Gegensätzen werden: möglich ist, sich auf solidarischer Grundlage zu trennen.

5 LEITBILDER DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG VON UNTEN

HierarchNie!

http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/hoppotosse/evu/evu_reader.pdf

Im folgenden haben wir nach fünf Begriffen sortiert, was jenseits spezifischer Methoden für die Gestaltung einer Zusammenkunft zur Verwirklichung der Leitbilder der Entscheidungsfindung von unten beiträgt. Transparenz, Autonomie, Gleichberechtigung, Streitkultur und Reflexion stellen die Grundausrichtung der Entscheidungsfindung von unten dar, auch wenn sie zum Teil auf völlig unterschiedlichen Ebenen zu verorten sind. Transparenz läßt sich etwa bisweilen schon durch technische Regelungen herstellen (siehe folgende Tipps), Streitkultur und Reflexion verlangt jedoch eine bestimmte individuelle Haltung und den Willen, sich selbst im Sinne eines herrschaftsfeindlichen Umgangs zu hinterfragen und zu verändern.

5.1 TRANSPARENZ

Nicht alles an politischer Arbeit und Aktionen ist geeignet, es öffentlich kundzutun. Was nicht innerhalb eines Aktionszusammenhangs transparent ist, kann aber auch nicht dessen Aktion sein - sondern ist eine autonom durchgeführte Aktion einer Teilgruppe, die dafür ihre eigenen Entscheidungen trifft. Ansonsten gilt, daß jedes Mehr an Transparenz unter den Beteiligten dem Abbau von Dominanzen dient.

5.1.1 EINLADUNGEN ZU TREFFEN

Oftmals kommen Einladungen nur sehr spärlich herum - sowohl von den Verteilern als auch vom Inhalt her. Unterlagen, Informationen zum Stand der Dinge und Möglichkeiten der Vorbereitung auf das Treffen werden verschwiegen. Sie sind nur einem nicht benannten Vorbereitungszirkel zugänglich, der folglich deutlich bessere Möglichkeiten der Vorbereitung auf Diskussionen, Entscheidungen oder auch Streitpunkte hat. Dominanzabbau bedeutet, daß für alle auf dem Treffen relevanten Punkte (soweit vorher bekannt) maximal gleichberechtigte Möglichkeiten des Zugangs zu Informationen und Vordiskussionen bestehen bzw. entwickelt werden.

Konkrete Möglichkeiten: Einladungen darauf überprüfen; bei der Absprache von Folgetreffen ein bißchen Zeit nehmen, um Verbesserungsvorschläge zu sammeln; Vorbereitungsgruppe und Zugangsmöglichkeiten (Orte, Internetadressen, anfragbare Personen oder Gruppen usw.) sollten immer allen Beteiligten bekannt sein.

5.1.2 TRANSPARENZ AUF TREFFEN

Was für die Vorbereitung und Einladung gilt, gilt für das Treffen genauso. Wichtig ist, auf dem Treffen transparent zu machen, welche Zusammenhänge z.B. Vordiskussionen zu Punkten des Treffens geführt haben, wo welche Informationen verfügbar sind, wer für welche Nachfragen ansprechbar ist usw.

Konkrete Möglichkeiten: Zu Beginn eines jeden Punktes (soweit nicht schon mit der Einladung transparent gemacht) zu benennen, wer wo Vordiskussionen geführt oder sich vertiefend beschäftigt hat, wo vielleicht auch in anderen Gruppen oder Vernetzungen parallele bzw. ähnliche Debatten laufen, wo Personen Sachzwänge oder Vorentscheidungen sehen usw. Es ist keineswegs negativ zu sehen, wenn sich einzelne Menschen oder Gruppen auf Treffen intensiv vorbereiten bzw. schon Vorschläge einbringen, aber das sollte immer transparent geschehen.

5.1.3 DAUERENDE TRANSPARENZ, INFO-ELITEN VERMEIDEN

„Alles Wissen für alle Menschen“ ist eine Teilposition politischer Utopie - und das sollte auch für Gruppen und Vernetzungen gelten, soweit es sich auf die gemeinsam verhandelten Dinge bezieht. Wenn etwas etwa aus Zeitgründen nicht erzählt werden kann, sollte bekannt sein, wo es zu finden ist oder wer gefragt werden kann. Rundbriefe, Internetseiten usw. können diese Informationen breit streuen.

5.1.4 HINWEIS ZUR KONSPIRATIVITÄT

Der Verweis auf Repression und notwendige Konspirativität ist unabgebracht, denn die Planung strafbarer Handlungen oder ähnlichem, auch die Absprachen zwischen solchen Aktionsgruppen hat in offenen Vernetzungen oder Gruppen ohnehin nichts verloren. Hier müssen Teilgruppen agieren, die autonom handeln. In Vernetzungen wird der Hinweis auf Konspirativität oft benutzt, um Dominanzen zu verdecken oder hinter scheinbaren Notwendigkeiten zu verstecken.

5.2 AUTONOMIE DER EINZELNEN UND DER TEILGRUPPEN, KEINE ABSTIMMUNG ALLER

Ein weiteres Leitbild herrschaftsarmen Vorgehens ist, freie Kooperationen zu fördern und Zwangskollektivität zu überwinden.

5.2.1 ENTSCHEIDUNGEN UND AKTIVITÄTEN DEZENTRALISIEREN - PLENA ENTMACHTEN

Plena haben oft den Hauch des Wichtigen. Gleichberechtigung, Konsens oder Basisdemokratie herrsche angeblich nur dann, wenn alle gemeinsam über alles entscheiden. Bei genauerem Hinsehen aber schränkt das nicht nur Vielfalt und Minderheiten ein, sondern stärkt auch informelle Hierarchien. Denn je größer eine Gruppe ist, desto eher setzen sich nur wenige Kraft ihre rhetorischen Fähigkeiten, Sachzwangsargumentationen oder ihrer scheinbaren Kompetenz durch. Ziel ist daher, die Entscheidungsprozesse genau umgekehrt zu gestalten: Möglichst viel entscheiden autonome Teilgruppen. Das Plenum oder andere gemeinsame Prozesse dienen der Transparenz, der Klärung von Streitpunkten und der Formulierung der Entscheidungspunkte und offenen Aufgaben, die dann von Teilgruppen gelöst werden. Bewegung und Vernetzung entsteht durch das Nebeneinander vieler handlungsfähiger Gruppen (horizontale Vernetzung). Neben ihnen muß es keine neue handlungsfähige Institution geben - weder Vorstand noch Koordinierungskreis noch Plenum. Alles, was ansteht, wird von den handlungsfähigen Teilgruppen übernommen - in einem transparenten Prozeß aller (dafür ist das Plenum dann wichtig). Im

Idealfall entscheidet das Plenum nichts mehr.

5.2.2 KOOPERATIONEN FÖRDERN

Kooperation und Austausch entsteht nicht immer von selbst. Es sollten aktiv und kreativ Formen gefunden werden, wie Kooperation zwischen Gruppen entstehen können: Plena, Infowände, Mailinglisten, Rundbriefe, Zeitungen, Internetseiten, Vernetzungstreffen nach Open-Space - diese und mehr Möglichkeiten stehen zur Wahl.

5.2.3 RÜCKSICHT AUF DIE AKTIONSMÖGLICHKEITEN ANDERER AUTONOMER TEILGRUPPEN

Die Autonomie der handlungsfähigen Teilgruppen muß dort zu Abstimmungsprozessen führen, wo die Autonomie anderer Gruppen eingeschränkt wird. Dafür treten die jeweils betroffenen Gruppen in Kontakt und einigen sich direkt. Das Plena und andere Austauschstrukturen dienen hier wiederum nur der Transparentmachung solcher Konflikte oder Kollisionen (z.B. im Rahmen von Großaktionen oder Kongressen, wenn unterschiedliche Aktionen gleichzeitig und am gleichen Ort stattfinden würden, die sich ausschließen).

5.2.4 ZUSATZ: HORIZONTALE VERNETZUNG STATT VEREINZELUNG

Die Entmachtung des Plenums ist nicht zu verwechseln mit Vereinzelung und Nebeneinander. Ganz im Gegenteil, denn dort, wo kein Zwang zur Gemeinsamkeit besteht, kann Gemeinsames aus dem Willen der autonomen Teile des Ganzen wachsen - eben, in dem sich viele zusammentun, die eine Idee gemeinsam verfolgen wollen. Nötig dazu sind keine Abstimmungen, sondern die Transparenz, wer welche Ideen und Interessen verfolgt und wo Mitwirkung möglich ist. Der Anspruch der horizontalen Vernetzung läßt sich in einer festeren Gruppe oder Organisation mit einem dauerhaft verwendeten Namen und gemeinsam verwalteten, begrenzten Ressourcen nur begrenzt umsetzen, da immer wieder verschiedene gemeinsame Aktivitäten und Lösungen gegeneinander abgewogen werden müssen. Aber auch in solchen Gruppen sollten man versuchen kreative Lösungen für solche Probleme zu ersinnen und möglichst viel Autonomie von Einzelnen und Teilgruppen zu ermöglichen, der regelmäßige Anspruch einer solchen Gruppe, eine gemeinsame Debatte zu führen und eine für alle gültige Entscheidung zu fällen muß deshalb nicht gleich aufgegeben werden.

5.3 GLEICHBERECHTIGTE DISKUSSIONSVERFAHREN ENTWICKELN

Gleichberechtigung ist ein weiteres Leitbild eines herrschaftsvermindernden Organisationsprozesses.

5.3.1 KEINE FÜHRUNGSPERSONEN, KEINE MODERATION, KEINE RÄTE

Jede Form von Delegation der Führung oder auch Gruppenprozeß-Steuerung schafft Ungleichheiten. Daher sind alle Formen von herausgehobenen Gremien oder Personen zu vermeiden - unabhängig von ihrer genauen Rolle und ihrem Titel. Vorstände, Kommissionen, Koordinationsgruppen, SprecherInnenräte, ModeratorInnen: Sie alle sind eine "Wichtigleute"-Ebene gegenüber den anderen. In der Regel sind ihre Entscheidungen zudem nicht transparent. Solche herausgehobenen Stellungen sind überflüssig, es gibt genügend andere Mittel in Entscheidungsprozessen und zum Abbau informeller Hierarchien.

5.3.2 GLEICHBERECHTIGUNG ALS PROZESS ALLER

Nicht irgendwelche Gremien oder Gruppenprozeß-Steuernde (wie ModeratorInnen), sondern alle Beteiligten sollten gleichverantwortlich und gleichberechtigt "zuständig" sein, auf die Verwirklichung gleichberechtigter Gruppenprozesse zu achten. Dafür ist wichtig, daß die Gruppe tatsächliche und potentiellen Dominanzverhältnisse thematisiert und auch explizit vereinbart, daß sich alle um deren Abbau bemühen. Das kann auch in völlig neuen Gruppen, z.B. einmaligen Arbeitsgruppen auf Seminaren oder größeren Treffen, geschehen - meist reichen 5-10 Minuten zu Beginn, um zu vereinbaren, daß gleichberechtigte Diskussionsstrukturen angestrebt werden. Konkret verbindet sich damit, daß alle durch direktes Ansprechen mit dafür Sorge tragen, z.B. Wortmeldungen zu berücksichtigen, Dominanzen offenzulegen, zurückhaltendere Leute bevorzugt dranzunehmen, die Entstehung von zwei Gruppen aus Redenden und Zuhörenden zu verhindern, usw.

5.3.3 DIREKTE INTERVENTION STATT STELLVERTRETUNG

Der Entwicklung gleichberechtigter Diskussionsverfahren ist abträglich, Plena oder Gremien durch die Übertragung von Aufgaben wichtig zu machen, die auch direkt geklärt werden können. Zu solchen von allen zu tragenden Aufgaben gehört das unmittelbare Einschreiten gegen Dominanz, Diskriminierung oder Übergriffe, aber auch reproduktive Arbeiten u.a.. Das Plenum sollte klären, daß es die Aufgabe aller ist, emanzipatorische Prozesse direkt durchzusetzen. Damit ist nicht in erster Linie die Anwendung von direkter Gewalt, sondern das "Sich-kümmern" und "Sich-Positionieren" gemeint. Beispiel: Wenn jedes sexistische oder rassistische Verhalten sofort auf den Protest vieler trifft und die Person oder Gruppe, von der es ausgeht, kritisiert und zur Diskussion gezwungen wird, wird ein solches Verhalten viel eher zu verändern sein als dann, wenn solche Themen immer vertagt und auf scheinbar wichtige Gremien verlagert werden.

5.3.4 ZUSATZ: GLEICHBERECHTIGUNG IST NICHT GLEICHMÄCHEREI

Menschen sind unterschiedlich und wollen es sein. Die Unterschiede im Redeverhalten, in der Gestik, im Ausdruck, in der Mimik beim Reden oder Zuhören - all das entsteht nicht nur aus unterschiedlicher Neigung zur Dominanz, sondern auch aus dem individuellen Willen. Ziel eines Gruppenprozesses muß es sein, beides zu schaffen: Einerseits Autonomie und Unterschiedlichkeit der Menschen zu achten, ja zu fördern im Sinne einer Weiterentwicklung aller miteinander, aber in der jeweiligen Einzigartigkeit. Gleichberechtigung als das andere Ziel bedeutet, daß die Unterschiedlichkeit nicht zu einer unterschiedlichen Durchsetzungsfähigkeit führt. Dazu ist nicht nötig (sondern wäre eher Gleichmächerei), daß alle im gleichen Stil agieren. Gleiche Redezeiten oder andere Regeln führen auch gar nicht zur Gleichberechtigung, weil jede Regel immer bestimmte Menschen fördert, die damit gut umgehen können (z.B. Redezeitbeschränkungen die, die schnell reden bzw. präzise formulieren können - meist also die Geschickten unter den Dominanten).

5.4 FLIEGENDE FETZEN - EMANZIPATORISCHE STREITKULTUR UND DIE STEINE IM WEG DAHIN

Streit ist eine sehr intensive Interaktion zwischen Menschen, eine Aus-ein-ander-setzung mit mir und anderen - die nicht per se als 'Gegeneinander' abgestempelt werden kann, wie es HarmonisiererInnen teilweise tun.

5.4.1 INTRO

Streit und Konflikte gehören zu Gruppenprozessen von unten selbstverständlich dazu - und das ist auch gut so! Ein Blick auf die derzeitigen Bewegungszusammenhänge verdeutlicht aber schnell, daß eine emanzipatorische Streitkultur nicht existiert: Anonymisierte Schlammschlachten; Leute, die sich einfach nur anpöbeln; es wird rumgemackert. Daneben gibt es eine starke Tendenz, Konflikte zu verteufeln und statt dessen zu harmonisieren bis zum Abwinken...

In diesem Abschnitt wird analysiert, warum Streit in der Szene so destruktiv verläuft und warum Harmonisierung keine Lösung sein kann. Im Gegenzug wird zu begründen versucht, warum Streit ein wichtiges Element unseres Zusammenlebens und einer gegen Herrschaft gerichteten Bewegung ist. Es folgen noch ein paar Anregungen zur Frage, wie eine herrschaftsfreie Streitkultur denn aussehen könnte.

Um einen falschen Eindruck zu vermeiden: Bedürfnisse nach Gemeinschaft und harmonischem Zusammenleben sind vollkommen in Ordnung und sollten auch offen ausgesprochen werden - absolut gesetzt bzw. als Selbstzweck ist beides aber politisch und persönlich fatal.

5.4.2 STREIT UM HARMONISIERUNG

In Teilen politischer Bewegungen gibt es eine bis heute anhaltende Tendenz zur Harmonisierung. Harmonisierung meint: Streit wird zur Bedrohung für den Zusammenhalt der Gruppe aufgebaut und verklärt, denn real sind es ganz andere Probleme, die unser Zusammenleben unerträglich machen, wie z.B. Anonymisierung, patriarchale Rollenmuster, oder fehlende Sensibilität. Inhaltliche wie persönliche Auseinandersetzungen werden einer fragwürdigen "Wir"-Identität geopfert, einem Gemeinschaftsdenken, das von jedem emanzipatorischen Anspruch abgekoppelt wird. Konflikte werden verdeckt statt ausgetragen. Es wird ein harmonischer (Quasi-)Naturzustand konstruiert, der durch Konflikte 'verschandelt' und zerstört wird. Wer Probleme offen thematisiert, wird zum Feind des verlogenen, harmonischen Zusammenlebens, unter dessen Deckmantel sich Abzocke, Verarschung und Unterdrückung abspielen.

Dazu passt auch ein esoterischer Boom seit Mitte der 70er, spürbar auch in linken Zusammenhängen: Etliche Bücher, Seminare, Workshops, die uns raten, sich mit dem "eigenen Inneren" zu beschäftigen, "inneren Frieden zu finden". Statt der Verbindung von Selbstveränderung mit sozialer Umwälzung werden die Einzelnen auf sich zurückgeworfen. Nicht in allen, aber in den Mainstream-Esoteriken werden Aggressionen, Wut, Haß und Konflikt als "böse" definiert und verdrängt, als gehörten sie nicht zu uns. Folge ist oft eine Ent-Politisierung, der Rückzug ins Private (Zweierkiste, Familie usw.).

In den 80ern entwickelte Techniken zur Harmonisierung tauchen dabei immer häufiger in allen Bereichen der Gesellschaft auf - die "linke" Szene ist da keine Ausnahme: Moderation, Mediation, Beschwichtigungsrhetorik ("Jetzt streitet euch doch nicht so") und Konsensfixierung auf Sommercamps, überregionalen Treffen und Plenas. Techniken, die längst zum Repertoire moderner, demokratischer Herrschaftssicherung gehören, d.h. von staatlicher Seite bewußt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Widersprüche und (Klassen-)Gegensätze zu entschärfen (siehe z.B. Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens).

Die Folgen von Harmonisierung grundsätzlich sind immer ähnlich: Aggressionen werden unterdrückt und verdrängt. Ärgernisse

summieren sich. Sehr häufig kommt es dann irgendwann zum großen Knall, bei dem sich aufgestaute Wut "entlädt" und Zusammenhänge bzw. persönliche Beziehungen auseinander krachen. Die Kritik ist aber noch weitergehender:

KRITIK AN HARMONISIERUNG:

Nicht-Umgang mit Konflikten: Harmonisierung ist in jedem Fall ein Nicht-Umgehen mit Konflikten, die dämonisiert, zugekleistert und verdrängt werden - nicht aber gelöst oder produktiv ausge-tragen. Indem Probleme, Aggressionen und Zoff immer wieder verdrängt, abgeschoben werden, werden sie gerade unlösbar gemacht. Konflikte, die aus dem Bewusstsein verbannt werden, verselbständigen sich, wie sich später dann in eingefahrenen Ver-haltensmustern zur Konfliktbearbeitung zeigt; immer schwieriger wird ein bewußter Umgang.

Gemeinschaftszwang: Das ständige Überbewerten von Ge-meinschaft, Einheit und Konsens erzeugt einen Anpassungsdruck auf die Einzelnen. Eigenwilligkeiten, Kreativität und kritische Po-sitionen werden verdrängt und unterdrückt, ebenso wie Wut, Haß und Aggressionen. Und das steht der Selbstentfaltung einzelner wie aller entgegen.

Verschleierung von hierarchischen Strukturen: Harmonisierung stützt Hierarchien und Herrschaft, weil sie nicht mehr thematisiert werden (dadurch logischerweise aber nicht wegfallen).

Ent-Politisierung: Harmonisierung kann zur Ent-Politisierung führen, wenn es nur noch abstrakt um "Gemeinschaft" geht.

GRÜNDE FÜR HARMONIESUCHT:

Bei "CheckerInnen" mit heraus gehobenen Positionen stecken oft Herrschaftsinteressen dahinter: Unter Rückgriff auf das Zerrbild einer „harmonischen“ Gemeinschaft und Harmonisierungstechni-ken kann eine diskussionsfeindlichen Atmosphäre erzeugt werden, in der sie ihre Interessen viel besser, reibungsloser durchzuset-zen können. Die Betonung von Konsens als einzig denkbarer Entscheidungsmethode suggeriert dabei Gleichberechtigung. Bei den meisten Menschen liegen reale, verinnerlichte Ängste (z.B. vor Spaltung und Kritik) der Harmoniesucht zu Grunde. Durch Erziehung und Sozialisation haben viele von uns ein einengendes Richter bzw. Bewertungsdenken drauf ("Was denkt der jetzt wohl über mich?"). Dieses zu überwinden ist ein Akt der Emanzipation von der Beurteilung durch andere, der allerdings nur Schritt für Schritt ablaufen kann und im Moment der Auseinandersetzung einer grundsätzlichen und mehr oder minder stark zum Ausdruck gebrachten Wertschätzung durch andere Bedarf.

5.4.3 WIDER DER HARMONISIERUNG: STREIT IST EINE PRO-DUKTIVKRAFT!

Sinnvoll wäre, sich das Motto der freien Softwarebewegung anzueignen und populär zu machen: Streit ist eine Produktivkraft! Neue Ideen und Erfindungen ergeben sich erst im Aufeinandertref-fen unterschiedlicher Anschauungen, unterschiedlicher Menschen. Konflikte ermöglichen individuelle und kollektive Weiterentwick-lung, indem alte Positionen in Frage gestellt werden. Sie dienen außerdem der Klärung von Problemen und Positionen: Konflikte sind die Voraussetzung für Harmonie. Erst durch die Auseinan-dersetzung der Menschen kann Harmonie und Einigkeit aktiv hergestellt werden - wenn mensch das denn haben möchte, was ja total in Ordnung ist! Harmonie muss immer wieder neu erstritten werden ...

Ohne Streit, inhaltliche Debatte und Zoff ist keine Bewegung von unten zu machen - schon gar nicht die herrschaftsfreie Welt.

Streit ist keine Bedrohung für ein nettes Miteinander, sondern ein wichtiger Teil davon - ohne den eine als "Frieden" getarnte Langeweile droht. Nun, hört sich ja vielleicht ganz nett an - doch nun ein Blick auf linke Bewegungsüberreste:

5.4.4 DIE STEINE IM WEG: WENN LINKE SICH STREITEN

Trotz aller Harmonisierung wird in radikalen Bewegungszu-sammenhängen zur Zeit immer noch viel gestritten. Deutlich ist aber, dass sich meist weder produktiv, noch emanzipatorisch noch freundschaftlich gezoft wird - ganz im Gegenteil.

Kritik an der vorherrschenden Streitkultur ...

Diffamierung und Reproduktion patriarchalen Verhaltens: Lautes Reden, Drohgebärden und Beleidigungen sind auch in Bewegungszusammenhängen verbreitet, ebenso wie patriarchale Muster (z.B. Sieg-Niederlage-Logik).

Herrschaftsförmigkeit: In Konflikten geht es um das Absichern der eigenen (Macht-)Position in der "Szene"; nicht der solidarischen Auseinandersetzung.

nicht direkt: Streit hinter dem Rücken (also typisch bürgerlich) oder/und vollkommene Anonymisierung, wenn Debatten eine entpersonalisierte Basis (z.B. Mailinglisten, Internetforen oder Interim) haben.

Pädagogenmentalität und Besserwisseri: Mensch will andere von oben herab belehren (Beispiel: "Lies doch erst mal Marx!").

Vereinheitlichung: Unterschiedliche Standpunkte werden nicht akzeptiert. Statt dessen wird eine Angleichung an die (objektive) "Wahrheit" gefordert. Streit ist so gerade gegen Vielfalt gerichtet, die seine eigene Voraussetzung ist! Differenz wird als Bedrohung begriffen, wohingegen Begriffe wie Einheitsfront immer noch unhinterfragt positiv besetzt sind. Spaltungen sind so vorprogram-miert. (Womit nicht der Sinn gemeinsamer Organisation in Frage gestellt werden soll.)

Standpunktfixierung: Es wird nicht aufeinander eingegangen, miteinander diskutiert, sondern Standpunkte reproduziert, was langweilig und nervig ist und keine Weiterentwicklung ermöglicht.

Die aufgezählten Punkte zeigen, dass nicht Streit und Konflikt das Problem darstellen, sondern die gegenwärtige Form der Auseinandersetzung. Daraus ist nicht Harmonisierung abzuleiten, sondern jede Menge notwendige Veränderungen. Andere Formen des Streitens und kreative Gruppenprozesse sind zu fördern, bewußt zu entwickeln und offensiv in Zusammenhänge zu tragen.

5.4.5 GRUNDZÜGE UND BEDINGUNGEN FÜR EINE HERR-SCHAFTSFREIE STREITKULTUR

Direkte, offene Intervention: Konflikte ohne Umwege führen, Streitpunkte möglichst sofort und gegenüber den richtigen Adres-satInnen ansprechen. Alles andere stärkt Institutionen (Plena usw.) und informelle, intransparente Zirkel.

Intersubjektivität: Das Konzept der objektiven Wahrheit über Bord werfen. Ziel ist nicht die Angleichung oder Einebnung an die eine "Wahrheit", sondern die Weiterentwicklung der unterschied-lichen Positionen und Menschen, z.B. durch gegenseitiges Bezug nehmen (statt Standpunktblabla...).

Prozesshaftigkeit: Diskussionen und Debatten als offenen Prozeß begreifen - es gibt kein Ende, für immer feststehenden Erkenntnisse oder Standpunkte. Bewegung statt Stillstand!

Diskriminierungsfreie Räume: In der Gruppe und im alltäglichen Miteinander über Ängste vor Konflikten, vor Bewertung und (Zuneigungs-)Verlust reden, diese ernst nehmen und zusammen

nach Lösungen suchen. Ziel ist eine Welt, in der keine mehr Angst haben muss, anders zu sein. Aus dieser Perspektive sind Differenz, Unterschiede und Vielfalt eine nicht länger Bedrohung sondern Bereicherung - womit aber keine Beliebigkeit gemeint ist.

Streit als "Normalfall": Davon ausgehen, dass Streit und Konflikte selbstverständlich zu einem menschlichen Miteinander gehören, und es auf den Umgang damit ankommt. Im Alltag und anderswo gilt es, der vorherrschenden, negativen Bedeutung entgegen zu treten ("Streit ist cool!"), d.h. zu vermitteln, dass Streit keine "Gefahr" für ein nettes Zusammenleben ist, sondern ein wichtiges Element davon.

Wichtig ist, auch neue Formen für Diskussionen zu entwickeln, die diesen Ansprüchen gerecht werden, z.B. Fishbowl statt Podiumsdiskussionen. Bleibt zu hoffen, dass dieser Text weitreichende Streits entfacht. Lasst die Fetzen fliegen ... für eine herrschaftsfreie, solidarische und kreative Streitkultur!

5.5 REFLEXION

Die Ziele der Entscheidungsfindung von unten lassen sich nur verwirklichen, wenn man immer auch in der Rückschau darüber nachdenkt und (selbst-)kritisch hinterfragt, wie und warum etwas so oder so gelaufen ist. Oft passiert das nicht, weder gemeinsam noch individuell. Leider haben wir dazu nur noch einige wenige Methoden und Anmerkungen in den Reader aufnehmen können - hier besteht also besonderer Ergänzungsbedarf. Einige Andeutungen, was Reflexion heißen kann:

Reflexion bedeutet, in den jeweiligen politischen Zusammenhänge Orte bzw. Momente zu schaffen, in denen selbstgesetzte Ziele und tatsächlich Erreichtes verglichen werden und explizit danach gefragt wird, wie die Beteiligten zurückliegende Dinge persönlich erlebt haben. Was war für die Einzelnen ärgerlich, erfreulich, furchteinflößend, enttäuschend, ausgrenzend, zurücksetzend, fördernd etc.? Haben sie ihre Ziele erreichen können oder wodurch wurde das verhindert? Wie war die Organisationsform, wie hat die Stimmung auf die Einzelnen gewirkt? Die Antworten zu solchen Fragen auszutauschen, trägt viel zu einer Weiterentwicklung des Zusammenhangs bei. Besonders weit kommt man, wenn es gelingt, eine Atmosphäre zu schaffen, die möglichst konkrete Schilderungen des Erlebten erlaubt, man also nicht dabei stehen bleibt, zu sagen "ich war genervt", sondern etwa zu sagen "Bertis ständiges Gemeckere hat mich wütend gemacht" (siehe oben 4.1.3). Gleichwohl helfen auch weniger präzise Eindrücke oft weiter und können Anlass sein, ggf. auch nach der Sitzung noch einmal direkt nachzufragen.

Neben der Reflexion in der Gruppe bezeichnet Reflexion auch einen individuellen, persönlichen Vorgang, des "Sich-in-Frage-stellen" oder des "Sich-von-außen-betrachten". Es geht dann darum, sein eigenes Verhalten auch selbst einer Kritik zu unterziehen und nicht allein darauf zu warten, dass einem andere dazu Hinweise liefern. Habe ich mich da dominant verhalten? Was ist eigentlich mein Anteil am Entstehen des Disputs gerade? Höre ich überhaupt aufmerksam zu oder reagiere ich immer nach einem vorgefertigten Schema? Spiele ich meine typische Rolle wieder? Erwarte ich von anderen, die Initiative zu übernehmen? In einem gewissen Umfang stellt man sich ohnehin ständig solche Fragen und zieht daraus auch Konsequenzen. Oft könnte man das intensiver tun und in jedem Fall ist eine Reflexionsebene wichtig, wenn man mit anderen Menschen freundschaftlich und hierarchiearm kooperieren will.

Als "offener Raum" kann ein Aktionsfeld bezeichnet werden, in dem es keine Beschränkungen gibt, diesen zu nutzen und zu füllen - außer die anderen AkteurInnen, mit denen bei Interessenkollision (z.B. Nutzung der gleichen Infrastruktur, Flächen u.ä. zur gleichen Zeit) eine direkte Vereinbarung geschlossen wird. Ein Raum und seine Ausstattung (Technik, Räume, Wissen, Handlungsmöglichkeiten usw.) ist dann offen, d.h. gleichberechtigt für alle nutzbar, wenn die Beschränkungen physisch und praktisch nicht bestehen, d.h. der Zugang zu den Handlungsmöglichkeiten darf weder durch verschlossene Türen, Vorbehalte, Passwörter usw. verwehrt werden können noch dürfen Wissensbarrieren hingenommen werden, die Einzelne von der Nutzung des offenen Raumes und seiner Teile ausschließen. Dieses bedarf in der Regel eines aktiven Handelns, um Transparenz herzustellen, Zugänge zu Informationen zu ermöglichen und Erklärungen z.B. für technische Geräte bereitzustellen.

KONTROLLFREIER UND BEDINGUNGSFREIER RAUM

Die Offenheit eines Raumes würde eingeschränkt durch Bedingungen des Zugangs oder der Nutzung von Teilen sowie durch tatsächliche oder optionale Kontrolle. Kontrolle erzeugt auch dann, wenn sie nicht konkret ausgeführt wird, Angstgefühle. Sie teilt Menschen oder Gruppen in (potentiell) kontrollierte und (potentiell) kontrollierende. Dieser Zustand bleibt auch dann bestehen, wenn die potentiell Kontrollierenden diese Funktion nicht ausüben wollen und es im Regelfall nicht tun. Allein die Möglichkeit verändert das Verhältnis von Menschen untereinander.

Ist eine Metastruktur als Kontrollinstanz nutzbar, z.B. ein Plenum, so verlagert sich die Kommunikation um die Weiterentwicklung des Raumes, bei Interessenkollisionen und oft auch bei Kooperationen zwischen Teilen des Ganzen auf diese Metastruktur. Das steht einer freien Entfaltung aller Teile des Ganzen im Weg, da in der Metastruktur eine andere Form der Kommunikation herrscht, die von Regeln, taktischem Verhalten und einer mehr auf Sieg/Niederlage orientierten Redeform geprägt ist.

Direkte Kommunikation und freie Vereinbarung gedeihen nur dort uneingeschränkt, wo Kontrolle und damit die mögliche Alternative, Konflikte auch herrschaftsförmig zu klären, gar nicht bestehen. Zweitrangig ist dabei, wie die Kontrolle organisiert ist - ob in der Dominanz einer Einzelperson oder -gruppe (z.B. Hausrecht, Faustrecht, rhetorische Dominanz) oder in demokratischen Prozesse. Demokratische, auch basisdemokratische Entscheidungskompetenz auf Metaebenen ist Kontrolle, zerstört direkte Kommunikation und erschwert freie Vereinbarung" wenn auch verschleierter. Die einzig grundlegende Alternative zu allen Formen von Kontrolle ist die totale Kontrollfreiheit: Es gibt keine Möglichkeit mehr, außerhalb gleichberechtigter Kommunikation eigene Interessen durchzusetzen.

OFFENSIVES HERSTELLEN DES OFFENEN UND KONTROLLFREIEN RAUMES

Offenheit und Kontrollfreiheit entstehen nicht durch bloßes Weglassen formaler Verregelung. Das würde übersehen, dass die Gesellschaft durchzogen ist von Zurichtungen der Einzelpersonen und sozialer Gruppen, die auch in einem von formalen Unterschieden freien Raum weiterwirken. Hierzu gehören die autoritären Aufladungen im Verhältnis zwischen Menschen, z.B. der Respekt vor älteren Menschen, Titeln, sog. ExpertInnen oder Amtspersonen, aber auch die Rollenmuster nach Geschlecht, Bildungsgrad oder

Herkunft. Mit diesen Vorprägungen betreten alle Menschen auch einen offenen, kontrollfreien Raum und werden sich entsprechend gegenüber anderen verhalten“ es sei denn, es gibt einen aktiven Prozess, der Zurichtungen überwindet oder zur Überwindung beiträgt. Dazu gehören:

1. Bewusstmachung von Zurichtungen, Dominanzen usw. über Texte, Gespräche, Reflexionen und mehr vor, während und nach dem Gruppenprozess. Offensive Erklärungen aller Möglichkeiten, also der Technik, der Nutzbarkeit von Räumen und ihrer spezifischen Ausstattungen, des Zugangs zu Wissen (falls dieses nicht direkt sichtbar ist) und informierten Personen, der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten des offenen Raumes usw. Bereitstellung der räumlichen und technischen Möglichkeiten sowie des Wissens für dominanzmindernde Gruppenverfahren, z.B. Räume für Fish-Bowl, Wände zur Visualisierung usw.

2. Workshops, Seminare und Einführungen in die Nutzung technischer Ausstattung, in Aktionsmethoden, Gruppenverfahren und vieles mehr. Herstellung einer hohen Transparenz des “Was läuft wo?“, “Welche Streitpunkte bestehen und werden wo diskutiert/geklärt?“, “Was fehlt?“, “Wer braucht Hilfe?“, “Welche Weiterentwicklungen des offenen Raumes laufen oder werden angestrebt?“ usw. Dazu sollten ein oder mehrere Informationspunkte geschaffen werden, an denen alles, was läuft oder geplant wird, angeschrieben wird mit Treffpunkt, Kontakt u.ä. (siehe Verfahren “Open Space“).

METHODEN ZUR ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

HierarchNie!

http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/hoppetosse/evu/evu_reader.pdf

Bevor einzelne Abstimmungsverfahren beschrieben werden, ist eines Vorweg wichtig: Jede Entscheidung ist Herrschaft. Zum einen ist eine Entscheidung nur dann Entscheidung, wenn sie auch Gültigkeit hat - und das setzt wiederum Mechanismen voraus, etwas Beschlossenes auch durchzusetzen. Zum anderen ist es eine völlige Illusion, zu glauben, dass Entscheidungsfindungen frei von Dominanzen organisierbar sind. Das Wissen um die kommende Entscheidung schürt Ängste, fördert taktisches Verhalten usw.

Daher ist hinsichtlich von Entscheidungsfindungen wichtig, genau hinzugucken, wo überhaupt Entscheidungen nötig sind und wer sie treffen muss. Der Umgang mit Entscheidungen ist zur Zeit meist höchst fahrlässig. Ständig stimmen alle über alles ab. Das Plenum (siehe gesonderter Text dazu) oder eine Vollversammlung gilt als Nonplusultra - und folglich werden alle möglichen Entscheidungen dorthin verlagert. Oft gibt es weitere Gremien wie Vorstände oder Koordinierungskreise (was im Prinzip das gleiche ist, nur zweites erklärend benannt wurde), die Entscheidungen treffen. Deren Entscheidung ist das für alle bindend oder die Gremien können im Namen aller reden. Die Hierarchie entsteht bei all dem nicht durch die Entscheidung selbst, sondern durch die dahinterstehende Struktur, dass überhaupt entschieden wird! Wenn sich Menschen frei vereinbaren könnten, also jederzeit Gruppen, Teilgruppen, Projekte usw. gründen und in ihrem eigenen Namen agieren - aber eben nicht für andere - wäre das formale Hauptdominanzproblem bereits aus dem Weg geräumt. Im günstigsten Fall entstünde dann ein freies Nebeneinander sowie durch Kooperationen, Transparenz und Vernetzung ein Miteinander gleichberechtigter Teile statt einer

hierarchischen Organisationsform.

Unter diesem Gesichtspunkt verliert auch die Frage, ob z.B. Mehrheit oder Konsens, ihre zentrale Bedeutung. Tatsächlich geht es dabei nur darum, wie in einem grundsätzlich dominanzdurchzogenen Verfahren abgestimmt wird. Die Debatte, die von “Demokratiefans“ oder “KonsensdogmatikerInnen“ aufgemacht wird, verschleiert also, dass der entscheidende Punkt der Herrschaftsausübung gar nicht im Abstimmungsverfahren, sondern in der Organisation von Abstimmung überhaupt liegt. DemokratInnen aller Art, ob nun AnhängerInnen von Mehrheits- oder Konsensprinzip, sind daher VerfechterInnen von Herrschaft - ob ihnen das nun bewusst ist oder nicht. Daher ist die Hauptaufgabe der “Entscheidungsfindung von unten“ nicht der Streit über Mehrheit und Konsens, sondern die Frage, ob eine Entscheidung (aller) überhaupt notwendig ist oder ein prinzipiell anderes Organisationsprinzip her muss - nämlich das der freien Vereinbarung frei organisierter Teilgruppen.

KONSENSVERFAHREN

Im Konsens (lateinisch Gemeinsinn) ist eine Entscheidung dann ergangen, wenn alle an ihr Beteiligten diese tragen. In kleinen Gruppen werden Entscheidungen oft durch einfaches miteinander Reden im Konsens getroffen, zur Findung eines Konsens in großen Gruppen gibt es Konsensabstimmungsverfahren.

Ist es nötig, in größeren Gruppen einen Konsens zu erreichen gibt es dazu verschiedene Abstimmungsverfahren. Eines ist das auf dem Jugendumweltkongress bis 2001 angewendete: Zu einem zur Abstimmung stehender und ausdiskutierter Vorschlag wird die Abstimmung durchgeführt indem “die vier Konsensstufen“ abgefragt werden. Jede Person kann ihre Stimme in eine dieser Stufen geben. Die erste Stufe ist “ich stimme vorbehaltlos zu“, die zweite “ich stimme mit Vorbehalten zu“, die dritte “ich stimme nicht zu, kann den Vorschlag aber akzeptieren und werde wahrscheinlich nicht zu dessen Umsetzung beitragen“ (z.B. bei einer Aktion nicht mitmachen), die vierte ist das Veto. Ein Vorschlag gilt dann als angenommen, wenn die Summe der Stimmen der Stufen eins und zwei den Stimmen der Stufe drei überwiegt, und kein Veto eingelegt wurde. Anderenfalls gilt weiter, was bisher galt. Alternativabstimmungen sind in diesem Verfahren nicht möglich, was bei Fragestellungen schwierig ist, bei denen bisher nichts gilt. Außerdem wird oft in einem Bereich nur zu einem Vorschlag abgestimmt, obwohl mehrere Vorschläge einen Konsens erreichen könnten, wodurch der erstgenannte Vorschlag sich durchsetzt.

Wie bei Mehrheitsentscheidungen blenden Konsensverfahren die Frage aus, ob überhaupt eine Entscheidung (aller) sinnvoll ist. Solches wäre nur dann der Fall, wenn alle von einer Entscheidung betroffen und an ihr interessiert sind, es also nicht möglich ist, dass verschiedene Gruppen einfach neben- oder nach freier Vereinbarung miteinander Verschiedenes tun, ohne dass andere sich in ihren Handlungen eingeschränkt fühlen. Anderenfalls hat Konsens mit Entscheidungsfindung von unten nicht zu tun, sondern ist im Gegenteil ein repressives Instrument, alle zur Einigkeit über bestimmte Fragen zu bringen. Das beinhaltet letztlich Intoleranz gegenüber der Minderheit, auf die implizit Druck ausgeübt wird, sich der Mehrheit anzuschließen, um einen Konsens zu erzielen, der dann eine repressive Gruppenidentität darstellt. Werden Konsensverfahren in diesen Fällen angewendet, sind sie oft sogar problematischer als Mehrheitsentscheidungen, in denen die Minderheit wenigstens als solche bestehen bleiben kann, d.h. ihre Rolle als Opposition klarer begreift.

Um einen Konsens erzielen zu können, muss folglich auch ein

Konsens darüber bestehen, dass überhaupt ein Konsens erzielt werden soll. Das kann nur in freier Vereinbarung geschehen - der übliche Zwang zu Versammlungen, Gremien oder Plena muss verschwinden, sonst sind die Möglichkeiten der Entscheidungsfindung von unten von vorneherein stark eingegrenzt und nicht durch die Verherrlichung bestimmter Abstimmungsverfahren zu heilen.

Schließlich muss klar sein, dass Konsens konservative Strukturen stark fördert. Konsens bedeutet nämlich, dass das Bestehende deutlich schwerer zu verändern ist, weil eine Person per Veto verhindern kann sich etwas ändert. Das kann auch durch die ständig dominierenden Eliten ausgenutzt werden, wenn deren Entscheidungen als Ausgangslage gelten, z.B. einer Vorbereitungsgruppe oder bei Vorentscheidungen in Gremien. Krasses Beispiel war da Anfang 2003 die zentralistische Einheitsbewegung "attac", deren Führungskader, verschleiernd "Koordinierungskreis" genannt, ein Papier mit Gewerkschaften erstellten und unterzeichneten und dieses auf Missfallen fast aller Basisgruppen fiel. Doch die Unterschrift konnte trotz einer überwältigenden Mehrheit von ca. 80% der Anwesenden für einen solchen Schritt nicht zurückgezogen werden, weil dafür Konsens nötig gewesen wäre - während das Setzen der Unterschrift ein Führungsgremium einfach so machen konnte. Dort wird offensichtlich, wie Konsens Machtpolitik bedeuten kann, meist fällt es weniger auf.

BEWERTUNG:

Dieses Verfahren ist, abgesehen davon, dass es z.B. auf dem Jugendumweltkongress oder vielen Camps gewohnheitsmäßig immer eingesetzt wurde - ständig selbst dann wenn eigentlich keine Abstimmung aller nötig wäre - auch zur Entscheidungsfindung problematisch. Es unterscheidet sich im Ergebnis kaum von einer Mehrheitsabstimmung. Bei letzterer zählt auch, ob eine Mehrheit dafür stimmt oder nicht. Das Einlegen eines Vetos, beim Konsensverfahren immer als wichtiger Pluspunkt für das Verfahren eingebracht, ist schwierig, weil hier der/die Einzelne meist unter erheblichem Druck steht, sich der Mehrheit zu beugen statt eine Entscheidung zu blockieren. Begünstigt wird das durch den großen Unterschied zwischen Stufe drei und Veto. Während Stufe drei einer Akzeptanz der Mehrheitsabstimmung gleichkommt und die Minderheit wirkungslos ist, wirkt das Veto durchschlagend. Hier könnte eine fünfte Stufe dazwischen eingeführt werden, die tatsächlich als Nein gewertet wird und zu Folge haben soll, dass zwischen denen die das wollen, ein neuer Kompromiss gesucht wird.

Abhängig ist das Konsensverfahren wesentlich von der Art der vorhergehenden Diskussion, aus der sich auch ergibt woher die Abstimmungsvorschläge kommen. Gut geeignet ist die Blitzlichtrunde, weil hier Vorschläge und Kompromisse offen von allen geäußert werden können. Anderenfalls ist es wichtig, dass Vorschläge und Kompromisse in kleineren Gruppen erarbeitet werden, die allen zugänglich sind, um zu vermeiden, dass nur Vorschläge von Leuten gemacht werden können, die sich trauen im Plenum zu reden. Konsensverfahren sind in größeren Gruppen umständlich, aber da wo ein Konsens unbedingt nötig ist (z.B. in kleinen Aktionsgruppen) die einzige Entscheidungsfindung von unten.

Außerhalb dessen ist Konsens bereits per se Ausübung von Macht, weil es nur ein Detail (das Abstimmungsverfahren) innerhalb eines Herrschaftsvorganges (Abstimmung) behandelt, so wird die wichtigste Frage, wie Konsensabstimmungen beeinflusst werden können, fast immer verschwiegen - wer wie herum die Frage formuliert. Per Veto lassen sich nämlich Abstimmungen ebenso leicht manipulieren wie durch taktisches Redeverhalten,

Antrag auf Schluss der Redeliste, nachdem sich fünf Personen der gleichen Meinung gemeldet haben usw. (was alles bei Mehrheit wie bei Konsens möglich ist). Dafür muss die zur Abstimmung stehende Frage nur unauffällig verkehrt herum gestellt werden. Beispiel: Wer eine Person aus einem Treffen werfen will, fragt nicht mehr (oder, besser weil unauffälliger: lässt fragen), ob die Person rausfliegen soll, sondern entweder "Sind alle damit einverstanden, dass X dableiben kann?" oder "Sind alle dafür, dass hier auch Menschen, die ..., anwesend sein dürfen?". Und dann, wenn die Mehrheiten nicht hinhalten, einfach Veto einlegen.

VERBESSERUNG:

Vor jeder Abstimmung im Konsens muss geklärt werden (im Konsens), ob eine Abstimmung aller überhaupt erwünscht ist oder nicht, z.B. wenn zwei Gruppen unterschiedliche Aktionen machen wollen. Zudem sollte das Abstimmungsverfahren ebenfalls geklärt werden. Manipulationsmöglichkeiten bei Konsensverfahren müssen transparent gemacht werden. Um den konservativen Zug des Konsensverfahrens aufzubrechen, empfiehlt sich eine Vorklärung, ob der Status Quo noch auf Zustimmung nach Konsenslogik trifft. Gilt das nicht, darf der Status Quo nicht per Vetorecht gestärkt werden können, sondern es müssen Alternativen diskutiert werden.



POLITISCHER GRÜNDKONSENS

WAS HEISST LINKSRADIKAL?

www.archivtiger.de/downloads/maennerarchiv/linksradikal.pdf

'Links' impliziert einen Bezug auf die sozialistische Tradition (die politische Bedeutung des Wortes hat mit der Sitzordnung im französischen Parlament im 19. Jahrhundert zu tun), 'radikal' spricht von der Differenzierung dieser Tradition und dem Anspruch bestimmter Strömungen, die radix (Wurzel) des Übels, der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nämlich, zu erkennen (um sie 'auszureissen?').

Linksradikalismus sollte meines Erachtens in Abgrenzung nicht nur zur Sozialdemokratie sondern auch zum Leninismus definiert werden, denn es ist nicht einzusehen, was an einer autoritären Strömung, die weder den Staat noch die Warenform abschaffen will, radikal sein soll. Einen positiven Bezug auf die anarchistische Tradition, aber auch auf die rätekommunistischen und andere libertär-sozialistische Strömungen finde ich wichtig. Eine Überwindung des Antagonismus zwischen anarchistischer und marxistischer Theorie wäre die Voraussetzung einer linksradikalen Theoriebildung auf der Höhe der Zeit. Dies setzt meines Erachtens eine Interpretation der Marx'schen Kritik voraus, die eine radikale Kritik des Staates, der Produktionsweise, der Arbeit, der Zeit, der Verdinglichung der sozialen Beziehungen und nicht bloss eine Kritik der Verteilung und der formalen Eigentumsverhältnisse ermöglicht¹.

Linksradikale Theorie und Praxis die den Namen verdient, sollte eine fundamentale Kritik des patriarchalen Geschlechterverhältnisses als nicht aus dem Kapitalverhältnis ableitbare Herrschaftsform beinhalten. Das setzt eine Auseinandersetzung mit feministischer Theorie und Praxis voraus, eine klare Abgrenzung von liberalen und reformistischen Feminismen und den Anschluss an nicht-biologische radikalfeministische Ansätze und solche sozialistisch-feministische Ansätze, die das Geschlechterverhältnis nicht bloss wieder in einen traditionellen sozialistischen Entwurf einzugemeinden versuchen². Darüberhinaus sollte antipatriarchales Denken und Handeln anti-heterosexistisch sein, d.h. die gesellschaftliche Norm Heterosexualität angreifen. Geschlecht und Sexualität lassen sich schlecht getrennt begreifen; ich finde, die radikale Linke braucht dringend eine Theorie der Sexualität, eine 'Kritik der politischen Sexualität'³.

Linksradikalismus definiere ich als notwendigerweise antirassistisch, wobei Rassismus sowohl in seinen institutionellen wie in seinen psychischen und ideologischen Aspekten erfasst werden sollte. Rassismus muss als eigenständiges Unterdrückungsverhältnis begriffen werden, er ist nicht nur Ideologie sondern Praxis und Ideologie. Rassismus ist ein Diskurs und eine Praxis, die ethnische Gruppen abwertet. Er lässt sich nicht getrennt von Ethnizität und Nationalismus begreifen⁴.

Es kann meiner Ansicht nach inzwischen nicht mehr als besonders radikal gelten, Klasse, Rasse und Geschlecht 'gleichberechtigt' nebeneinander zu stellen und dann in verschiedener

Weise miteinander zu addieren. Es müsste inzwischen sehr klar geworden sein, dass rassistische und sexistische Stereotype, Fantasien von Krankheit und Degeneration, Bilder vom Juden und Träume von der Südsee nicht unabhängig voneinander existieren; dass z.B. Rassismus und Sexismus nur als 'mutually constitutive'⁵ zu begreifen sind.

Linksradikales Denken kann und darf keine westliche Folklore, keine eurozentrische Theorie bleiben, sondern muss sich unbedingt zusehends internationalisieren oder besser, transnationalisieren. Insofern ist der kritische Bezug auf den klassischen trikontinentalen Antimperialismus wichtig, die Diskussionen um 'neue Internationalismen' und die Beiträge postkolonialer TheoretikerInnen müssten aufgenommen und mit den hiezulande kursierenden antinationalen Diskursen in Bezug gesetzt werden.

Antisemitismus zu begreifen ist von entscheidender Bedeutung für eine radikale Linke. Gerade für die deutsche Linke muss es darum gehen, sich der eigenen Geschichte zu stellen: der Geschichte des NS, der singulären, aus keiner ökonomischen Logik erklärbaren Tat der fabrikmässigen Vernichtung der Jüdinnen und Juden; der Geschichte des linken Antisemitismus überhaupt und des antizionistischen Antisemitismus der deutschen Neuen Linken im Besonderen. Antisemitismus mit der Kritischen Theorie als notwendige und strukturelle Bewusstseinsform zu begreifen, und nicht als irgendein beliebiges Vorurteil, und der damit verbundene Versuch, die verkürzte Kapitalismuskritik und die Anfälligkeit für völkische Ressentiments und Querfrontstrategien der leninistischen aber auch anderer linker Traditionen, zu überwinden, halte ich für ein zentrales Moment in der Neubestimmung einer radikalen Linken.

Ebenso bedarf es theoretischer wie strategisch-politischer Anstrengungen, um die naturwissenschaftlich und reformistisch verengte Thematisierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses als 'Ökologie' (wieder?) zu öffnen in Richtung einer Thematisierung des herrschaftlichen und ausbeuterischen Verhältnisses zur äusseren Natur und wie dieses mit gesellschaftlicher Herrschaft und herrschaftlicher Strukturierung der Subjekte zusammenhängt.

Subjektivität war ein zentrales Motiv in den theoretischen Debatten der Neuen Linken der 60er und 70er Jahre, der Theorie und Praxis der 'zweiten Welle' des Feminismus in den westlichen Staaten undsoweiter. ... Linksradikalismus bedeutet meiner Ansicht nach auch und ganz entscheidend den Versuch, die Herrschaft im Subjekt zu destabilisieren. Es geht auf theoretischer Ebene um eine Verknüpfung von 'Makro'- und 'Mikro'-Analysen, auf praktischer Ebene um die Vermittlung von persönlichen Veränderungsprozessen mit 'makro'-politischer Organisation und Aktion⁶.

Die notwendige Vermittlung von individueller Veränderung mit kollektiver politischer Praxis ist mit einem weiteren 'Vermittlungsproblem' linksradikaler Praxis verknüpft, nämlich der 'Vermittlung

zwischen Weg und Ziel – also: Methoden aktueller Praxis versus utopische Werte. . . Eine 'reife' linksradikale Praxis müsste sich sowohl vom naiven Utopismus vornehmlich anarchistischer Provenienz abgrenzen, der Weg und Ziel umstandslos identisch setzt, als auch vom kritischen Zynismus vor allem marxistischer Intellektueller, der utopisches Denken desavouiert und jegliche 'Mikropolitik'/lifestyle politics als blosse systemimmanente Lebensreformerei denunziert⁷.

Linksradikales Denken bedeutet für mich ganz entscheidend, zu versuchen die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der eigenen theoretischen Werkzeuge zu reflektieren. Linksradikale Theorie heute heisst für mich, mit poststrukturalistischen Ideen, durch die postmoderne Kritik hindurch die klassischen linken Ansätze zu hinterfragen, das was historisch überholt ist (und das was schon immer falsch war), zu verwerfen; und zugleich, im selben Prozess, das – unser – 'postmoderne(s) Denken' als Ideologie der jüngsten Entwicklungsstufe der globalen patriarchalen Klassengesellschaft zu begreifen und zu versuchen eine kritische Distanz dazu einzunehmen⁸.

Es ist ein Verdienst poststrukturalistischer Tendenzen, den Essentialismus feministischer, antirassistischer und befreiungsnationalistischer Identitätspolitik kritisiert und den traditionslinken Universalismus als weissen westlichen Partikularismus enttarnt zu haben. Die Konsequenz aus diesen Kritiken sollte meiner Meinung nach nicht sein, Identitätspolitik aufzugeben, genausowenig wie jeder Versuch, programmatisch "vereinheitlichte" Bündnisse zu schaffen notwendigerweise eine ganz schlimme totalitäre⁹ Sache ist. Linksradikale Politik heute, behaupte ich stattdessen, sollte versuchen strategische Identitätspolitik¹⁰ zu entwerfen, die Einheiten über Differenzen hinweg konstruieren, ohne die Differenzen zu leugnen und ohne die Einheiten als natürlich zu setzen; die sich der Gefahren der Essentialisierung, Naturalisierung, Homogenisierung bewusst bleiben.¹¹ Daraus folgt ein pragmatischer und flexibler Umgang mit "identitätsbestimmten Gruppen", eine unaufhörliche Problematisierung von Homogenisierung nach innen und Abgrenzung nach aussen.¹²

Linksradikalismus definiert sich meines Erachtens in Abgrenzung von reformistischen Ansätzen. Anti-reformistisch zu sein bedeutet nicht gegen Reformen des Systems zu sein, sondern eine extrem kritische Abwägung subversiver und affirmativer Aspekte jedes politischen Projekts vorzunehmen, sich dabei der Kräfteverhältnisse bewusst zu sein (und das heisst meistens, sich die eigene Ohnmacht schonungslos einzugestehen) und sich vor Augen zu halten, dass die Integration von Protest, die Kooptation politischer und ästhetischer Opposition einer der wichtigsten Funktionsmechanismen 'postmoderner' patriarchaler Klassengesellschaften ist. Eine radikale Staatskritik bedeutet nicht, nicht in Institutionen zu arbeiten, bedeutet aber diese Arbeit immer wieder so ehrlich wie möglich auf ihren emanzipatorischen Gehalt hin zu befragen. Radikale Staatskritik bedeutet einzusehen, dass eine befreite Gesellschaft niemals über die Eroberung des Staates erreicht werden kann, auch wenn Kämpfe um Hegemonie auch innerhalb staatlicher Institutionen wichtig sind. Sie bedeutet zu verstehen, dass parteiförmige Organisation und Integration in den parlamentarischen, institutionellen Apparat staatlicher Herrschaft keine gangbaren Wege zur notwendigen fundamentalen Transformation, also: Revolution, der gesellschaftlichen Verhältnisse sind.

FUSSNOTEN:

1. Ansätze hierzu finden sich meiner Ansicht nach in der Kritischen Theorie, bei Postone und den Krisis-Theoretikern.

2. Ich denke da auf theoretischer Ebene z.B. an R. Scholz, A. Jonasdottir, L. Nicholson

3. Theoretisch hätte diese sich meines Erachtens auf die klassischen Versuche, Marxismus und Psychoanalyse zu kombinieren zu beziehen, auf poststrukturalistische Versuche im Anschluss daran, auf feministische Durcharbeitungen der Psychoanalyse, auf den Diskurs des queer feminism und queer theory überhaupt.

4. Siehe hierzu Floya Anthias / Nira Yuval-Davis (1992)

5. d.h.: 'einander gegenseitig konstituierend', (L. Doyle 1994)

6. Im Positionspapier eines Männergruppenzusammenhangs, an dessen Formulierung ich mitgearbeitet habe, findet sich zu der Frage "Was ist Linksradikalität" in Bezug auf die Vermittlung von 'Mikro'- und 'Makro'-Politik folgende Passage: "Emanzipation ist nicht nur die Befreiung von äusseren, sondern auch von inneren Zwängen. Es geht nicht nur um die Veränderung von Strukturen zwischen Menschen, sondern auch in Menschen. Überhaupt macht es oft keinen Sinn, zwischen Strukturen ausserhalb und innerhalb von Individuen zu unterscheiden: das ist eine bürgerliche Illusion. Emanzipation besteht auch in der Befreiung von systemkonformen Wünschen (denunziatorisch: Süchten) und der Entfaltung systemüberschreitender Wünsche. In diesem Kontext wollen wir die Aussage verstanden wissen, daß Linksradikalität gerade darin besteht, gegen die eigenen Interessen – als Männer, als Weiße – zu handeln und für unser Verlangen nach Autonomie und Kollektivität einzutreten. Wir fänden es wichtig, daß Männer ihre Männlichkeit, Weiße ihre Weisheit, allgemein gesagt: Privilegierte ihre als normal und universell daherkommende unmarkierte Differenz zum Problem, zum Politikum machen würden."

7. Ob der naive Utopismus eher pazifistische Züge annimmt und so die Selbstentwaffnung der Linken propagiert oder psychologistisch/spirituell die Pflege der eigenen Interessen mit gesellschaftlicher Befreiung identisch lügt macht keinen wesentlichen Unterschied; genauso finde ich ist es egal, ob das Auseinanderreißen von individueller Emanzipation und kollektiver politischer Praxis aus dem Glauben resultiert, wir lebten in einer totalen kapitalistischen Vergesellschaftung, aus der keine Praxis, sondern (paradoxe Weise) allein das geniale systemüberschreitende Denken des jeweiligen kritischen Kritikers einen Ausweg weist oder ob es aus der (nach meiner Ansicht auf nichts als patriarchaler Leib- und Gefühlsfeindschaft basierenden) Ablehnung traditioneller Linker, Subjektivität zu politisieren, beruht.

8. Um poststrukturalistische Theoriebildung politisch einschätzen zu können, ist es meiner Ansicht nach wichtig, sie als Versuch zu begreifen, sich aus den theoretischen Borniertheiten der – vom stalinistischen und leninistischen "Marxismus" sowie einer bestimmten Spielart von Existenzialismus beherrschten – französischen Linken der 70er Jahre zu befreien. Wie die marxistische Tradition, die in vielen ihrer Strömungen zu reaktionärer Herrschaftslegitimation verkommen ist, ist das Universum poststrukturalistischer Ansätze meiner Ansicht nach als politisch sehr ambivalent einzuschätzen:

Es schillert zwischen Legitimation des Abschieds ehemaliger Radikaler von fundamentaler gesellschaftlicher Opposition zugunsten eines affirmativen Reformismus (Lyotard), einem deutlichen Mangel an politischer Konkretion (Derrida), einer affirmativen Anti-Politik (der späte Baudrillard) einerseits, andererseits bahnbrechenden theoretischen Neuerungen (Foucaults Macht- und Subjekttheorien, Irigarays Anschlüsse an Lacan, frühe Arbeiten von Baudrillard und vieles mehr) und einem consequenten, radikalen politischen Engagement (Foucault).

9. Den vagen, abwertende Gebrauch der Begriffe totalitär und totalisierend finde ich eine der ärgerlichsten Gewohnheiten des 'postmodernen Jargons'.

10. Mir ist der Begriff 'strategische Identitätspolitik' zuerst im Kontext der sogenannten 'postcolonial studies' auch ein sehr schillerndes Diskursuniversum begegnet, er taucht bei Trinh Minh Ha und G.C. Spivak auf, ich gehe davon aus dass die ihn 'erfunden' haben.

11. Identitätspolitik privilegierter Gruppen wirft natürlich völlig andere Problematiken auf als die unterprivilegierten/unterdrückten Gruppen. Identitätspolitik Privilegierter kann nur als selbstaufhebende oder "negative" Identitätspolitik progressive Praxis sein. Das bedeutet, dass das Ziel der Aufhebung der eigenen Identität nicht nur wie in jeder nichtreaktionären Identitätspolitik präsent sein muss, sondern ganz klar im Vordergrund stehen und den Propagandisten der Männlichkeit, der Heimat, der Nation und sonstiger Widerwärtigkeiten kompromisslos entgegengesetzt werden sollte. 'Aufhebung der eigenen Identität' in einer 'negativen Identitätspolitik' soll nicht heißen, dass das betreffende Konstrukt (z.B. Männlichkeit) als Ganzes, so wie es ist, dämonisiert wird. Sondern es geht um ein 'unpacking' eines Komplexes von Eigenschaften und Symbolen, das eine Rekombination der Elemente ermöglichen würde, in der die Elemente selbst ihre 'Färbung' veränderten. Das könnte mensch vielleicht 'Dekonstruktion' nennen und auf individueller Ebene ist damit die Perspektive einer zugleich auflösenden wie schöpferischen Selbstveränderung jenseits von Moralismus und Selbsthass angedeutet.

12. Was die Frage eines 'Universalismus in Diversität' bzw. der Bündnispolitik betrifft, finde ich die Formulierungen von Yuval-Davis zu 'transversal politics' und S. Stanford Friedman zu 'locational feminism' sehr inspirierend: In "Gender and Nation" (1997) schreibt N. Yuval-Davis: "transversal politics aims to be an alternative to the universalism/relativism dichotomy which is at the heart of the modernist/postmodernist feminist debate. It aims at providing answers to the crucial theoretical/political questions of how and with whom we should work if/when we accept that we are all different as deconstructionist theories argue." (p125, Hervorhebung von mir). In diesem Zusammenhang zitiert sie Spivak (1991): "Deconstruction does not say anything against the usefulness of mobilizing unities. All it says is that because it is useful it ought not to be monumentalized as the way things really are." und Stuart Hall (1987): "all identity is constructed across difference" (in: Yuval-Davis, 1997, p126). Weiter schreibt sie: "In 'transversal politics', perceived unity and homogeneity are replaced by dialogues which give recognition to the specific positionings of those who participate in them as well as to the 'unfinished knowledge' that each such situated positioning can offer." (p131) In der Einleitung zu "Mappings Feminism and the cultural geographies of encounter" (1998) beschreibt S. Stanford Friedman ihr Projekt so: "The book insists on going 'beyond' both fundamentalist identity politics and absolutist poststructuralist theories as they pose essentialist notions of identity on the one hand and refuse all traffic with identity on the other." (p4) Sie nennt ihre Politik "locational feminism": "A locational approach to feminism incorporates diverse formations because its positional analysis requires a kind of geopolitical literacy built out of a recognition of how different times and places produce different and changing gender systems as these intersect with other different and changing societal stratifications and movements for social justice." (p5, Hervorhebungen von mir).

ÜBERLEGUNGEN ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON EMANZIPATION UND KOLLEKTIVEN IDENTITÄTEN

von "Kritik im Handgemenge" Bremen

Menschen werden in Identitäten reingeboren: Volk, Geschlecht, "Rasse", sexuelle Orientierung, Behinderung, Klassenzugehörigkeit, indem die Gesellschaft glaubt, ihnen aufgrund ihres Wesens Eigenschaften und Verhaltensweisen zuschreiben zu können. Diesen Stereotypen entsprechen zu müssen kann ausgrenzend aber auch einigend auf unterdrückte Gruppen wirken und ihren Kampf gegen den Identitätszwang anheizen. Eine freie Gesellschaft kann nur ohne diese Stereotypen existieren. Daher ist die Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft oft kein Mittel für die Emanzipation von ihr ausgegrenzter Gruppen.

Identität ist die gewaltsam hergestellte Gemeinsamkeit von Individuen. Sagt man über einen Menschen, er habe eine Identität, dann kann das vernünftigerweise meinen, dass er sich als denkendes Wesen in einem Körper weiß, dass dieses Wesen in dieser Einheit einiges mitzumachen hat und dies auch bereits getan hat, ehe es so recht angefangen hat, begrifflich zu denken. Menschen wird aber noch eine andere Art Identität zugeschrieben: "Wir brauchen die emotionale Intelligenz der Frauen" (Heiner Geissler), "Der Inhaber dieses Passes ist Deutscher" (der Staat), "Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?" (Kinderspiel), "Das schwule U-Boot in den sicheren Hafen der Ehe einlaufen lassen" (Volker Beck) usw. usf. Bei diesen und anderen Beispielen ist Gewalt im Spiel.

Menschen werden als Gruppen zusammengefasst: Als Geschlechter, Völker, "Rassen", Hetero- oder Homosexuelle und noch einiges mehr. Und das ist mehr als die harmlose Angabe, welche physischen Eigenschaften ein Mensch hat, wie stark pigmentiert seine/ihre Haut ist, wo er/sie lebt und in wen er/sie sich verliebt. An diesen Sortierungen entscheidet sich einiges an materiellen Umständen und psychischen Zustände und auch an der Dauer der eigenen Existenz.

"Wir werden nicht als Frauen geboren, zu Frauen werden wir gemacht." Mit dieser Wahrheit haben feministische Kritikerinnen bereits vor über dreißig Jahren die Unterschiede, die von verschiedenen Gruppen behauptet werden, als gesellschaftlich hergestellte entlarvt. Menschen werden unterschiedslos darunter subsumiert, Teil eines Kollektivs zu sein. Ihnen werden Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben, die auf ihr angebliches Wesen zurückgeführt werden.

Die Aussagen über Volk, Geschlecht, "Rasse", sexuelle Orientierung, Behinderung, Klassenzugehörigkeit kommen als Wesensausgabe daher: Hier sollen über den betreffenden Menschen Aussagen gemacht werden, die sein Leben wesentlich kennzeichnen, prägen, bestimmen, den Inhalt seines Denkens und Handelns festlegen, ihn von einem Teil der Menschheit unterscheiden, mit einem anderen Teil der Menschheit eng verbinden und einem gemeinsamen Schicksal unterwerfen. Diese angeblichen Eigenschaften der Gruppen sind oft einfach falsch ("Schwarze haben lange Schwänze"), manchmal sind sie unzulässige Generalisierung ("Alle Italiener essen Spaghetti") und selbst wenn viele Leute ihren Zuschreibungen entsprechen ("Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf"), sind diese gesellschaftlich hergestellt.

Das alles ist etwas anderes als die Aussage, dass alle Fußballspieler Idioten sind, weil dies eben ein böartiger Schluss von einer sozialen Praxis auf die Denkbereitschaft eines Menschen ist, im polemischen Interesse, das Balltreten anzugreifen. Mit dem

Fußballspielen kann man aber aufhören, mit dem "schwarz" sein nicht, denn Fußballspielen ist eine soziale Praxis, "schwarz" sein gilt als Wesen.

Stehen diese "Wesensurteile" einmal im Raum, muss die Gruppe, auf die sie sich beziehen, darauf reagieren: Die Urteile werden zurückgewiesen, positiv oder negativ aufgenommen, oder auch kritisiert. Oder sie spalten sich in Unterkollektive anhand der Debatte über die Antwortstrategie.

Eine zusätzliche Schärfe gewinnen solche Urteile, wenn sie Teile einer Abwertungsstrategie oder sogar Legitimation von Ausschluss und Unterdrückung bestimmter Gruppen sind. Wenn also, um die soziologische Sklavensprache zu verlassen, die Urteile über eine Gruppe ihre Minderwertigkeit nach- und die Rechtmäßigkeit des Ausschlusses, der Verfolgung oder Unterdrückung beweisen sollen.

"Die Kraft gewinnen wir aus dem Strom, gegen den wir schwimmen." Denn: JedeR Angehörige einer solchen Gruppe ist damit konfrontiert, dass es diese Urteile gibt. Sie sind Teil der gesellschaftlichen Praxis, die sich gegen ihn oder sie richtet. Noch mehr: Sie sind sogar vorhanden in den eigenen Vorstellungen, Ängsten und Bedürfnissen. Die Urteile sind - im Regelfall - präsent; sie werden von den Angehörigen der Mehrheitskultur wie auch von den Angehörigen der unterdrückten Gruppe ausgesprochen, angedeutet, zumindest geglaubt und damit reproduziert. Jeder Mensch muss sich zu diesen Urteilen verhalten. Wie, ist damit nicht festgelegt: Er kann diese Urteile annehmen oder bestreiten, sie positiv oder negativ besetzen, sich individuell davon distanzieren, oder als Allgemeines gelten lassen oder sie erklären und als Teil einer abschaffenswerten Praxis bekämpfen.

Wo Menschen die Unterdrückung, die ihnen angetan wird, bekämpfen wollen, sind sie darauf angewiesen, die Legitimation dieser Unterdrückung zu kritisieren und anzugreifen. Ein paar Beispiele für Gruppen, die es bitter nötig hatten und haben sich zu wehren, in denen sich aber grundsätzliche Kritik nicht durchgesetzt hat:

- Die Arbeiterklasse bekämpfte die Theorie der Unmündigkeit der "gefährlichen Klassen" und des notwendig barbarischen Niveaus des arbeitenden Paupers mit dem Lob der Produktivität der unteren Klassen als Kritik an den nicht-arbeitenden Klassen und erstritt sich, Teil der Nation zu sein. Was nicht Auftakt sondern das Ende des sozialistischen Teils der ArbeiterInnenbewegung war und den Klassenkampf endgültig auf den Kampf um die Lohnhöhe reduzierte.

- Die Frauenbewegung forderte die Gleichberechtigung der Frau als Staatsbürgerin, entdeckte die tragende Rolle des weiblichen Teils der Menschheit für jede Gesellschaft und verlangte gegenüber der Reduzierung auf Sexobjekt und Reproduktionsagentin die Gleichberechtigung als bürgerliches Subjekt, das über sich selbst bestimmt und sich in seinen Handlungen selbst als Zweck setzt. Einige Teile der feministischen Bewegung stellen das Sich-Einfügen in die bestehende Ordnung überhaupt in Frage und forderten eine weibliche Gegengesellschaft.

- Auch die "Schwarzen" in den USA wiesen die Behauptung von der natürlichen Unterlegenheit und Triebhaftigkeit zurück, entdeckten Künstler & Krieger mit stärkerer Pigmentierung in der Geschichte, dass die Eule der Minerva aus Afrika kommt, black beautiful ist und setzten das formale Recht auf das gleiche Glücksschmieden durch. Die Enttäuschung über die praktizierte Gleichheit findet in der "Black Muslim"-Bewegung, die den Rassismus der weißen Mehrheitsgesellschaft umdreht und einen

eigenen 'schwarzen' Staat fordert, ihre gelungene Ergänzung.

- Die Schwulenbewegung hat seit dem nullten Christopher-Street-Day festgestellt, dass schwul ein Grund zum Stolz sein ist. Größere Teile der schwulen Szene widerlegen alle Gerüchte über die Bindungslosigkeit aufgrund narzistischer Selbstbezogenheit durch den Sturm aufs Standesamt. Auch das Märchen von der Verweichlichung wird von schwulen Mackern und anderen Unteroffizieren energisch bestritten. Hier lieben Männer Männer und so sieht das denn auch aus, mittlerweile gibt's auch Schwule und Lesben in der Union.

- Die jüdischen Gemeinschaften in Europa und den USA spalteten sich anhand des Antisemitismus in Zionisten, die dem 'wurzellosen Volk' endlich wieder einen Mutterboden verschaffen wollten, und Staatsbürger jüdischer Konfession, die treu ihrem Vaterland dienten und jede andere Loyalität verneinten. Mittlerweile ist die Produktion eines Volks anhand einer Konfessionsgrenze für manchen aufgeklärten Israeli ein echtes Problem und der sozialistisch gemeinte Zionismus sitzt in seinen sozialdemokratischen Endprodukten wiederholt mit religiösen Tickern in einer Regierung.

All diesen Versuchen ist gemein, dass nicht die Einteilung in Gruppen, die Gründe dafür und noch weniger die Gesellschaft, die solche Gründe produziert, angegriffen wird, sondern nur die daraus entstehenden Folgen. Ziel der hier angesprochenen Gruppen ist aber zunächst die Integration in die Mehrheitsgesellschaft, und wenn diese an den Regeln der Mehrheitsgesellschaft scheitert, entsteht eine sich abgrenzende Bewegung, die eine eigene Gesellschaft aufmachen will, in der die eigene Gruppe die Mehrheitsgesellschaft stellt.

"I wasn't born there/perhaps I die there/there's no place left to go: San Francisco." - Da es in diesem Text um Identitätspolitik als Mittel der Befreiung geht, taucht im folgenden die Identitätspolitik der 'Unterdrücker' nur negativ auf: Sie ist das, wovon sich diejenigen, die nicht als vollwertige Rechtssubjekte anerkannt werden/wurden abgrenzen und absetzen mussten, wenn sie grundsätzlich an den Zuständen, die solche Identitätszuschreibungen hervorbringen, etwas ändern wollten.

Das ist etwas, was mit der bloßen Einsicht nicht getan ist. Auch die Erkenntnis, dass es sich um eine gesellschaftliche Sortierung handelt, beendet nicht notwendig die Internalisierung der Zuschreibung: Die Unsicherheit des Arbeiters vor Behörden, die Bereitschaft auch den prügeln Partner zu akzeptieren, weil "stand by your man" ein schöner Lebenszweck ist, der Hass auf die eigene schwarze Haut, weil das weiße Schönheitsideal als sexy gilt (dafür gibt es die Hautbleichmittel!), die Angst, die Eltern durch das Coming Out zu verlieren, die Präsenz der antisemitischen Vorurteile in den jüdischen Kulturen.

Menschen messen sich an den Normen der weißen, heterosexuellen, bürgerlichen, gesunden, männlichen Welt. Auch die Umkehrung dieser Normen heißt übrigens sich an ihnen abzarbeiten. Dies geht bis in die Ängste und Bedürfnisse der Betroffenen (Menstruationsblut, Angst des Mannes penetriert zu werden, Schweiß + Schmutz, sexuelle Anziehung nach Hautfarbe). Notwendige Voraussetzung für eine vernünftige Praxis ist die richtige Kritik solcher internalisierten Vorstellungen. Diese Internalisierung tatsächlich vollständig zu überwinden ist unter den herrschenden Verhältnissen aber sehr unwahrscheinlich, nahezu unmöglich. Sowohl, weil viele dieser Vorstellungen mit der Ich-Konstitution so eng verknüpft sind, dass ihre Transzendierung ein ebenso schmerzhafter wie aufwendiger Prozess ist. Als auch, weil die gesellschaftliche Praxis, der man sich nicht entziehen kann,

diese Normen an alle Mitglieder - auch einer "Gegengesellschaft" - heranträgt. Denn diese Normen sind im Verhalten der anderen Menschen präsent.

Sie sind präsent in der Massenkultur, in den Lebensberichten, -beichten und -konzepten der anderen. Es ist die Erfahrung, dass von einem nicht die Rede ist, wenn von dem, was üblich ist, gesprochen wird; die Erfahrung ein nicht vorgesehener Sonderfall zu sein. Es ist die permanente Verunsicherung durch die gesellschaftliche Praxis der Herrschaft, die manchen sogar davon Abstand nehmen lässt, mit seinem Verhalten von den Normen abzuweichen - und es allen anderen zumindest erschwert, dies zu tun. Genau das ist es, was Communities und Subkulturen so attraktiv macht: Sie sind Freiräume, in denen Menschen mit anderen Menschen, die nach gleichen oder ähnlichen Kriterien ausgegrenzt oder unterdrückt werden, zusammen die Erfahrung machen können: Du bist nicht allein.

Eine Sache, die Linke als Linke genauso kennen: Die Erfahrung, dass man mit seinem abweichenden Verhalten und abweichenden Ansichten nicht allein dasteht, ist zwar nicht notwendig, aber hilfreich dafür, sich kritisch mit der bestehenden Gesellschaft auseinander zu setzen: Das beruhigende Gefühl, nicht bei allen Fragen bei Adam und Eva anfangen zu müssen und die Bestätigung, dass es "ganz normal" bzw. "voll in Ordnung" ist, so zu sein, wie man ist. Sie ist auch hilfreich dafür, der eigenen Kritik praktische Geltung verschaffen zu wollen, weil man Leute findet, mit denen man das tun kann. Aber die Sehnsucht nach Normalität ist bereits die Verabschiedung davon, prüfen zu wollen, ob es sich um ein Bedürfnis oder Verhalten handelt, welches mit der Vernunft zumindest vereinbar ist. Auch wird übrigens ein Argument nicht dadurch richtig, dass viele es glauben.

Und das ist die eine Crux jeder Bestätigungspolitik, d.h. einer Politik, die darauf abzielt eine unterdrückte Gruppe dadurch zu emanzipieren, dass sie ihre Mitglieder in ihrer kollektiven Identität bestätigt und bestärkt: Die beste Bestätigung verschafft allemal die Integration in die bestehende Mehrheitsgesellschaft, das, was man platt die "Integration in den Mainstream" nennen könnte - außer natürlich man gründet selber eine Mehrheitsgesellschaft. Die Herausbildung von Konteridentitäten pflegt deswegen begleitet zu werden von der Aufforderung sowohl zur anpasslerischen Identitätsveränderung als auch zur Akzeptanz von Teilen der eigenen Gruppe, die dies bereits vollzogen haben. Dementsprechend sind Vertreter der Community häufig groß darin, selbstkritisch die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft als Voraussetzung für die Integration anzuerkennen.

Die zweite Crux besteht in der repressiven Tendenz der subkulturellen Homogenisierung. Anders ausgedrückt: Auch abweichendes Verhalten kann eine Norm werden, vom Kleiderkult bei den Autonomen bis zum Verratsvorwurf bei einer heterosexuellen Liebelei. Nicht zu reden von der positiven Besetzung der Essentialisierung: Auch die VertreterInnen unterdrückter Gruppen halten oft ihre Identität für einen Nachvollzug ihrer Natur. "Ich bin, was ich bin, weil ich so bin".

Freiheit, Gleichheit, Eigentum für jedermann? Jede Gruppe, die Gleichberechtigung fordert, will die vollwertige Integration in die Nation als vollwertige StaatsbürgerInnen und die Anerkennung ihrer Mitglieder als gleichberechtigte Konkurrenzsubjekte. Dabei scheint die bürgerliche Gesellschaft den Betroffenen entgegenzukommen, bietet sie doch Gleichheit vor dem Gesetz sowie allgemeine Konkurrenz und lässt z.B. ihren ehemaligen

gen, wenn er eine Welt, in der man ohne Angst verschieden sein kann, verspricht.

Auch wenn die Rechtfertigungen für die Unterdrückung fallen gelassen oder stark relativiert werden, ist in den Identitäten die Gewalt, die zu ihrer Herstellung aufgewandt wurde, enthalten und jederzeit abrufbar, selbst wenn sie sich nicht unmittelbar als Hass, Gewalt, Terror oder Vernichtung äußert. Bei jeder unpassenden Gelegenheit wird die festgestellte Differenz hervorgehoben und gegen die Ausgesonderten angewandt. Darum ist die Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft im Regelfall kein Mittel für die eigene Emanzipation.

WAS IST HOMOPHOBIE? Kampagne stoppt homophobie Österreich

Der Begriff Homophobie (griech. homo: gleich; phobos: Angst) wurde 1972 von dem Us-amerikanischen Psychotherapeuten George Weinberg für die ablehnende Haltung der Gesellschaft zur Homosexualität eingeführt und zeichnet eine soziale, gegen gleichgeschlechtlich empfindende Menschen gerichtete Aversion bzw. Feindseligkeit.

Es handelt sich bei Homophobie also um eine irrationale, weil sachlich durch nichts zu begründende Angst vor homosexuellen Menschen und ihren Lebensweisen. Daraus entstehende Vorurteile und Zerrbilder, bis hin zu Ekel und Hassgefühlen rufen wiederum Ängste und infolgedessen antihomosexuelle Aggression und Gewalt hervor.

Homophobie ist jedoch keine phobische Störung im klinisch-psychologischen oder medizinischen Sinne, sondern - aus tiefenpsychologischer Sicht - eine meist unbewusste Angst vor der Infragestellung der eigenen Identität. Diese Angst hat hintergründig mit den Lebensrealitäten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen nichts zu tun, sondern verweist auf die Unsicherheiten der AggressorInnen selbst. In Bezug auf gleichgeschlechtlich empfindende handelt es sich um eine Angst im Umgang mit der eigenen heterosexuellen Identität; d.h. der Angst vor den eigenen homoerotischen Anteilen, der Angst vor der Tatsache, dass Lesben die männerdominierte Gesellschaftsstruktur und Schwule patriarchale Männerbilder in Frage stellen, der Angst, dass Lesben eine selbstbestimmte weibliche Sexualität einfordern und Schwule der Sexualität an sich einen Sinn geben (im Sinne von Sexualität als Genuss und nicht nur in Bezug auf die Fortpflanzung), der irrationalen Angst, dass Lesben und Schwule die traditionelle Ehe ins Wanken bringen... Homophobie wird in den Sozialwissenschaften zusammen mit Phänomenen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Sexismus unter den Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gefasst.

WAS IST HETEROSEXISMUS?

Die sich in Bürgerrechtsbewegungen organisierenden Lesben und Schwulen haben den Begriff Homophobie jedoch bald mit dem Begriff „Heterosexismus“ ergänzt, um damit - in Parallele zu Begriffen wie Rassismus und Sexismus - auf eine ausgrenzende soziale und kulturelle Ideologie und auf die institutionelle Unterdrückung nicht-heterosexueller Menschen und ihrer Lebensweisen hinzuweisen.

Unter Heterosexismus verstehen wir ein gesellschaftlich institutionalisiertes Denk- und Verhaltenssystem, welches Heterosexualität anderen Formen sexueller Orientierung als überlegen klassifiziert und jede nicht-heterosexuelle Form von Identität und Verhalten ablehnt und stigmatisiert. In unserer Kultur stellt Heterosexismus eine meist unreflektierte, omniprésente Art gesellschaftlicher Umgangsform dar, in der von frühester Kindheit an alle Menschen aufwachsen und der sich kaum jemand entziehen kann. Dieser Heterosexismus zeigt sich in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen: in Familie, Kindergarten, Schule, Kirchen, Religionen, Universitäten und Ausbildungsstätten, am Arbeitsplatz, in den Medien, in Werbebotschaften, oder auch in der Wissenschaft und wird in den allermeisten Fällen nicht hinterfragt. So erfahren sich lesbisch, schwul oder bisexuell entwickelnde Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene kaum etwas über Alternativen zum allgegenwärtigen heteronormierten Lebensentwurf.

Heterosexismus ist ein Thema, welches sich für gleichgeschlechtlich Empfindende tagtäglich stellt, so müssen sie sich z.B. ständig damit auseinandersetzen, dass sie den heteronormierten Rollenerwartungen nicht entsprechen. Vor einem Coming-out bedeutet dies eine stetige Aushöhlung der eigenen Identität. Zwangsläufig werden von Lesben, Schwulen und Bisexuellen heterosexistische Wertvorstellungen verinnerlicht, was sich bei Ihnen natürlich besonders selbstdestruktiv auswirkt, da es ihrem psychischen Erleben schlicht widerspricht. Ein typisches Beispiel für heterosexistische Denkweisen ist die durch nichts zu begründende Annahme, dass zwei Frauen miteinander keine befriedigende Sexualität leben können, da ihnen „das männliche Geschlechtsteil fehle“. Dies ist nicht nur eine massive Abwertung lesbischer Sexualität, sondern auch eine Einengung des Sexualitätsbegriffs nach dem Motto: „befriedigende Sexualität ist nur durch Penis-Penetration möglich“.

Laut derzeitigen humanwissenschaftlichen Erkenntnissen ist Sexualität weit mehr als bloß Genitalität. Sie zeigt sich unter vielen verschiedenen Ausdrucksformen: der Wunsch, in den Armen gehalten zu werden; jemanden küssen; liebkost werden; einander begehren; lustvoll genießen; Kinder zeugen und in die Welt setzen; sich gegenseitig Zuneigung und Anerkennung schenken; sich aneinander und am Leben freuen; sich mit Kraft und Eifer für etwas einsetzen, etc.

Die sozialen Auswirkungen des Heterosexismus zeigen sich in verschiedenen Formen antihomosexueller Gewalt: z.B. in Form von manifester physischer und juristischer, vor allem aber psychischer Gewalt. Gleichgeschlechtlich Empfindende tragen ein hohes Risiko, Opfer von Diskriminierung und Gewalt zu werden. Die verschiedenen Formen heterosexistischer Gewalt müssen als gestörte Verhaltensweisen bezeichnet werden, die gleichgeschlechtlich, bisexuell und transident empfindende Menschen in der Entfaltung und Entwicklung ihres persönlichen Lebensentwurfes massiv beeinträchtigen. Psychische und psychosomatische Störungen sind nicht selten die Folge.

UND WAS IST HETERONORMATIVITÄT?

Heteronormativität beschreibt ein streng dichotomes Geschlechtersystem, in welchem lediglich zwei Geschlechter als zwei Gruppen, die sich gegenseitig ausschließen, akzeptiert sind. Das jeweilige Geschlecht wird mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt.

Heteronormativität als ausschließliches Denk- und Verhaltenssystem zwingt die Geschlechter in starre Korsetts, verhindert die innerpsychische Entwicklung (z.B. Intersexualität, Transsexualität),

die Entfaltung der individuellen Gesamtpersönlichkeit und die Wahrnehmung der unterschiedlichen Entwicklungsvarianten und Ausdrucksformen der einen menschlichen Sexualität – nach dem Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf!“

Ein Beispiel: Alle namhaften Langzeitstudien zeigen auf, dass sich Kinder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften genauso entwickeln und entfalten wie vergleichbare Kinder aus heterosexuellen Partnerschaften. In Bezug auf Empathie gegenüber anderen Menschen und Gleichberechtigung in der Partnerschaft lassen sie sogar eine größere Sensibilität erkennen. Lesbische Mütter und schwule Väter sind also in gleicher Weise befähigt, Kinder zu erziehen, wie heterosexuelle Eltern.

SEXISMUS

VOM ALLGEMEINEN ZUM BESONDEREN.

Antifaschistischer Frauenblock Leipzig [AFBL]

EINE ANNÄHERUNG

Im Voraus: Dünnes Eis Das Gelände ist vermint. Wird über sexistische Strukturen der Gesellschaft und somit auch in der Linken diskutiert - über die, leider sogenannte, Vergewaltigungsdebatte und patriarchale Geschlechterbeziehungen -, ist das Gelände unsicher. Gerade wenn dies mit dem Ziel geschieht, die eigenen Ansichten zu veröffentlichen. Keine Frage, heißes Thema das. Wir haben uns Zeit genommen und befinden uns dennoch nicht am Ende der Auseinandersetzung. Innerhalb unserer Gruppe haben wir unsere Positionen verändert, relativiert, radikalisiert, umgeworfen, wieder aufgegriffen und so weiter. Und obwohl dies so ist, es kaum Endgültigkeit geben kann, halten wir es für wichtig, Gruppenstandpunkte zu veröffentlichen. Denn ein bloßes Angreifen anderer Gruppen oder unhinterfragtes Abnicken z.B. des Definitionsrechts, ist vielleicht der leichtere Weg, nur dabei ebenso der in die Sackgasse. So haben wir uns entschieden, drei Teile zu erarbeiten und zwar: zunächst eine Annäherung an die Verknüpfungen von Patriarchat und Kapitalismus samt allgegenwärtigen Auswirkungen des hierarchischen Geschlechterverhältnisses, einen zweiten, der sich mit Szenestrukturen im Besonderen auseinandersetzt und schließlich, einen extra Teil unseren Diskussionen zum Definitionsrecht zu widmen. Wie immer bei der Zusammenfassung von Gruppendiskussionen, mussten Kompromisse gefunden, einige Bereiche herausgelassen, andere konnten nur kurz angerissen werden. Erwähnt sei hier, dass wir selbstverständlich keine Eigenschaften, Handlungen oder Attribute als an sich „männlich“ oder „weiblich“ ansehen. Wenn wir diese Begriffe im Text verwenden, dann im Kontext der gesellschaftlichen Geschlechtertypisierung. Außerdem sehen wir die bipolare Aufteilung in zwei Geschlechter als künstlich, konstruiert und schon als per se einschränkend und unterdrückend an, die z.B. transsexuelle, intersexuelle oder transgendered Menschen negiert. Wie erwähnt stellen Texte immer eine Verkürzung dar. Aber volá: here it is. Über konstruktive Auseinandersetzungen freuen wir uns.

ALLES TEIL DES SYSTEMS

Durch Humanismus und Aufklärung, sowie durch die Emanzi-

pationsbewegung, die Einführung der Menschenrechte und den postmodernen Individualismus hat sich zwar einiges an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Position von Frauen geändert, das Geschlechterverhältnis bleibt aber trotz Verschiebungen nach wie vor ein hierarchisches. Gesellschaftliche Veränderungen haben zu formellen Gleichbehandlungen z.B. bei Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Politik geführt. Durch das Wahlrecht bekamen Frauen die Möglichkeit, in der Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu wirken. So wurden einzelne Forderungen der diversen Frauenbewegungskämpfe erfüllt, konnten aber in das kapitalistische, patriarchale System integriert werden. Die patriarchale Gesellschaft existiert aufgrund von Macht- und Hierarchiestrukturen, die mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensform verflochten sind. Das Patriarchat ist nicht nur ein Erscheinungsbild des Kapitalismus, aber dieser nutzt die Geschlechtertrennung. Ein Merkmal des patriarchalen Kapitalismus ist die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre. Diese ist beispielsweise wichtig, um die Arbeit im Reproduktionsbereich unbezahlt, bzw. nur über die Lohnarbeit des Mannes indirekt vergütet, zu gewährleisten. In den letzten Jahren haben immer wieder Verschiebungen innerhalb der traditionellen Geschlechterrollen stattgefunden. Vermeintlich fortschrittliche Ansätze, die nicht auf die Abschaffung des Ganzen abzielten und somit nicht radikal waren, konnten in das flexible System eingebunden werden und waren begleitet von konservativen Gegen- bzw. Backlash-Bewegungen. Diese Transformationen führten weder zur Auflösung der Geschlechter noch zu einer Angleichung an die männliche Norm. Die geschlechtshierarchischen Machtverhältnisse äußern sich vielfältig in den verschiedensten Bereichen. Weitgehend stehen Frauen zum Beispiel inzwischen alle Berufswege offen, aber sie sind immer noch die Hauptverantwortlichen für den Reproduktionsbereich, bei der Karriereplanung hindert sie nach wie vor die vielbeschworene Doppelbelastung. Bis heute wird innerhalb dieser Gesellschaft in "typisch männliche" und "typisch weibliche" Tätigkeiten unterschieden. Diese Unterteilung stellt gleichzeitig eine Wertung dar, die sich bis in den Alltag hinein zieht. So sind "typisch männliche" Tätigkeiten oder Berufe angesehener, sie gelten meist als produktiv, führend und planend und sind auch heute noch oft besser bezahlt, als die den Frauen zugeordneten Berufe. Frauen sind hingegen vermehrt im Dienstleistungssektor oder im sozialen Bereich tätig. Ihnen wird Einfühlungsvermögen, Fürsorglichkeit und eine vermittelnde Funktion zugesprochen. Geht man von einer Hierarchie der Berufsgruppen und gleichzeitig von einer Hierarchie der Geschlechterrollen aus, folgt daraus, dass eine Frau, welche in eine "männliche Domäne" vordringt und somit mehr oder weniger ein Rollenstereotyp durchbricht, mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen hat. Zum Beispiel einer Hierarchie, in der Frauen untergeordnet sind, dem Klischee der Unfähigkeit und dem "natürlich fehlenden Grundwissen" und der kritischeren Beurteilung ihrer Arbeit. Oftmals werden ihnen Teile ihrer "Weiblichkeit" abgesprochen. So wird Frauen in Führungspositionen vorgeworfen, sich männlicher Handlungsweisen bedienen zu haben. Durchsetzungsvermögen, Machtstreben und dominantes Auftreten werden als männlich kategorisiert. Die Geschlechteraufteilung wird damit permanent manifestiert und nicht durchbrochen. Ergreifen Männer andererseits "typisch weibliche" Berufe wird ihnen gerne ihre "Männlichkeit" abgesprochen (z.B. Weichei-Waschlappen-Vorwurf). Gesellschaftlich ist dies eigentlich ein hierarchischer Abstieg/Machtverlust, aber in den speziellen Bereichen wird ihre Tätigkeit von den Mitarbeiterinnen als besonders positiv und lobenswert angesehen. Es werden ihnen eher Fehler zugestanden, weil sie mit diesem Bereich "nicht vertraut" sind. Von

anderen Männern hingegen werden sie oft belächelt. Ähnliche Mechanismen wirken im Freizeitbereich. "Versagt" zum Beispiel ein Mann - mal ganz platt: kann er nicht Fußball spielen -, so wird dies mit fehlendem Talent oder individuellem Nichtkönnen begründet. "Versagen" Frauen hingegen, so ist dies oft genug die Bestätigung für das Versagen eines ganzen Geschlechts. Dies äußert sich dann in Sätzen wie: "Hab ich es doch gewusst - Frauen können so etwas nicht." oder: "Frauen sind für so etwas einfach nicht geschaffen". Dass diese Denkweise allerdings auf eine geschlechtsspezifische, männerzentrierte Sozialisation zurückzuführen ist, wird dabei nicht beachtet. Individuelle oder sozialisationsbedingte Unterschiede werden so übergangen, dass eine allgemein gültige Aussage über Geschlechter möglich wird. Die Trennung in Reproduktions- und Produktionssphäre erlangt auch eine zentrale Bedeutung in der Familienpolitik. Die heterosexuelle Kleinfamilie ist die gesellschaftliche Keimzelle, um das Geschlechterverhältnis aufrechtzuerhalten, traditionelle Werte weiterzugeben und um Kinder perfekt für die Gesellschaft zu sozialisieren. Weiterhin nutzt das kapitalistische, patriarchale System die traditionelle Rollenzuschreibung besonders in den Medien und dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen. Hier werden "weibliche" Körper und Fähigkeiten verwertet.

SEXISTISCHER NORMALZUSTAND

Das hierarchische Geschlechterverhältnis findet auch seinen Ausdruck im sexistischen Alltag, der von strukturellen und individuellen Bedrohungen und Einschränkungen geprägt ist. Diese umfassen eine große Bandbreite, wie sexistische Sprüche, ungewollte Berührungen oder anmaßende Erpressungsversuche. Schon die Möglichkeit einer Vergewaltigung und damit verbundene Ängste begrenzen Frauen in ihren Möglichkeiten. Dieser Position steht die gesellschaftlich vorgeprägte relative Machtposition von Männern gegenüber. Diese Hierarchie wird von Frauen und Männern ständig reproduziert. Sie aufzubrechen, bedeutet einen kräftezehrenden und radikalen Kampf. Geschlechtsspezifische Hierarchie- und Machtkonstellationen wirken sich auch auf Sexualität und Körperempfinden aus. Eine "natürliche" Sexualität existiert nicht, Lustempfinden und Wünsche sind vergesellschaftet. Allgemein wird jedoch ein anderes Bild vermittelt, Sexualität wird individualisiert, als rein privat angesehen und zusätzlich mit Tabus belegt. Dem geschlechtshierarchischen System ist ein ungutes Körpergefühl von Frauen immanent, das diese jedoch ebenfalls als persönliches Problem begreifen sollen. Diese Verwundbarkeit wird benutzt, um sexualisierte Gewalt auszuüben, die unter anderem in Vergewaltigungen ihren Ausdruck finden kann. Bei einer Vergewaltigung versucht der Täter, zu kontrollieren, zu beherrschen und zu erniedrigen. Der Täter ist für sein individuelles Handeln verantwortlich. Zusätzlich ist eine Vergewaltigung in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden. Um die Möglichkeiten von sexualisierter Gewalt als Machtausübung und Erniedrigung abzuschaffen, müssen patriarchale Verhältnisse aufgelöst werden.

SZENE - NUR TEIL DES GANZEN

Klar ist, dass die sogenannte Szene nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Nur aufgrund ihrer emanzipatorischen Ansprüche werden Linke nicht zu besseren Menschen. In einem linken Umfeld, zum Beispiel innerhalb einer (sub-)kulturellen Szene, deren Leute als weitestgehend politisiert bezeichnet werden, fehlt oftmals das Bewusstsein für antisexistische Themen. Ein antisexistisches Selbstverständnis gehört zwar in linken Projekten inzwischen beinahe zum Standard, wird jedoch kaum mit Inhalten gefüllt. So kommt es nicht selten vor, dass bei Konzerten jeglicher Musikkri-

tungen sexistische Ansagen oder Texte zu hören sind. Wird dies überhaupt thematisiert, ist die Reaktion oft Unverständnis: die Band sei doch gut, man dürfe das alles nicht zu ernst nehmen, schließlich sei es ja nur ein Lied und alles nur eine Interpretationsfrage etc. Ein irgendwie politischer Anspruch scheint, sich im sozialen Bereich häufig gar nicht fortzusetzen. Sexistische Sprüche am Tresen, Rumgepose in der Disse oder Antatschen im Gedränge sind auch in linken Läden an der Tagesordnung. Abgetan wird dieses Verhalten beispielsweise damit, dass der Verantwortliche jedoch ansonsten ein guter Antifaschist oder Kumpel ist. Von Partnerschaften wollen wir gar nicht erst anfangen, diesem Bereich sollte mal ein eigener Text gewidmet werden. Auch in Gruppenstrukturen ist Sexismus ein niemals endendes Thema. Trotz des vielen Geschriebenen und Gesagten sind kaum Fortschritte erzielt worden. Im Gegensatz zu anderen Themen verlaufen Diskussionen über Sexismus, so sie überhaupt geführt werden, oft sehr aufgeheizt und kommen über strukturelle Standards (z.B. quотиerte Redeliste, paritätisch besetzte Podien) selten hinaus. Außerdem scheint es, als müssten seit Jahren immer wieder dieselben Diskussionen geführt werden. Hier kann zum Beispiel das ewig leidige Redeverhalten genannt werden. Wenn es dann zu strukturellen Maßnahmen gekommen sein sollte, stellen solche Veränderungen immer nur einen Schritt auf dem Weg zur Abschaffung von Sexismus dar. Weder sexistische noch sozialisationsbedingte Verhaltensweisen werden damit in Frage gestellt oder aufgelöst. So ändert sich zum Beispiel das generelle Dominanzverhalten eines Mannes auch durch quотиerte Redelisten nicht. Gerade außerhalb von Gruppenstrukturen ist ein reflektierteres Verhalten nicht zu bemerken. Allerdings werden von Frauen die geschaffenen Möglichkeiten oft nicht ausgeschöpft, denn die Angst, zu versagen, das Unbehagen vor der zu übernehmenden Verantwortung wird nicht abgebaut. Diese Ängste können nur überwunden werden, wenn sie aktiv angegangen werden und sich nicht auf einem Status Quo ausruhen wird. Frauen in der linken Szene gehen ständig zugunsten einer vermeintlich allgemeinen Politik Kompromisse in Bezug auf die Thematisierung sexistischer Verhältnisse und Verhaltensweisen ein. Oft genug verzichten sie auf diese Diskussionen, obwohl sie ihnen wichtig sind, um mit der Arbeit innerhalb der Gruppe voranzukommen oder weil sie negative Reaktionen befürchten. Diese müssen sich nicht in Form von Dissing anderer Leute äußern, ein bloßes Augenrollen oder andere Anzeichen von genervt Sein reichen unter Umständen aus, um Frauen die Motivation für die Diskussion zu nehmen. Diese Anzeichen vermitteln Frauen, dass es kein Interesse an einer Auseinandersetzung gibt. Das Thema Sexismus wird nicht nur belächelt, sondern auch gerne übergangen oder immer wieder verschoben. So gehen Frauen innere Kompromisse für die aktuelle Politik ein, um es nicht ständig "eskalieren zu lassen". Wenn Gruppen gesellschaftlichen Sexismus und eigenes sexistisches Verhalten ignorieren, wird sich nichts ändern.

"DEFINITIONSRECHT"

Sexualisierte Gewalt ist immer Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen und somit Ausdruck der patriarchalen Gesellschaft, in der wir leben. Gerade sexualisierte Übergriffe (im schlimmsten Fall Vergewaltigung) werden von Frauen individuell erfahren. Eine Definition kann dieser subjektiven Wahrnehmung niemals gerecht werden. Statt einer Definition ist es sinnvoll, Diskussionen anzuregen, die mit bestehenden Mythen brechen und eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt ermöglichen. Das häufig assoziierte Bild von Vergewaltigung beschreibt den Täter als bösen, fremden, abnormen Mann, der in dunklen Ecken Frauen aufauert. Frauen

wird dadurch suggeriert, zu bestimmten Zeiten bestimmte Orte zu meiden. Ein weiterer Mythos ist die Mitschuld der Frauen. Ihnen wird z.B. vorgeworfen, sich aufreizend gekleidet, dem Mann "falsche Versprechungen" gemacht, sich nicht genügend gewehrt und damit die Vergewaltigung provoziert zu haben. Somit werden Frauen als potenzielle Mittäterinnen diffamiert. Diskussionen sollen einerseits mit bestehenden Klischees brechen, andererseits Vergewaltigung nicht als isoliertes Phänomen, sondern gesellschaftlich kontextuiert thematisieren. Eine wirkliche Definition von Vergewaltigung kann lediglich physische Übergriffe umschreiben und die Details dieser klar formulieren. Häufig werden diese Übergriffe auf Penetration reduziert, obwohl Vergewaltigungen weit mehr umfassen können. Eine Auseinandersetzung mit den psychischen Folgen, sei es durch die Vergewaltigung an sich oder die Reaktion der Gesellschaft, kann eine Definition nicht leisten. Bei der Thematisierung von sexualisierter Gewalt werden patriarchale Unterdrückungsmechanismen vollkommen ausgeblendet. Zu oft werden Vergewaltigungen in Diskussionen damit begründet, dass der Täter mit seiner Sexualität, seinem Trieb nicht umgehen kann. Gesellschaftliche Zusammenhänge und deren Ursachen, welche sich in gewaltsamer Unterdrückung manifestieren, bleiben unbeachtet. Das Definitionsrecht der Frau dient dazu, Glaubwürdigkeit von Frauen zu untermauern. Es bedeutet, dass, wenn eine Frau sagt, sie wurde vergewaltigt, dies von allen anerkannt wird. Durch dieses Recht wird es Frauen leichter gemacht, eine Vergewaltigung zu veröffentlichen. In der Regel ist es so, dass bei Bekanntgabe einer Vergewaltigung das eigene Umfeld misstrauisch hinterfragt, der Gewalttät bagatellisiert wird, vergewaltigte Frauen von der Justiz schikaniert werden und das allgemeine Interesse auf eine voyeuristische Typisierung der Frauen abzielt. Dies führt unter anderem dazu, dass Frauen sexualisierte Übergriffe nicht öffentlich machen. Dadurch können sexualisierte Gewalttaten von der Gesellschaft verschwiegen, zumindest aber verharmlost werden. Die generelle Anerkennung des Definitionsrechts dient dem Schutz der Frauen in der patriarchalen Gesellschaft. Das Definitionsrecht schafft Frauen eine Basis, die ein selbstbewussteres Handeln, ohne zugeschriebene Schuld, ermöglicht. Solange hierarchische Geschlechterverhältnisse bestehen und Frauen mit Repressionen rechnen müssen, wenn sie eine Vergewaltigung bekannt machen, ist das Definitionsrecht ein notwendiges Vehikel, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese publik zu machen.

UMGANG BEI BEKANNTGABE EINER VERGEWALTIGUNG

Eine Anerkennung des Definitionsrechts ist nicht ausreichend, wenn sich keine Gedanken über die Folgen gemacht werden. Sie dient erst einmal dazu - wie bereits genannt - dass Frauen geglaubt wird und sie nicht der Mittäterschaft bezichtigt werden. Bei einer Auseinandersetzung über Folgen und Sanktionen, muss der Wille der Frau im Mittelpunkt stehen. Das heißt auch, dass Frauen keine Verhaltensweisen vorgegeben oder Entscheidungen eingeredet werden. Auch wenn eine Frau nicht möchte, dass die Vergewaltigung über einen bestimmten Personenkreis hinaus veröffentlicht wird, oder sie den Vergewaltiger nicht anzeigen möchte, muss dies akzeptiert werden. Was andere nicht aus der Verantwortung entlässt, Sanktionen und Umgangsformen zu diskutieren.

Linke/linksradikale gemischtgeschlechtliche Gruppen müssen sich mehr mit dieser Thematik befassen. Patriarchale Strukturen werden, wie erwähnt, hier genauso reproduziert. Gesellschaftlich anerzogene Verhaltensweisen sind immanent. Ein linker Ansatz muss Geschlechterverhältnisse thematisieren, um Hierarchien abzubauen. Sexismus und sexualisierte Gewalt sollen nicht als

abstrakte, ausgelagerte Gebilde abgehandelt, sondern immer als allgegenwärtiges Problem betrachtet werden. Dies fordert auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität, der selbst reproduzierten Geschlechterrolle, dem eigenen Leben. Eine solche Diskussion darf nicht erst als Reaktion auf konkrete Vorfälle sexualisierter Gewalt stattfinden. Dann blockieren emotionale Verquickungen, z.B. durch freundschaftliche Verbindungen, eine kritische Auseinandersetzung. Gruppen, die sich mit sexualisierter Gewalt auseinandersetzen, dürfen nicht nur eine Vergewaltigungsdiskussion führen, sondern müssen sich mit sexistischen Gruppenstrukturen, individuellen sexistischen Verhaltensweisen, patriarchalen Gesellschaftsnormen auseinandersetzen. Nicht ausreichend ist ein Lippenbekenntnis zum Definitionsrecht, das dieses zur Floskel verkommen lässt.

“MISSBRAUCH“ DES DEFINITIONSRECHTS

Da wir das Definitionsrecht der Frau anerkennen, halten wir es für völlig überflüssig, über einen sogenannten “Missbrauch” des Definitionsrechts zu diskutieren. Erfahrungsgemäß werden jedoch viele Diskussionen von dieser - falschen - Argumentation bestimmt, gerade dann, wenn es sich um einen Vergewaltiger aus der Szene handelt. Daher sehen wir uns gezwungen, diese Thematik zu behandeln. Grundsätzlich ergibt sich für uns eine Zweideutigkeit mit der Begrifflichkeit. “Missbrauch” assoziiert bei der Thematik Vergewaltigung vorrangig sexualisierte Gewalt gegen Minderjährige. Wobei auch hier der Begriff völlig inkorrekt ist, da es einen “Gebrauch” von Kindern und Jugendlichen nicht gibt. Ebenso unpassend ist es, von einem “falschen Gebrauch”, bzw. “Missbrauch” des Definitionsrechts zu sprechen. Da das Definitionsrecht sonst zur bloßen Farce wird, weil Frauen wieder in ihren Möglichkeiten beschnitten, die Gewalterfahrung von Frauen in Frage gestellt, Opfer diffamiert und die Täter zu den eigentlichen Opfern stilisiert werden. Die öffentliche Thematisierung sexualisierter Gewalt wird durch die Argumentation mit dem sogenannten “Missbrauch” eingeschränkt und die bestehenden Hierarchien durch die den Frauen zugesprochene Unmündigkeit aufrecht erhalten. Ein weiterer Aspekt, der diesen Vorwurf hilflos machen lässt, ist die Tatsache, dass bei Bekanntgabe einer Vergewaltigung erst einmal hinterfragt, diskutiert, der Täter verharmlost und der Frau im schlimmsten Fall eine Teilschuld angedichtet wird. Einige typische Argumentationen sind beispielsweise: dass man nicht dabei gewesen ist und sich somit kein Urteil erlauben könne, ob es wirklich eine Vergewaltigung war; dass die Frau nicht hätte mitgehen dürfen; dass der Täter ein guter Antifaschist ist und man sich das gar nicht vorstellen könne. Frauen sind ständig mit Sexismus und mit sexualisierten psychischen und physischen Übergriffen konfrontiert. Nach Veröffentlichung einer Vergewaltigung in der Szene sind Frauen diejenigen, die sozial isoliert werden und mit negativen Konsequenzen zu rechnen haben. Frauen sind verantwortungsvoll handelnde Individuen. Sie behaupten sicherlich nicht mal eben so aus Spaß am Dissen, vergewaltigt worden zu sein!

Eine allgemeine Anerkennung des Definitionsrechts ist für uns nicht das Nonplusultra. Es ist nicht das Ziel, sondern ein notwendiges Mittel auf dem Weg. Wenn alle Diskussionen auf einer feministischen Grundlage geführt werden könnten und das Präfix radikal auch im feministischen Kontext positiv konnotiert wäre, dann wäre vorstellbar, dass das Definitionsrecht für Frauen hilflos würde. Die Revolution am Horizont erblickend greifen wir uns die notwendigen Transportmittel, und nähern uns!

Daß auch die Linke nicht vor mehr oder weniger offenem Antisemitismus gefeit ist, wurde auch bei uns schon des öfteren angesprochen und müßte mittlerweile bekannt sein. In diesem Artikel soll es aber nicht um diesen “offenen Antisemitismus” der Linken gehen, sondern um strukturelle Ähnlichkeiten verkürzter Kapitalismuskritik mit dem modernen Antisemitismus, die insbesondere in der Globalisierungsdebatte der letzten Jahre immer häufiger zu finden sind.

JUDEN UND GELD

Bereits im Hochmittelalter - also noch vor der Entwicklung moderner, kapitalistischer Produktionsverhältnisse - wurden Jüdinnen und Juden immer wieder mit Geldgeschäften, mit dem “Abstrakten” im Gegensatz zur “konkreten, produktiven Arbeit” in Verbindung gebracht. Der “geistige Führer des Zweiten Kreuzzugs” - der wie der Erste vor allem auch ein Kreuzzug gegen die Juden war - Bernhard von Clairvaux, ersetzte in seinen Predigten das Geldverleihen gegen Zinsen einfach mit dem Wort Judaisieren, lat. iudaicare.“

Der traditionelle Antisemitismus des Mittelalters war damit nicht nur religiös bedingt, sondern auch bereits ein ökonomischer Antisemitismus. “Juden” wurden mit Geldgeschäften gleichgesetzt. Die Wut der Bäuerinnen und Bauern in den Bauernkriegen richtete sich nicht nur gegen Klöster, Grafen und andere Grundbesitzer, sondern auch gegen Jüdinnen und Juden. Kein Wunder, daß Jahrhunderte später sowohl die deutsche Arbeiterbewegung wie der deutsche Antisemitismus und seine extremste Form im Nationalsozialismus sich auf die Bauernkriege von 1525 als historische Vorläufer beriefen.

Diese Tradition setzt sich dann auch in der frühen Arbeiterbewegung bei Proudhon oder Lassalle fort. Proudhons Antisemitismus betreibt erneut die Unterscheidung der Zirkulationssphäre von der Produktionssphäre. Bereits hier bleibt die Kapitalismuskritik in der Kritik der Zirkulation stehen. Jüdinnen und Juden werden mehr oder weniger offen mit der kritisierten Zirkulation in Verbindung gebracht.

Bei Marx sind zwar auch - insbesondere in seiner Schrift über die “Judenfrage” - antisemitische Positionen zu finden, zu einem in sich geschlossenen Antisemitismus kommt er jedoch nicht. Vor allem aber betreibt er keine grundsätzliche Abtrennung von Zirkulation und Produktion. Einer Zuschreibung von “Juden” in den Bereich der Zirkulation wird deshalb basierend auf Marx unmöglich.

GESELL, SCHWUNDGELD UND TAUSCHKREISE

Auf den Theorien Proudhons basierend entwickelte der 1862 geborene Autodidakt Silvio Gesell eine Wirtschaftstheorie die er in seinem 1911 erschienen Hauptwerk “Die natürliche Wirtschaftsordnung” niederschrieb. “Bei Gesell bedeutet Mehrwert Zinsen und Renten”. Schon Proudhon habe behauptet, das “Problem liege in der Zirkulation, weil die Knappheit des Geldes Produktion und Austausch lähmt. Genauer gesagt seien es die Geldbesitzer, die dieses Tauschmittel horten, um Zinsen zu kassieren.“

“Gesell fordert das Recht aller Arbeiter (gemeint sind [...] Kapitalisten und Lohnabhängige) am “gemeinsamen vollen Arbeitsvertrag”, das heißt ohne Abzug von Zinsen oder Renten. [...] Durch den Wegfall der Zinsen und Renten würden sich alle Einkom-

men erhalten, verteilt wird "nach den Gesetzen des Wettbewerbs" gemäß dem Prinzip: "Dem Tüchtigsten der höchste Arbeitsertrag."

Mit der Einführung eines "Schwundgeldes" will Gesell verhindern, daß Geld gehortet und Zins abgeschöpft wird. Das Geld verliert ständig an Wert und muß dadurch ausgegeben werden, heizt also die Wirtschaft an. Gesell kritisiert ausschließlich den Geldkreislauf, die Produktion, das "schaffende Kapital" ist jedoch für ihn positiv besetzt.

Gesell löst in seiner Wirtschaftstheorie nicht nur zwei nicht wirklich trennbare Dinge voneinander, nämlich das "gute, produktive" (schaffende?) und das "schlechte, unproduktive" (raffende?) Kapital, sondern vertritt auch insgesamt immer wieder ein sozialdarwinistisches, eugenisches, rassistisches und offen antisemitisches Weltbild.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Gesell dann auch in der offen antisemitischen Kommune "Oranienburg-Eden". "Außer vegetarischer Ernährung" heißt es im Programmheft von Eden 1917, "war zum "natürlichen" Leben in der alternativen Kommune "deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung." Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum."

Silvio Gesells Wirtschaftstheorie hatte in der Phase der Deflation in den frühen 30er Jahren in Österreich und Deutschland eine gewisse Bedeutung (siehe z.B. "Wörgler Experiment" des dortigen SDAP-Bürgermeisters) und wurde von Anfang an zu einem Einfallstor von antisemitischem und faschistischem Gedankengut in die Linke.

Nach 1945 bekamen die Freiwirtschafts-Gruppen in der Nachfolge Gesells ihre Bedeutung aus den 30er Jahren nicht mehr zurück, existierten aber weiter und beteiligten sich sowohl in rechtsextremen Bewegungen wie in christlichen Gruppen, Teilen des Anarchismus (z.B. Karin Kramer Verlag) oder dem Aufbau der Ökologiebewegung und der Grünen.

Eine größere Bedeutung erreichten sie aber erst wieder in den letzten Jahren, als nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" viele Gruppen auf der Suche nach anderen Alternativen zum Kapitalismus auf die vermeintlich antikapitalistische Alternative von Gesells "Freiwirtschaft" stießen.

Auf dieser Theorie Gesells beruhen sowohl diverse Tauschringe und Schwundgeldexperimente, wie das etwas modernisierte LETS-System.

Da die AnhängerInnen Gesells immer behaupten ihre Wirtschaftstheorie wäre "unpolitisch", eine reine Wirtschaftstheorie die unabhängig von den anderen politischen Einstellungen ihrer Akteure funktioniert, wird sie oft einem Einfallstor für antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut in die Linke. Gesells Freiwirtschaftslehre ist einer jener Punkte wo die neurechte Strategie eines crossovers von rechts und links vermehrt funktioniert.

Der Antisemitismus kommt dabei nicht primär über den offenen Antisemitismus ihres Gründers und seiner Umgebung, sondern über die verkürzte Kapitalismuskritik der FreiwirtschaftlerInnen. Wenn nur der Geldkreislauf kritisiert wird und die grundsätzliche Gleichheit von "produktivem" und "Finanzkapital" nicht gesehen wird, wird dies gepaart mit der traditionellen Gleichsetzung von "Juden" mit "Finanzkapital" zu einem Einfallstor für offenen Antisemitismus.

PERSONIFIZIERUNG DES KAPITALISMUS

Aber auch in der traditionellen, marxistischen, anarchistischen und feministischen Linken finden sich oft massive strukturelle

Ähnlichkeiten mit dem Weltbild des Antisemitismus.

Insbesondere die Personifizierung des Kapitalismus führt oft zu diesen Strukturellen Ähnlichkeiten. Im traditionellen Bewegungsmarxismus wird nicht versucht, "die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu bestimmen und aufzuheben, sondern lediglich ein Moment innerhalb dieser Konstellation vertreten das in antagonistischem Widerspruch zur Gesellschaft steht und dem zu "seinem Recht" verholfen werden soll. Die Kategorie Wert, die das Kapitalverhältnis konstituiert, bleibt außerhalb jeder kritischen Betrachtung und erscheint lediglich in der Figur des Mehrwerts, der vom Kapitalisten bzw. der Kapitalistin einbehalten wird, also als grundsätzlich positive Kategorie, die es sich anzueignen gilt."

Es wird also nicht primär der Kapitalismus bekämpft, sondern die Kapitalisten. In diesem Weltbild steht einer "bösen" KapitalistInnenklasse eine "gute" ArbeiterInnenklasse gegenüber und es genügt, wenn die ArbeiterInnenklasse der KapitalistInnenklasse das Kapital und die Produktionsmittel entreißt. In der konkreten politischen Arbeit dieser Gruppierungen heißt das dann, daß es genügt sich auf die Seite der ArbeiterInnenklasse zu stellen und ihr zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wiederum wird nur die Sphäre der Zirkulation und nicht jene der Produktion hinterfragt, Kapitalismus nur als "Verteilungsproblem" wahrgenommen in dem einige "böartige Reiche" den "armen Ausgebeuteten" ihren gerechten Lohn vorenthalten. Dieselbe Argumentationsweise findet sich aber nicht nur in der klassischen Linken, sondern auch in einer Reihe von KonzernbekämpferInnen aller Art. Da wird etwa Mc Donalds als Einzelfeindbild bekämpft gegen das Kundgebungen und Demonstrationen organisiert werden. Niemand kommt auf die Idee, daß Mc Donalds nur die erfolgreichere Variante von Schnitzelhaus Pizza Hut und dem Würstelstand um die Ecke darstellt.

Daß das Unrecht nicht Systemcharakter ist, sondern Namen und Adresse hätte - der Kapitalismus also nichts anderes wäre als eine Verschwörung böartiger Reicher - ist ein alter Mythos breiter Teile der Linken.

"Welchen Namen und Adresse diese ominöse allgegenwärtige Macht trägt, die stellvertretend für die Schattenseite der Moderne steht, war nicht erst für die Nazis, sondern bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert für eine breite gesellschaftliche Strömung eine ausgemachte Sache: "Die Juden sind unser Unglück" (Treitschke)"

"DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS"

Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" spielte nicht nur in den Leninistischen KP's, den K- und Antiimp-Gruppen der neuen Linken eine wichtige Rolle sondern hinterließ seine Spuren auch in vielen Teilen jener Linken die sich nicht auf Lenin berufen oder diesen auch dezidiert ablehnen. Gerade in der MAI- und Globalisierungsdebatte spielten Argumente der leninistischen Imperialismustheorie mehr oder weniger versteckt eine wichtige Rolle.

Lenin interpretiert dabei "den historischen Übergang zum Aktienkapital als eine qualitative Veränderung des Kapitalismus: als Ablösung des freien Konkurrenz- durch den Monopolkapitalismus, der durch einige wenige "Finanzoligarchen" kontrolliert werde und in dem das "blinde Wüten des Wertgesetzes" partiell aufgehoben sein. Dies sein durch das bürgerliche Kreditwesen verursacht, welches sich die ganze Produktion unterwerfe und seinen verwerflichen Zielen zunutze mache."

Für Lenin ist das Zinskapital nicht wie für Marx die "fetischar-

tigste Form“ des Kapitals, sondern ein “unmittelbar personalistisch verstandenes Herrschaftsverhältnis“

Bei dieser vermuteten Allmacht der “Finanzoligarchen“ in einem Monopolkapitalismus wird sehr schnell die Parallele zu Verschwörungstheorien der Rechten sichtbar. Die Attribute die dem “internationalen Finanzkapital“, der “Finanzoligarchie“,... zugeschrieben werden sind fast 1:1 die selben die von AntisemitInnen den Juden zugeschrieben werden: Allmacht, Globalität, Böswilligkeit, Klandestinität,...

Und so stellen sich AntisemitInnen die Welt ganz ähnlich vor: überall sehen sie “Bonzen“ und “Parasiten“ am Werk, die das Volk ausbeuten und der Internationalisierung preisgeben, weil sie nur den kurzfristigen Profit der Finanzkapitalisten und nicht das Allgemeinwohl im Auge hätten, daß also “das internationale Finanzkapital über die regierenden Systemparteien an der Zerstörung von Sozialstaat und Kultur [...] arbeitet.“

GLOBALISIERUNG UND MAI

Das verkürzte Kapitalismusverständnis Lenins mit seinen Parallelen zum modernen Antisemitismus kommt jedoch nicht nur in leninistischen und antiimperialistischen Gruppen vor. Gerade in der jüngsten Debatte um das MAI-Abkommen und die “Globalisierung“ sind ähnliche Verkürzungen und damit verbundene Parallelen zu antisemitischen Weltverschwörungstheorien wieder modern werden. Der Nationalstaat ist plötzlich auch für Linke wieder verteidigungswert geworden. Wenn nicht nur Helmut Schmidt den Nationalstaat gegen den “globalen Irrsinn“ der “heißen Spekulanten“ und deren “Raubtierkapitalismus“ verteidigt, sondern selbst der “Anarchist“ Noam Chomsky oder eine breite Front von MAI-GegnerInnen, dann haben verkürzte Kapitalismuskritik und Verschwörungstheorien einmal mehr die Hegemonie in der Linken errungen.

Wieder einmal wird Spekulation nicht als etwas begriffen das jeder und jede im Kapitalismus betreiben muß, da sie “zu den tagtäglichen Erledigungen aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft“ gehört, sondern als etwas das nur von den “bösen Spekulanten“ betrieben wird.

Dabei ist “jede Marktkalkulation [...] eine Spekulation. Bei der Börsenspekulation ist das nur am meisten einsichtig, weil dort die Verwertung in ihrer abstraktesten Form (G-G') auftritt, scheinbar jeder stofflichen Verunreinigung enthoben.“

Mit der Unterscheidung von Finanzkapital und produktivem Kapital, von Spekulanten und Nichtspekulanten können jedoch Schuldige ausgemacht werden, kann wieder einmal die Wut über den Kapitalismus zu einer Wut auf bestimmte Bösewichte umgewandelt werden.

Proteste wie die jüngsten in Seattle bleiben deshalb letztlich so lange auf halbem Weg stecken, so lange sie einzelne Kapitalisten - oder gar weltverschwörerische Welthandelsorganisationen - angreifen, aber nicht zu einer Kritik des Kapitalismus als System finden. Es ist damit nicht wirklich verwunderlich, daß sich im Widerstand gegen die WTO nicht nur linke, sondern auch rechts-extreme GlobalisierungsgegnerInnen auf der selben Seite der Barrikade finden.

In Karikaturen werden die der Globalisierungskritik latent innewohnenden Weltverschwörungstheorien schon manifester. Die alles umschlingende Krake versucht die ganze Welt zu verschlingen und erhält allorts Gegenwehr der “produktiven“ Arbeiter,...

Auch wenn Weltverschwörungstheorien der Linken ohne “Weltjudentum“ oder “Freimaurer“ auskommen, sind die

Eigenschaften die dem “Finanzkapital“ zugewiesen werden von frappierender Ähnlichkeit. Ein manichäisches Weltbild mit “Guten“ und “Bösen“ das diesen “Bösen“ antisemitisch konnotierte Eigenschaften und Begriffe zuordnet wird so auch ohne offenen Antisemitismus zu einem strukturellen Antisemitismus der letztlich schneller zu offenem Antisemitismus werden kann als mensch es für möglich halten mag.

“Wenn schon in Malaysia, also einem Land, in dem der Antisemitismus nie eine nennenswerte Rolle gespielt hat, die Landesregierung im Zusammenhang mit dem laufenden Finanzcrash die Mär vom jüdischen Geldkapital aus dem Hut gezaubert hat, was ist dann erst in Weltregionen zu erwarten, in denen das antisemitische Ressentiment auf eine ganz andere Vorgeschichte zurückblicken kann?“

VON BIOLOGISTISCHEM ZU KULTURALISTISCHEM RASSISMUS

Von der Fachschaftsinitiative am Otto-Suhr-Institut

DEFINITIONEN

Ausgangspunkt soll zunächst die Diskussion einer allgemeinen Rassismus-Definition sein. Die hier dargestellte Definition von Albert Memmi fand auch Eingang in bekannte Lexika und bildete die Grundlage für einen Großteil von Forschung und Lehre über Rassismus.

Memmi versucht, den Rassismus nicht zu eng als Vorurteil oder Legitimation eines Vorteils, noch zu weit als eine Ablehnung alles Anderen zu fassen, sondern ihn als gesellschaftlich vermittelte Erfahrung zu begreifen (vgl. Claussen 1994, S. 225). Biologistische Erklärungsmuster sind dabei für ihn Teil des Rassismus, ebenso wie kulturalistische.

Memmi nimmt die Wahrnehmung von Unterschieden als Ausgangspunkt ernst, die in sich die Möglichkeit zur rassistischen Verfestigung bergen- ohne die Unterschiede wie in Teilen der linken antirassistischen Diskussion zu leugnen, oder sie wie in der rechten Tradition zu verabsolutieren. “Um den Unterschied zu erkennen, muß man ihn erst einmal anerkennen“ (ebd., S. 226). Der Rassismus wurzelt für Memmi noch nicht in der Wahrnehmung von Unterschieden, sondern beginnt, wenn die Differenzen zu einem hierarchischen Weltbild werden.

Memmi hat sich im Laufe seiner wissenschaftlichen Tätigkeit immer wieder bemüht, Rassismus zu definieren. Seine Definition setzt sich v.a. aus vier Elementen zusammen:

1) Der Betonung von tatsächlichen oder fiktiven Unterschieden zwischen dem Rassisten und dem Opfer 2) Der Wertung dieser Unterschiede 3) Der Verallgemeinerung und Verabsolutierung der Unterschiede und damit 4) Der Legitimierung einer Aggression oder eines Privilegs.

Daraus ergibt sich dann folgende Definition:

“Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien

oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen“ (Memmi 1992, S. 164).

Die Betonung des Unterschieds zwischen dem Rassisten und dem Opfer dient dabei zur Verstärkung des Ausschlusses oder der Ausgrenzung. Zur Benennung dieser Unterschiede kommt eine Wertung hinzu, die die Unterlegenheit des Opfers und die Überlegenheit des Rassisten beweisen soll. Die Merkmale des Anderen tragen stets ein negatives Gewicht, was zugleich heißt, daß die Merkmale des Rassisten gut sind.

Der Rassismus hat immer ein kollektives Element, das zur Verabsolutierung, zur gesellschaftlichen und zeitlichen Verallgemeinerung führt: Die zugeschriebenen negativen Eigenschaften gelten immer für alle Angehörigen einer Gruppe (ob konstruiert, typisiert oder real) und zwar zeitlich unbeschränkt. Dieses kollektive Urteil führt dann zur Entindividualisierung: Das Individuum wird als Mitglied einer sozialen Gruppe betrachtet, deren Eigenschaften es zwangsläufig a priori besitzt. Die Charakterisierung des Opfers dient zur Rechtfertigung für die Unterdrückung und Aggression.

Soweit zur Erläuterung der Definition.

Allerdings fragt sich, ob bei dieser sehr weit gefaßten Definition die spezifischen Merkmale des Rassismus nicht zu wenig berücksichtigt werden. So würden unter diese Definition generell alle Formen der aggressiven Ablehnung und Abwertung des Anderen fallen, z.B. Formen des Patriarchalismus.

Memmi selber schränkt seine Definition allerdings später noch ein und unterscheidet dann:

a) eine enge Definition des Rassismus, die die Unterdrückung nur mit Berufung auf biologische Unterschiede begründet b) eine weite Bedeutung des Rassismus, die sich nicht mehr nur auf biologische Unterschiede als Grundlage der Beschuldigung stützt (Ethnophobie) (vgl. Memmi, S. 97/98).

Außerdem schlägt Memmi in einer späteren Version seiner Texte vor, den Rassismus ausschließlich im biologischen Wortsinn, also für die Ablehnung aufgrund biologischer Unterschiede zu benutzen und für andere Phänomene den Begriff Heterophobie zu verwenden (vgl. ebd., S. 122). Damit sollen alle Spielarten der aggressiven Ablehnung des Anderen unter Berufung auf Unterschiede jedweder Art (z.B. mit psychologischen, kulturellen, sozialen Argumenten) erfaßt werden.

Das Argument von der biologischen Überlegenheit der eigenen Rasse werde mittlerweile oft zugunsten der Betonung kultureller Unterschiede und kultureller Besonderheiten aufgegeben. Hier liegt dann auch der Anschlußpunkt und die Verbindung zu den neuen kulturalistischen Begründungen des Rassismus, z.B. von de Benoist.

ZUR VERSCHIEBUNG VON BIOLOGISCHEM ZU KULTURELLEM RASSISMUS

Was rassistische Argumentationsmuster angeht, scheint sich in den letzten Jahrzehnten ein Wandel bzw. eine Verschiebung vollzogen zu haben: Die Behauptung der Existenz unterschiedlicher Rassen, die in eine Wertehierarchie zu bringen seien, wird kaum mehr ernsthaft propagiert, nicht zuletzt da in wissenschaftlichen Diskursen derartige Thesen erheblich an Gewicht verloren haben. Der Hauptakzent wird also nicht mehr auf biologische Ungleichheiten gelegt, sondern auf kulturelle Differenzen, die ihrerseits verabsolutiert werden. Bereits hier liegt die Frage nahe, ob diese Verabsolutierung nicht die Differenzen wieder naturalisiert, d.h. ob es angesichts dessen überhaupt angemessen ist, dieses Phänomen mit dem Terminus der Verschiebung zu bekleiden.

Der "traditionelle" Rassismus operierte also mit einem biologistischen Kategoriengerüst, d.h. es wurde ausgegangen von einem biologischen Determinismus des Sozialen wie des Kulturellen sowie von einer Annahme natürlicher Ungleichheit zwischen menschlichen Gruppen bzw. Rassen, die in ein hierarchisches Klassifikationsschema gepreßt wurden. Dagegen stritt ein Antirassismus, der sehr stark relativistisch argumentierte und den Wert kultureller Vielfalt betonte, die er als Bereicherung menschlicher Existenz begriff. Zentrale Prinzipien waren dabei die Unabhängigkeit kultureller Phänomene, ein kultureller Determinismus von mentalen Strukturen und Lebensformen sowie die Gleichwertigkeit aller Kulturen.

Dieser differentialistische Relativismus wurde von der "Gegenseite" absorbiert, und es entstand ein sich strikt antirassistisch gerierender Neorassismus, der für sich in Anspruch nahm, kulturelle Identitäten zu verteidigen, ein Loblied auf die Differenz anstimmte und für ein "Recht auf Differenz" einzutreten begann. Er übte Kritik an einem "egalitaristischen" Antirassismus, der durch seinen universalistischen Anspruch jegliche Differenz ausmerzte.

Auf diese Weise konnten sich Positionen in ein emanzipatorisches Mäntelchen hüllen (Stichwörter "Selbstbestimmungsrecht der Völker", Kampf dem "Ethnozid" bzw. dem "kulturellen Genozid"), die in letzter Konsequenz auf die Konstatierung einer radikalen Irreduzierbarkeit, Unvergleichbarkeit, Inkommunikabilität, ja Inkommensurabilität der einzelnen Kulturen hinausliefen, woraus sie die Notwendigkeit einer absoluten Trennung ableiteten.

Als allgemeine Charakteristika des "kulturalistischen" Neorassismus können die folgenden idealtypisch genannt werden:

1. Es findet eine Verschiebung statt von biologischen Kategorien wie Rasse zu kulturellen Phänomenen, wobei Kultur dann die Funktion einer Art zweiter Natur übernimmt. Vorstellungen von "rassischer Reinheit" werden ersetzt durch die Glorifizierung authentischer "kultureller Identität".

2. Es ist nicht mehr die Rede von "Ungleichheit", sondern von "Differenz". Dadurch wird suggeriert, es gebe keine Hierarchien zwischen dem Differenten, sondern die einzelnen Kulturen seien jede für sich in ihren spezifischen Merkmalen gleichwertig. Differenzen als solche werden dabei als positive Norm gesetzt, da sie Garantien eines unermeßlichen schöpferischen Reichtums.

3. Vermehrt treten heterophile (Lob der Andersartigkeit etc.) Äußerungen anstelle von heterophoben auf den Plan. Rassistische Verhaltensweisen aktiver Distanzierung wie z.B. Kontaktverweigerung, soziales Ausweichen, "Entmischung", z.B. im Sinne panischer Angst vor Mischehen können sich durchaus mit heterophilem Anstrich präsentieren.

4. Die Art und Weise, wie sich Rassismus alltäglich manifestiert, modifiziert sich in Richtung eher symbolischer, indirekter Ausdrucksformen. Die direkten Formen weichen eher Unterschwelligem, Implizitem, Konnotiertem. Als Paradebeispiel hierfür kann Antisemitismus in Deutschland nach 1945 dienen. Aufgrund der massenhaften Eliminierung von JüdInnen durch deutsche Hand während des Zweiten Weltkriegs war offener Antisemitismus in hegemonialen gesellschaftlichen Kreisen weitgehend tabu. Daraus ist jedoch keinesfalls zu schlußfolgern, daß er nicht mehr existent war. Vielmehr lebte er fort in krypto-antisemitischen Äußerungen, z.B. in verbalen Attacken auf Amerika, die Intellektuellen, das Finanzkapital, die Macht der liberalen Medien oder in Kontrastierungen von "Raffgesellschaft" versus "Leben der Nation".

Was den charakterisierten differentialistischen, kulturalistischen Rassismus in Analogie zu seinen biologistischen Vorfahren

treten läßt, ist die Annahme einer Determinierung des Individuums durch größere Entitäten, d.h. das Individuum wird reduziert auf die Repräsentation einer überindividuellen Totalität. Diese Analogie verweist noch einmal auf die bereits oben aufgeworfene Frage, ob es sich beim Übergang von biologischem zu kulturellem Rassismus überhaupt um eine Verschiebung handelt. Denn wenn auch die kulturalistische Variante meist von sich behauptet, sich expliziter Wertungen zu enthalten, so zielt ihre Verabsolutierung von kulturellen Differenzen, ihre Betonung prinzipieller Unvereinbarkeiten, auf eine Trennung von Assimilierbarem und nicht Assimilierbarem ab, deren praktische Konsequenzen unmittelbar in Barbarei münden. Handfeste rassistische Übergriffe sind aus dieser Perspektive betrachtet nichts anderes als natürliche, anthropologisch fundierte Abwehrreaktionen, sobald die Gefährdung der eigenen Kultur durch "Nicht-Assimilierbare" eine bestimmte Toleranzschwelle überschritten hat.

Im Hinblick auf antirassistische Praxis ist es unabdingbar, sich mit den erwähnten Polen Universalismus versus Relativismus auseinanderzusetzen. Universalistischem Denken wird vorgeworfen, in letzter Konsequenz zu kulturellem Imperialismus, zu einer Standardisierung, Nivellierung und Ausmerzung von erhaltenswerten Besonderheiten zu führen, während einem konsequenten Relativismus, der jegliche kulturelle Besonderheit a priori, d.h. in Abstraktion von den je spezifischen Inhalten, für schützenswert erklärt, Ignoranz gegenüber fundamentalen Menschenrechtsverletzungen vorgehalten wird. Eine adäquate Lösung dieses Problems kann an dieser Stelle sicherlich nicht skizziert werden; dies wäre z.B. ein möglicher Diskussionspunkt in der AG.

In unserer Diskussion in der AG wollen wir neben der Behandlung der oben dargestellten kulturalistischen Argumentationsmuster u.a. nach einer Definition suchen, die einerseits nicht zu weit und allgemein gefaßt ist und so bestimmte Spezifika des Rassismus nicht genügend berücksichtigt, und die andererseits diese neuen Begründungsformen des Rassismus mit einschließt.

Unsere Einschränkungen und Bedenken gegenüber einer zu weit gefaßten Definition lagen v.a. in folgenden Punkten:

- Als Einschränkung zur Frage der Wertung, ob der Rassismus wirklich immer oder nur meistens mit Wertungen verbunden sein muß? - Die Unterschiede müssen auf Gruppen bezogen sein, die man als Ethnie konstruieren kann, oder müssen sich auf eine spezifische Kultur beziehen (um den Rassismus gegenüber anderen Formen, z.B. dem Patriarchalismus abzugrenzen, wobei es allerdings sicherlich auch Gemeinsamkeiten zwischen Patriarchalismus und Rassismus gibt). - Ein zusätzliches Kriterium wäre möglicherweise das Ziel der Separierung einer Gruppe, während bei einer schichten- oder geschlechtsspezifischen Unterdrückung immer noch ein Zusammenleben der verschiedenen Gruppen angenommen wird.

LITERATUR:

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse, Klasse, Nation; darin: Kap.1: Gibt es einen Neo-Rassismus? Benoist, Alain de 1985: Kulturrevolution von rechts, darin v.a.: 3. Wider den Rassismus. Detlev Claussen: Was heißt Rassismus?, Darmstadt 1994, darin v.a. S. 203-227. Albert Memmi: Rassismus, Hamburg 1992, darin: Versuch einer kommentierten Definition des Rassismus. Rensmann, Lars 1998: Kritische Theorie über den Antisemitismus, darin: 2.3.2: Merkmale und Strategien antisemitischer Agitation in der Demokratie, 2.5.2.2: Zur politischen Dynamik des modernen Antisemitismus heute. Taguieff, Pierre-Andre 1991: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, Uli (Hg.) 1991: Das Eigene und das Fremde.

WORUM GEHT ES EIGENTLICH?

Meine Aufgabe hier ist es, eine kurze Einführung in die Kritik des Kapitalismus zu geben und die Bedingungen zu skizzieren unter denen sich die Form der Nation als Form der Organisation von Gesellschaft herausbilden konnte. Hierbei kann sicherlich vieles nur angerissen werden und einiges muss zwangsläufig ob der Möglichkeiten eines solchen Referats unter den Tisch fallen. Es gilt trotzdem herauszuarbeiten, dass die Gesellschaft in der wir alle leben, die uns alle dazu zwingt, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, die solche alltäglichen Drangsalierungen wie den Wecker hervorgebracht hat, eben nicht naturgegeben und keinesfalls unveränderlich ist. Doch genau als unveränderlich und naturgegeben wird die Gesellschaft in Form von Kapital, Staat und Nation immer dargestellt. Vor allem der affirmative Bezug auf die Nation, wie er im neuen deutschen Pop en vogue ist, drückt die Identifikation mit Herrschaft, Ausgrenzung und Ausbeutung aus und bestärkt die bestehende Irrationalität der Vergesellschaftungsform, deren offensichtlichstes Merkmal wahrscheinlich ist, dass die immer größere Produktion stofflichem Reichtums eine immer größere Verarmung mit sich bringt. Doch die kapitalistische Vergesellschaftung ist nicht zu reduzieren auf die Ökonomie und schon gar nicht als reines Verteilungsproblem des gesellschaftlichen Reichtums zu thematisieren (so wie es viele in den Rudimenten sozialer Bewegungen tun). Stattdessen gilt es, Politik und Gesellschaft, Staat und Ökonomie als nicht zu trennende zu begreifen und die Gesellschaft als Ganze zu kritisieren.

Kapitalismus? Es wird daher damit begonnen, einige Grundzüge der kapitalistischen Vergesellschaftung darzustellen. Zunächst einmal geht es um die Produktion und Reproduktion sowohl des Lebens der Einzelnen als auch der Gesellschaft, d.h. um die Form in der die Menschen ihre Lebensmittel als auch -umstände herstellen. Dies ist zunächst dadurch bestimmt, dass die produzierten Güter als Waren produziert werden (Marx beginnt das Kapital mit dem Satz: Der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften erscheint als ungeheure Warenansammlung). Damit ist impliziert, dass die so produzierten Güter nicht von den unmittelbaren ProduzentInnen für sich hergestellt werden, sondern für andere, für den Markt. Gleichzeitig sind jene damit getrennt von den Produktionsmitteln und von den Produkten (sonst gäbe es keinen Markt) und der produzierte Mehrwert wird von den ProduktionsmittelbesitzerInnen angeeignet. Die Privatproduktion ist nicht a priori verbunden, d.h. sie ist zunächst voneinander unabhängig, die Produktion wird von unabhängigen PrivatproduzentInnen ohne eine gesellschaftliche Planungsinstanz betrieben. Der gesellschaftliche Zusammenhang stellt sich erst über den Tausch der produzierten Waren, also durch die Vermittlung des Marktes, her. „Erst innerhalb ihres Austauschs erhalten die Arbeitsprodukte eine von ihrer sinnlich verschiedenen Gebrauchsgenständlichkeit getrennte, gesellschaftlich gleiche Wertgegenständlichkeit. Diese Spaltung des Arbeitsprodukts in nützliches Ding und Wertding betätigt sich nur praktisch, sobald der Austausch bereits hinreichende Ausdehnung und Wichtigkeit gefunden hat, damit nützliche Dinge für den Austausch produziert werden, der Wertcharakter der Sachen also schon bei ihrer Produktion selbst in Betracht kommt“ (MEW 23, 87). Die Vermittlung der gesellschaftlichen Arbeiten drückt sich in der Wertform aus, die wiederum im Geld ihren Ausdruck findet. Der Wert ist die soziale Form, in der sich die gesellschaftliche Verbindung der Menschen

untereinander ausdrückt. Damit erscheinen gesellschaftliche Beziehungen der Menschen als Beziehungen von Dingen aus. Im Geld materialisiert sich damit ein gesellschaftliches Verhältnis und tritt den Menschen als eigenständiges Ding gegenüber. Diese Eigenständigkeit beinhaltet eine Eigendynamik, welche sich darin ausdrückt, dass der Zweck der Produktion eben nicht die Produktion von Gebrauchsgegenständen ist, sondern einzig die Vermehrung des Geldes, die Verwertung des Werts. D.h. also, dass die Form, in der die Menschen im Kapitalismus ihre Lebensmittel herstellen dies gar nicht als Zweck hat, sondern dies nur als Mittel fungiert, Kapital zu verwerten. Damit wird der sich selbst verwertende Wert zum (quasi-)Subjekt dieses Prozesses, während die Menschen darin nichts als Objekte desselben darstellen, also Anhängsel sind. Dennoch sind es die Menschen selbst, die diese Strukturen herstellen (Sie tun es, aber sie wissen es nicht). „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (MEW 8, 115). Das Kapital ist also als ein gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen, welches permanent reproduziert wird durch das Handeln der Menschen, gleichzeitig aber sich verdinglicht und in dieser Form den Menschen gegenübertritt. Mit der Münze, um abermals Marx zu bemühen, trägt eine jede die gesamte Gesellschaft in der Tasche. Die benannte Materialisierung des gesellschaftlichen Verhältnisses im Geld hat zudem Auswirkungen auf das Bewusstsein. In dieser Erscheinungsform wird das Werden des Geldes aus dem gesellschaftlichen Prozess unsichtbar und es erscheint als selbstständiges Ding und erhält zudem den Charakter des Naturgegebenen. Dies ist sozusagen das Grundschema dessen, was Marx den Fetischismus genannt hat. Dinge nehmen in spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen eine bestimmte Form an, die das gesellschaftliche Verhältnis ausdrückt, für das Bewusstsein aber erscheint das Ding mit seinen Eigenschaften als gegeben und unveränderlich. Ist der Wert nun als eine soziale Form benannt, so ist dies nicht ausreichend, um die Gesellschaft als Ganze zu erfassen, es müssen noch mindestens zwei weitere soziale Formen benannt werden: die politische Form so wie die Rechtsform.

Die Gesellschaft stellt sich nun so dar, dass sie nicht nur aus Ökonomie besteht, sondern es auch noch eine Sphäre der Politik gibt. D.h. ökonomische Ausbeutung und politische Herrschaft stellen sich als getrennte dar. (Dies führt nebenbei zu der gerne gepflegten Illusion, man könne mit dem Staat der Ökonomie beikommen). Stattdessen sind allerdings Politik und Ökonomie in ihrem relativen Getrenntsein als ineinander vermittelt, als einander gegenseitig konstituierende Momente, zu verstehen. D.h.: In den Grundmerkmalen des Kapitalismus, arbeitsteilige Privatproduktion, Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von den Produktionsmitteln, Lohnarbeit, Warentausch, ist der grundlegende Zusammenhang sowie die Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft benannt: Tauschvermittelte Produktion und Aneignung des Surplus, also die Verwertung des Kapitals. Produktionsprozess und Zirkulationsprozess bilden damit eine Einheit, denn nur durch Warentausch kann sich das Kapital verwerten. Warentausch ist aber nur möglich, wenn die herrschenden Klassen (also die Pm-BesitzerInnen) ihr Verhältnis untereinander und zu den LohnarbeiterInnen nicht auf unmittelbare Gewalt gründen. Mit einem einfachen Beispiel: Jeder Kauf ist ein Warentausch, als solcher ist er ein Rechtsverhältnis, da sich die zwei Tauschenden gegenseitig als PrivateigentümerInnen anerkennen müssen. Wäre dieses Verhältnis durch unmittelbare Gewalt geprägt, wäre es

kein Rechtsverhältnis mehr. Dennoch muss es eine Instanz geben, die die Dauerhaftigkeit jenes Rechtsverhältnisses garantiert und zur Not mit Gewalt durchsetzt: die physische Zwangsgewalt erhält daher eine getrennte Institutionalisierung im Staat. Dies begründet zunächst die oben benannte Trennung von Politik und Ökonomie. Doch die politische Form beinhaltet mehr als die Verselbständigung der physischen Zwangsgewalt: „der Staat ist nicht nur ein von den sozialen Klassen getrennter Gewaltapparat, sondern in ihm drückt sich zugleich – wenn auch in fetischisierter, verdinglichter und verobjektivierter Weise – die politische Gemeinschaftlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft aus: er ist die zugleich illusorische und reale Form, die das Gemeinwesen unter den herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien annehmen muß“ (Hirsch 1994). Engels Formulierung vom Staat als ideellem Gesamtkapitalisten trifft daher etwas richtiges, da im Staat sich die in den Produktionsverhältnissen steckenden Widersprüche in einer prozessierbaren Form verdichten und somit garantiert wird, dass das Ganze am Laufen gehalten wird. [Daher darf der Staat nicht als Instrument einer herrschenden Klasse betrachtet werden, welches nach belieben formbar wäre].

Damit komme ich zum Kernpunkt, zur Nation. In den oben beschriebenen gesellschaftlichen Strukturen treten die Menschen als vereinzelte Einzelne, als Warenmonaden, miteinander in Kontakt. Sie sind dabei vom gesellschaftlichen Prozess der Verwertung des Werts bzw. der Kapitalakkumulation abhängig und werden durch ihn in einer je spezifischen Klassenposition überhaupt erst als Subjekte konstituiert, wobei sie je spezifische Klassenpositionen sowie rassifizierte und vergeschlechtlichte Identitäten zugewiesen bekommen. Dieses strukturelle Ungleichheitsverhältnis, in dem die atomisierten Subjekte sich befinden, ist gleichzeitig ein Gleichheitsverhältnis, indem sie als formal Freie und Gleiche, d.h. als abstrakte Menschen, auf dem Warenmarkt sich als KäuferIn und VerkäuferIn gegenüber treten. Doch mehr noch: in den Staat, bzw. in die Staatsapparate sind eine spezifische Raum- als auch eine spezifische Zeitmatrix eingeschrieben. Bei der Raummatrix der kapitalistischen Produktionsweise handelt es sich um „einen seriellen, fraktionierten, diskontinuierlichen, parzellierten, zellenförmigen und irreversiblen Raum“ (Poulantzas 2002 135), der homogenisiert werden muss, in dem moderne Grenzen entstehen, welche innen und außen festlegen. Der Staat materialisiert jene, hier nur angerissene, Raummatrix in seinen Apparaten. Ebenso ist die kapitalistische Zeitmatrix im institutionellen Aufbau des Staates und seiner Apparate impliziert. Zeit und Raum wirken so durch den Staat auf die Subjekte und sind unhintergehbare Grundlagen ihrer Formierung zur Nation. Die spezifische Zeit ermöglicht erst die moderne Historizität (wie dies genau funktioniert kann hier nicht erörtert werden), so dass geschichtliche Ereignisse sich erst als Verkettung von Ursachen begreifen lassen. Dies erscheint in erfundenen Traditionen, die sich in staatlichen Zeremonien, in Museen, in Denkmälern etc. materialisieren und eine nationale Geschichte ausdrücken sollen. Nation bezeichnet die identifikatorische Bindung und Zusammenfassung einer Menschenmasse über die Vermittlung durch den Staat und über ein bestimmtes Territorium, womit sich die Nation als nationale Identität in jeder einzelnen Angehörigen Geltung verschafft. Umgekehrt identifizieren sich die Individuen über die Nation mit der Allgemeinheit, mit der Herrschaft, mit Kapital und Staat. Die griffigste Formel ist sicherlich, die Nation als „vorgestellte Gemeinschaft“ (Anderson) zu bezeichnen, die trotzdem Real ist. Oder anders: Die Nation ist eine apriorische Ordnungskategorie gesellschaftlicher Realität die außerkategoriale Realität besitzt (Claussen 2000), sie somit Reale

Fiktion ist. Mit dieser Formierung der Gemeinschaft geht logisch und historisch notwendig eine doppelte Abschottung nach innen und außen gegen diejenigen einher, welche per definitionem nicht dazugehörten. Ein Kollektiv bildet sich daher nur durch gleichzeitigen Einschluss und Ausschluss von anderen Kollektiven, die Konstruktion eines „Wir“ beinhaltet notwendig die eines „Sie“. Die Form der Nation ist daher immer verbunden mit der Ausschließung von Nicht-Dazugehörigen; Rassismus und Antisemitismus sind die zwei wirkungsmächtigen Formen dieses Ausschlusses, wobei sie aber nicht, wie es oftmals gemacht wird als ein und dasselbe, sondern als qualitativ zu unterscheidendes zu behandeln sind. Aber auch die Eingeschlossenen sind nicht als gleiche eingeschlossen sondern nach vergeschlechtlichten Zuweisungen hierarchisch geordnet, d.h. Nation ist immer mit Sexismus verbunden. Die konkrete Ausformung der Nation, und das heißt die konkrete Form der gesellschaftlichen Organisation des Ausschlusses sowie des Einschlusses ist dabei abhängig von spezifischen geschichtlichen Situationen, Kämpfen und in ihnen ausgeprägten, von ihnen nicht trennbaren Ideologien, d.h. die Realität der Fiktion stellt sich je spezifisch in komplexen gesellschaftlichen Prozessen her. Somit kann auch rein auf der begrifflichen Ebene (ebenfalls in der Realität) die Unterteilung in einen guten Patriotismus und einen bösen Nationalismus als ausgemachter Unsinn entlarvt werden. Oder in den Worten Adornos: „Gesundes Nationalgefühl vom pathischen Nationalismus zu scheiden, ist so ideologisch wie der Glaube an die normale Meinung gegenüber der pathogenen; unaufhaltsam ist die Dynamik des angeblich gesunden Nationalgefühls zum überwertigen, weil die Unwahrheit in der Identifikation mit dem irrationalen Zusammenhang von Natur und Gesellschaft wurzelt, in dem die Person zufällig sich befindet“ (AGS 10.2, 589).

Zur konkreten Bestimmung der Nation ist es, um zum Schluss zu kommen, immer notwendig sich die historisch-konkreten und jeweils spezifischen Verhältnisse genau anzuschauen. In Deutschland bestimmt sich die Nation immer im Verhältnis zum Nationalsozialismus und zur Shoah. Diese markieren die praktisch gewordene Radikalisierung des nationalen und des damit zusammenhängenden antisemitischen Wahns. Die Herstellung nationaler Identität im gegenwärtigen Deutschland fokussiert sich daher auch um eine Neuinterpretation des NS sowie die Konstruktion eines „besseren Deutschlands“, besteht also in der Bereinigung der deutschen Nation vom NS. Hieran beteiligen sich auch und gerade ProtagonistInnen des kulturellen Sektors, so wie die bekannten Popbands, die endlich wieder stolz sein können wollen. Die Voraussetzung der Erfüllung des auch im Pop mal enthaltenen kosmopolitischen Versprechens sowie jeglicher Emanzipation ist dagegen der täglich praktizierte Vaterlandsverrat, die die unnachgiebige Kritik jeglicher nationaler Denk- und Praxisform. Dies geht nun mal nicht mit Leuten, die im Auftrag eines angeblich „besseren Deutschlands“ unterwegs sind und in den tiefsten Ressentiments eine „weltoffene Kultur“ erblicken. Denn in letzter Instanz ist die Identifikation mit Deutschland, auch und gerade jene welche sich von der Vergangenheit befreit haben will, nichts als das Einverständnis mit dem organisierten Massenmord.

Zitierte Literatur:

Adorno, Theodor W.: Meinung Wahn Gesellschaft, In GS 10.2.
Claussen Detlev 2000: Aspekte der Alltagsreligion, Frankfurt
Hirsch, Joachim 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Josef Esser/ Christoph Görg/ ders.: Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg
Marx, Karl: Das Kapital Bd. 1, MEW 23
Marx Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8
Poulantzas, Nicos 2002: Staatstheorie, Hamburg

Wenn wir an den Begriff „Herrschaft“ denken, dann assoziieren wir ihn oftmals mit unterdrückten Massen. Der Klassenwiderspruch fällt uns ein, vielleicht die Sklaverei oder andere Geißeln der Menschheit. Die Wenigsten würden das Gesicht eines „hübschen“ Modells mit Herrschaft in Verbindung bringen. Das ginge ja auch gar nicht, denn diejenigen, die herrschen sind immer böse und damit auch „hässlich“. Ob das nun der fette Kapitalist mit Zigarre, Zylinder, Hakennase, schwulstigen Lippen und fliehender Stirn ist oder Märchenfiguren wie die Pechmarie, die Hexe, die böse/hässliche Stiefmutter und Rumpelstilzchen.

artige und hübsche Kinder stehen der verdammt bösen und hässlichen Hexe gegenüber

Die Einheit vom „Schönen“ und Guten, bzw. vom „Hässlichen“ und Bösen, die wir schon im Kleinkindalter lernen, steckt in uns drin und ist eine Brille, durch die wir andere Menschen beobachten und klassifizieren. Lookism bezeichnet dieses Herrschaftsverhältnis, welches sich über das Äußere von Menschen konstituiert. Diese Herrschaftsverhältnis steht aber nicht für sich, sondern steht mit anderen in Zusammenhang, z.B. mit Sexismus, Rassismus, Ableism (Diskriminierung von Behinderten), Ageism (Diskriminierung nach dem Alter), Seizism (Diskriminierung von „dicken“ Menschen). Diesem Herrschaftsverhältnis kann sich niemand entziehen. Jede_r ist Teil dessen, denn wir sind alle Profis, wenn es darum geht Menschen innerhalb von Millisekunden zu mustern und uns ein Bild von ihnen zu machen. Dieses Bild bleibt nicht folgenlos, denn ob es „schön“ oder „hässlich“ ist, entscheidet darüber, ob wir diesem Menschen begegnen (wollen), und wenn ja, wie. Lehrer_innen geben „hübschen“ Kindern bessere Noten, Arbeitgeber_innen ihren „gutaussehenden“ Angestellten im Schnitt 10% mehr Lohn, Richter_innen sind milder im Umgang mit „schönen“ Verbrecher_innen. Das heißt im Umkehrschluss, dass „hässliche“ oder „durchschnittliche“ Menschen systematisch diskriminiert werden. Schönheit ist ein knappes Gut und jede_r will es haben oder selbst sein. Deswegen gehen wir zum Friseur, rasieren uns, schminken uns, kaufen uns schöne Sachen, lassen uns Muskelimplantate einsetzen oder das Fett absaugen. „Schönheitshandeln“ bezeichnet die Soziologin Nina Degele diese Tätigkeiten, die dazu geeignet sind den eigenen Marktwert zu erhöhen. Schönheitshandeln ist ein „Medium der Kommunikation, das der Inszenierung der eigenen Außenwirkung zum Zweck der Erlangung von Aufmerksamkeit und Sicherung der eigenen Identität dient. [...] Schönheitshandeln ist ein Versuch zur Teilhabe an sozialer Macht.“ Daneben lässt sich der eigene Marktwert auch damit erhöhen, dass der_in die Partner_in/die Menschen, die eine_n umgeben zumindest nicht „hässlicher“, besser aber „schöner“ ist/sind. Wer diese Qualitäten nicht hat, kann versuchen sein eigenes Geld in die Waagschale zu werfen und damit mangelnde „Schönheit“ zu kompensieren versuchen. In gewisser Hinsicht wird das funktionieren, denn Schönheitshandeln kostet Geld. Es fängt bei Kleidung und Kosmetika an und gipfelt bei teuren Schönheitsoperationen. Doch was heißt das „Hässliche“ oder „Schöne“. Fehlende Gliedmaßen verfehlen die Norm aufs Schärfste, wer zu „dick“ ist, wird gehänselt. Unregelmäßigkeiten in der Symmetrie des eigenen Gesichts bringen das Etikett „hässlich“ mit sich. Jedes Kind weiß, dass Menschen, die so aussehen eben

nicht „schön“ sind. Was aber hat es mit einem behaarten Bein auf sich? Ist ein behaartes Bein „schön“ oder „hässlich“. Bevor wir das feststellen können, steht die Frage nach dem Geschlecht, an dem das Bein hängt. Bei Männern sind haarige Beine in Ordnung, bei Frauen wird das gesellschaftlich geächtet. Schönheitsnormen sind also geschlechtsspezifisch, was wiederum ein Ausdruck von Heteronormativität ist. Frauen müssten Männern gefallen, und andersherum. Homosexualität wird vollkommen ausgeblendet, oder dient dazu Menschen, die nicht der Norm entsprechen zu stigmatisieren. Rasiert sich ein Mann Achseln und Beine, wird er als „Schwuchtel“ gebrandmarkt, Frauen mit behaarten Beinen als „Mannsweiber“. Viel zu oft wird behauptet, dass Schönheitsnormen doch einen Zweck erfüllten und natürlich seien. Diese „Natürlichkeit“ hält einen Blick in die Menschheitsgeschichte auf die damals gängigen Schönheitsnormen nicht Stand. Im Barock galten „dicke“ Menschen als „schön“, heute werden sie nur noch bemitleidet. Blasser Haut galt im Mittelalter als Luxus und war somit „hübsch“. Wer es sich also leisten konnte nicht auf dem Feld arbeiten zu müssen und für dessen leibliches Wohl gesorgt war, der die galt als die Norm. Wer heute das Geld hat auf gesunde Ernährung zu achten und wer sich Reisen in die Süden leisten kann, besitzt die Definitionsmacht über das, was als „schön“ gilt. Im Weltmaßstab gilt europäisches Aussehen als das Maß aller Dinge. Schlanke weiße Körper sind das Ziel. Die Folgen sind nicht verwunderlich. Hautausbleichende Kosmetika und Augenlidoperationen haben in Asien Hochkonjunktur. Schönheitsnormen haben also vielmehr sozioökonomische Hintergründe und sind sozial konstruiert. Die Rede von der „Natürlichkeit“ soll diesen Herrschaftsmechanismus unsichtbar und nicht angreifbar machen. Wir müssen diese Mechanismen aufdecken und benennen, aber auch selbstkritisch an die Thematik herangehen und unsere eigene Position in diesem System überdenken. Inwieweit tragen wir zu lookism bei?



LINKE MYTHEN IN BUNTEN TÜTEN

EIN DISKUSSIONSBEITRAG ZUR DISKUSSION ZUM VERHÄLTNISS VON KULTUR UND POLITIK

Raumzeit Nr 0 15.12.2000

http://www.raumzeit-online.de/index.php?mode=show_article&article=656&pub=92&cat=34

«Den versteinerten Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielen und sie so zum Tanzen zu bringen.» Karl Marx

Aber Halt! Dieser Bezug auf Musik und Tanz in dem Zitat von Karl Marx war doch nur als Metapher gemeint, möchte man den StrategInnen der politischen linken Kultur zurufen. Von diesen wird dagegen die Bedeutsamkeit von linker Politik und Kultur auf zwei Ebenen festgemacht. Zum einen als unmittelbarer Ausdruck des Lebensgefühls und der Lebensgestaltung von Linken, zum anderen als Transportmittel für gesellschaftspolitische Themen samt dazugehörigem Bewusstsein. Just be yourself Die Verortung des linken autonomen Subjekts und seiner Kultur ist zugleich diffus und eindeutig. Es gibt einerseits nicht die einheitliche Kultur, sondern diese ist vielfältig und facettenreich. Andererseits weiß das autonome Subjekt genau, wogegen es zu kämpfen hat, wo die Macht sitzt usw. So muß es denn nur anfangen, was zu tun und alles kreist um das eigene Handeln, um sein Leben und um das eigenständige Schaffen. Dass diese Subjektivität überhaupt möglich ist wird praktisch vorausgesetzt. Sie realisiert sich ja erst in diesem Handlungskontext. Linke Kultur als Ausdruck von Lebensgefühl und Lebensgestaltung knüpft unmittelbar an die von Spontis und später von Autonomen geprägte Politik der ersten Person an.

Das Bedürfnis nach Unmittelbarkeit, also dem Gefühl, ganz konkret Widerstand zu leisten und «leben» zu können, ist bei diesem linken Politikverständnis leitend. Ein Bedürfnis, das - so zeigt es die linke Geschichte - zwingend einhergeht mit der Aufgabe kritischen Denkens und zu einer linken Identitätspolitik geführt hat, die Gesellschaftskritik ersetzt hat. Es muß gar nicht mehr begründet werden, warum wie welches Denken links und emanzipativ ist. Aber: Ist «Autonome Politik und Kultur» nur deshalb wichtig, weil es autonome Politik und Kultur ist, sozusagen als Reservat einer ethnischen Minderheit - der Linken - mit ihrer originären Musik und ihren Bräuchen? Und werden dafür dann die selbstverwalteten und selbstbestimmten Räume gebraucht?

Was hierbei das Linke beinhalten soll, wird nur indirekt angedeutet und leitet sich meist unreflektiert aus einer verkürzten und personalisierten Gesellschaftskritik ab. Das Linke wird zum Mythos. Eine gemeinsame linke Identität muss geschaffen werden mit den üblichen Stichwörtern Widerstand und Militanz, gegen die KapitalistInnen und andere Feinde, die üblicherweise Namen und Adresse haben. Nur steckt darin nicht die Spur einer Kritik am Bestehenden, die die Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen bringen könnte. Just do it Stundenlange Videofilme über die Mainzer Straße, dazu noch etwas Hardcore und Bier. Es wäre zu schön, wenn dies der Mief einer vergangenen autonomen Kultur wäre. Doch das Gegenteil offenbart sich angesichts der nostalgischen Erzählungen über einstige Häuserkämpfe, bei der 1000sten Veranstaltung zur Bewegung 2. Juni oder im linken Lobgesang auf das Heldentum des Straßenkampfes.

Wie mit den Eltern zum Sonntagskaffee sich die Fotos des

letzten Mallorca-Urlaubs anschauend, sitzen die KämpferInnen in ihren selbstbestimmten Räumen und schauen sich die Ablichtung ihrer kulturellen Praxis, des Straßenkampfes an. Getränke und Musikgeschmack sind eventuell anspruchsvoller geworden, das linke Selbstverständnis ist dasselbe. So geht es nicht um die Kritik und Abschaffung des schlechten Bestehenden, sondern um das Abfeiern der eigenen Identität. Und dieses kommt letztlich einem sich Einrichten in die bestehende gesellschaftliche Ordnung gleich, obwohl paradoxerweise genau das Gegenteil mit dieser spezifischen Kultur ausgedrückt werden soll. Kultur als linke Reklame Ebenso skeptisch ist die linke Kultur als Transportmittel für «gesellschaftspolitische Themen» zu betrachten, als ein Agitationsmittel im politischen Kampf. Bei diesem Verwendungszweck von Kultur scheint es den ProtagonistInnen als Strategie darum zu gehen, linke (heißt dann wohl eher trockene und langweilige) Inhalte hübsch und nett zu verpacken und über das bunte Warenangebot «linker Kultur und Politik» mehr Kundschaft anzulocken. Die Vermittlung ist das Ziel, wobei vom zu vermittelnden Inhalt zwangsläufig stark abstrahiert wird. Es reicht schon aus, ein Stück über das eigene Unwohlsein angesichts eines Krieges zu machen, um das Gütesiegel der politischen Kultur zu erhalten. Und wie sollte denn auch in einem Popsong der Hintergrund des Krieges gegen Jugoslawien vermittelt werden? Neben der Betroffenheitskiste, die wohl zu den ältesten Kamellen seit Wader & Co gehört, wird dabei die «Kultur» ebenso wie vorher das «Subjekt» aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang herausgelöst.

Als Gegenstück zum Mainstream gilt die authentische Subkultur, die linke Kultur. Damit dieses Szenario sich so sauber denken läßt, bedarf es der Moral und der großen Konzerne, die als äußerer Feind ausgemacht, unbedarfte Künstler verführen. Zweifellos war es so, dass beispielsweise im Bereich der sog.

Independent Labels, die großen Plattenfirmen schließlich die meisten der kleinen Labels aufgekauft haben. Doch werden daran nicht die Sachzwänge warenförmiger Vergesellschaftung kritisiert, sondern nur oberflächlich auf das Nutzenkalkül und die unmoralische Profitgier abgezielt. Die Hoffnung darauf, dass Kunst und Kultur gesellschaftliche Sprengkraft besäßen, ist nachvollziehbar. Es scheint so, als habe einem die Kulturindustrie einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Das hatte schon Adorno erkannt, als er meinte, die Kultur verschmelze mit der Reklame. Der Unterschied liegt darin, ob diese Feststellung als Kritik formuliert wird oder, mit vordergründig emanzipativer Absicht, doch nur Reklame für Linke gemacht werden soll.

GESTRÜPP AUS QUERVERWEISEN UND ÄSTHETISCHEN VERWIRRSPIELEN

http://www.raumzeit-online.de/index.php?mode=show_article&article=424&pub=89&cat=34

Peter: Ich will zunächst den Begriff „Kultur“ bzw. „linke Kultur“ bestimmen, denn Kultur ist mehr als die eine oder andere Musikrichtung oder ein Kleidungsstil. Kultur ist Lebensgefühl, Lebensgestaltung, der Ausdruck seiner/ihrer Lebensform mit allen Ausgestaltungen. Aus dieser Sichtweise gibt es natürlich eine eigenständige Kultur der autonomen linken Bewegung, allerdings nicht vereinheitlicht, sondern mit tausend unterschiedlichen Facetten, über die diskutiert und gestritten wird. Der Konsens ist wohl das eigene politische Denken und Handeln in den Vordergrund zu rücken, Bewusstsein gegen die herrschenden Verhältnisse zu vermitteln und zu schaffen bzw. Alternativen zum Bestehenden auszutesten. Dazu gehören Lebens- und Wohnformen, sich ständig auszutauschen und weiterzuentwickeln oder das nach Außen tragen von Meinungen und der Ablehnung gegen das System und den Staat oder die eigene Utopie zum Ausdruck zu bringen, wie etwa durch Demonstrationen und Riots, die politische Gestaltung von Plakaten und Zeitungen, Konzerten, Lesungen, Ausstellungen. Die Verbindung zu den Subkulturen Punk, Ska oder Hardcore besteht bzw. bestand insbesondere im politischen Ausdruck, den auch diese haben bzw. hatten, und oftmals in personellen Überschneidungen. Doch mit der fortschreitenden Entpolitisierung bzw. der Kommerzialisierung in den letzten 10 - 15 Jahren gibt es heute keine eindeutig linken, rebellischen oder systemoppositionellen Subkulturen mehr. Die wenigen, bewusst politisch agierenden Bands kommen allerdings zu einem großen Teil aus den oben genannten Subkulturen und das verbindet natürlich immer noch.

Selbstverständlich ist mit der gesamtgesellschaftlichen Entpolitisierung und Krise der Linken auch im Bezug auf ihre Ausdrucksform, also ihre Kultur, viel an Attraktivität, Neuentwicklung und Ideenreichtum stillständig bzw. rückläufig. Die kapitalistische Systematik, hat es in den vergangenen Jahren immer mehr verstanden, vormalig rebellische und aufständische Kulturformen zu vereinnahmen, zu vermarkten, ja sogar Profit damit zu machen. Diese Entwicklung geschieht aber auf allen Ebenen, (siehe 68er-Bewegung, usw.). Die Linke ist bemüht, den bitteren Status quo aufrechtzuerhalten und führt derzeit einen Abwehrkampf, einen „Anti-Kampf“, der sie gänzlich aufzufressen scheint. In dieser Situation ist es schwer attraktiv und zukunftsorientiert zu handeln, aber genau da sollte der Ansatz liegen, auch auf kultureller Ebene. Tobias:

Zur Klärung des Begriffes „Kultur“ ist für mich erstmal ein Ansatz wichtig, der heute leider oft vergessen wird: Nach Gramsci, einem italienischen Philosophen des frühen 20. Jahrhunderts, ist „Kultur“ immer etwas, was ich mir selber schaffe, was Ausdruck meines Lebens ist. Ich muss also selbst an der Schaffung beteiligt sein, um auch Teil dieser Kultur sein zu können. Streng genommen ist also der Kinobesuch, der Plattenkauf oder der Besuch einer Disco kein kultureller Akt, sondern Konsum. Dieser Ansatz ist mir deshalb wichtig, weil dadurch das Schaffen eines eigenen Kulturraumes schon zum politischen Handeln wird. Ich denke, dass das auch viele PolitikerInnen kapiert haben, sonst würden sie nicht eine kulturelle Einrichtung nach der anderen zu Grunde gehen lassen und die übriggebliebenen immer mehr den Bedingungen der kapitalistischen Marktordnung unterordnen. So gedacht, liegt für mich ein politischer Ausdruck oft schon im Aufrechterhalten einer (Sub)Kultur, die sich den marktwirtschaftlichen Verhältnissen

verweigert. Darüber hinaus muss aber durch Kultur eine Ästhetik vermittelt werden, die eine Botschaft sendet, bereits durch den „Genuss“ oder den Konsum derselben. Hier hat sich in den neunziger Jahren einiges verschoben. So kann mensch beispielsweise Punk, Ska oder Hardcore nicht mehr als dezidiert links auffassen, da ja rechte Skinheads und Neonazis mit derselben Musik faschistische Botschaften propagieren. In anderen Kulturbereichen (z. B. Kino und bildende Kunst) machte sich die Marktwirtschaft mehr als noch vorher breit. Folge: Die Kultur hat sich nicht an sich entpolitisiert, vielmehr sind die politische Botschaft und deren Ausdruck in den Subkulturen auf eine subtilere Ebene gerutscht. Zur Abgrenzung gegenüber denen, die mit den selben Mitteln etwas anderes sagen, wird inzwischen eine starke Differenzierung benutzt. Das wird dann besonders deutlich, wenn mensch die KünstlerInnen über die Absichten hinter ihrem Schaffen befragt. Auf der KonsumentInnenseite bleibt aber fast nur das Eintauchen in dieses Gestrüpp aus Querverweisen, versteckten Botschaften und ästhetischen Verwirrspielen. Leider ist die Bereitschaft dazu bei vielen „Linken“ sehr gering, dieses „neue Zeugs“ wird dann als weniger politisch als die „alte“ Kultur gewertet. Schade, denn es gibt hier viele Anschlussmöglichkeiten und wenn eine subtil-politische Kultur mehr Rückhalt erfahren würde, könnte sie eine größere Öffentlichkeit erreichen.

Peter: Zur Frage, ob KünstlerInnen heute weniger politisch sind, als früher: Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wirkt sich natürlich auch auf „Kulturschaffende“ aus, die nach meiner Definition den kulturellen Aspekt ihres Handelns in den Vordergrund stellen und dadurch aber immer auch politisch handeln, wenn auch oft nicht bewusst. Nicht-politische Kultur ist politisch, da sie sich der gesellschaftlichen Veränderung und Emanzipation verschließt.

Für eine emanzipatorische Kultur ist ein Bewusstsein der Veränderbarkeit der Verhältnisse vonnöten und das, so glaube ich, haben viele aufgegeben. In Nürnberg gibt es gegen die Schließung von selbstverwalteten Einrichtungen kaum Widerstand, viele versuchen sich durch Anpassung doch noch zu retten (was natürlich ihr gutes Recht ist), für eine längerfristige Entwicklung für eigenständige und selbstverwaltete Kultur ist damit allerdings wenig zu holen.

Die einzelnen kulturellen Initiativen und Aktivitäten können natürlich nicht alle in eine Schublade gesteckt werden, aber bewusst nach außen getragene Politik spielt oftmals kaum eine Rolle. Politische Kulturschaffende wie z.B.

Schorsch Kamerun von den Goldenen Zitronen aus Hamburg gibt es hier in Nürnberg eigentlich überhaupt nicht, Menschen, die bewusst und offen versuchen, Kultur und Politik zu verbinden und gesellschaftspolitische Themen über Kultur transportieren und Bewusstsein vermitteln wollen. Kamerun wird zwar von vielen hochgelobt und geschätzt, den Versuch, eine ähnliche Herangehensweise auch hier in Nürnberg umzusetzen, vermisste ich allerdings gänzlich. Tobias:

Einerseits hat sich hier, siehe oben, die Ebene des Ausdrucks verschoben.

Andererseits können KünstlerInnen auch immer nur ein Teil und Spiegelbild dieser Gesellschaft sein. Wenn die gesamte Gesellschaft sich entpolitisiert, dann wird dies im Kulturbereich auch so sein. Besonders traurig macht mich das unkritische Verhältnis gegenüber den Großkonzernen. Kultursponsoring im großen Stil hat für mich nichts mit einer integren Arbeit im kulturellen Bereich zu tun. Gerade im Kunstbereich werden oft Grenzen überschritten. Vielleicht haben viele Kulturschaffende noch nicht begriffen, wo

die Macht wirklich sitzt. Oder anders gesagt: Sponsoring durch die CSU wäre unvorstellbar, aber Siemens geht für viele schon in Ordnung. Dumm zwar, dass sich manche Projekte gar nicht mehr ohne die Unterstützung von GeldgeberInnen umsetzen lassen, aber dann müssen vielleicht auch die Maßstäbe dieser Kunst oder Kultur und ihre Zielrichtung kritisch hinterfragt werden. Die Selbstverpflichtung zum Do-it-yourself hat aber nichts mit Kleinkunst oder der absoluten Ablehnung von Massenkultur zu tun. Wir sind, denke ich, in den letzten 40 Jahren mit einer Populär- oder Pop-Kultur großgeworden. Die Ausdrucksformen heutzutage sind von Pop beeinflusst.

Trotzdem herrscht bei links-politischen Veranstaltungen häufig die Meinung vor, ein Bänkel-Protestsänger wäre das Nonplusultra, oder es wird zum 24. Mal diese oder jene „politisch korrekte“ Band eingeladen. Aber erstens interessiert genau diese Art von Musik häufig keine einzige außenstehende Person, und zweitens vergibt mensch als Veranstalter damit auch die Chance, mit anderen Kulturschaffenden in Kontakt zu treten. Selbst wenn mensch dann eine Absage einfährt bei irgendwelchen lokalen Berühmtheiten: Das wäre ja auch eine politische Aussage der Betroffenen. In letzter Zeit hat sich aber auf regionaler Ebene einiges getan und vielleicht sind manche „Linke“ auch überrascht, dass sie bei einigen MusikerInnen oder DJs/DJanes offene Türen einrennen. Peter: Ich merke, dass wir in einigen grundsätzlichen Punkten übereinstimmen, was mich für die Zukunft hoffen lässt. Mich freut es, dass wir eine gemeinsame Grundhaltung in Gramsci finden, auffällig ist hier allerdings dein Sprachgebrauch, der eine - für mich - entscheidende Aussagekraft negiert.

Für dich war Gramsci „nur“ Philosoph, für mich war er in erster Linie Kommunist. Du sprichst von „marktwirtschaftlichen Verhältnissen“, ich von Kapitalismus, auch Sprache ist Kultur und auch Sprache ist politischer Ausdruck. Ich habe bei Konzertankündigungen und Bandbeschreibungen oft den Eindruck, dass der offen politische Bezug bewusst außen vor gelassen wird, vielleicht im Glauben, dass damit potentielle KonzertbesucherInnen/HörerInnen verschreckt werden, weil es „out“ ist, die Dinge beim Namen zu nennen und die „subtilere Ebene“, wie du es beschreibst, greifen soll. Eine äußerst defensive Herangehensweise und z.T. auch nicht im Sinne der KünstlerInnen selbst. Ein Beispiel dazu: Vor einigen Monaten war der New Yorker Künstler Eric Drooker in Nürnberg. In diversen Veranstaltungsankündigungen war seine politische Herangehens- und Denkweise leider nur zu erahnen. Wer allerdings auf der Veranstaltung war, weiß, dass er die Dinge bewusst beim Namen nennt und nichts verschleiern will. Hier geht es nicht um das Abdreschen von Parolen und Schlagwörtern, hier geht es ganz einfach darum, die Realität auszusprechen und diese zu vermitteln. Genau das ist es was mich stört: Das (bewusste)

Ausklammern und Verschleiern politischer Standpunkte. Die Zensur im eigenen Kopf ist es, die wieder durchbrochen werden muss, gefordert ist der Mut zur klaren politischen Aussage. Tobias: Dein Beispiel der Goldenen Zitronen hätte ich sicher auch gewählt. Was in Hamburg um die Wohlfahrtsausschüsse passiert, finde ich sehr wirksam und inhaltlich absolut wegweisend. Dies liegt aber sicher nicht nur daran, dass hier politisch arbeitende KünstlerInnen „etwas machen“, sondern dass auch die richtigen Leute sich zusammenschließen.

Wie kann nun Politik und Kultur hier im Großraum wieder näher zusammengebracht werden? Zum einen sind (noch) Möglichkeiten, oder zumindest Örtlichkeiten, da, an denen eine Zusammenarbeit möglich ist. Zum anderen könnten vielleicht nur neu erschlossene Räume und Konstellationen etwas wirklich ent-

scheidendes in Bewegung setzen. Ich denke, dass die Bewegung von beiden Seiten passieren muss, auch wenn es sich für mich so darstellt, dass viele Kulturschaffende eine Ahnung von Politik haben - aber nur wenige linke politisch Aktive eine Beziehung zu kultureller Ästhetik. Vielleicht weisen die jüngsten gemeinsamen Aktivitäten (wie der 13. Mai in Fürth) in die richtige Richtung. Peter: Die Bewegung dazu muss von beiden Seiten kommen, das ist richtig. Die Voraussetzungen sind zum einen, sich auszutauschen, zu diskutieren, sich über Toleranz und Offenheit näher zu kommen - von beiden Seiten. Verschiedene Kritikpunkte gegenüber „Kulturschaffenden“ (z.B.

Vermarktung, Sponsoring) kann ich nur genauso sehen. Zum anderen muss aber auch die (autonome) Linke ihr derzeitiges Verhältnis zu Kultur hinterfragen und Kulturarbeit als zentralen Aspekt autonomer Politik wiederentdecken.

Solikonzerte sind nämlich mehr als eine Finanzierungsmöglichkeit politischer Arbeit, sie sind Teil des Ausdrucks autonomer Politik und Kultur. Tobias:

Also: warum nicht selbst beginnen, Musik machen, Malen, sich in die Programmarbeit bei den einschlägigen Veranstaltergruppen mit einbringen, Kino-Gruppen unterwandern, sich über den neuesten „heißen Scheiß“ informieren?

Sicher, für politische Veranstaltungen geht viel Zeit drauf. Aber genauso geht es den KulturveranstalterInnen: Von der Programmarbeit ausgelaugt (mensch will da ja einen gewissen Status aufrechterhalten) bleibt keine Zeit und Energie mehr für explizit politische Arbeit. Trotzdem: das Selbermachen ist einfach besser als das Warten-dass-Andere-es-machen. Peter: Neue, selbstverwaltete und selbstbestimmte Räume, unabhängig von städtischem/staatlichem Einfluss und unabhängig von dubiosen GeldgeberInnen würden den gemeinsamen Austausch und die gemeinsame Weiterentwicklung mehr als fördern, das wissen allerdings auch die, die diese Zentren schließen. Dass die Entwicklung und Durchsetzung solcher Räume immer Thema sein muss, ist klar, eine Zusammenarbeit ist allerdings auch heute schon möglich: In den bestehenden Einrichtungen und im öffentlichen Raum, (auf der Straße, in Parks), über alte und neue, legale und illegale Aktionsformen - klar, es gibt viel zu tun, aber packen wir es doch einfach an ...

(SUB)KULTUR UND LIBERTÄRE BEWEGUNG

MAKING DIY A THREAT AGAIN

Von Teodor Webin
graswurzelrevolution 330

Mitte der 90er Jahre: In einem Uni-Seminar, das auf gewerkschaftliche Erwachsenenbildung vorbereiten soll, wird einleitend die Frage gestellt "Wie bin ich rot geworden? Auf sämtlichen eingereichten Papieren taucht der Begriff 'Punk' auf.

Zehn Jahre später: in einer Talkshow wird eine Hauptschülerin gefragt, was sie einmal werden möchte. "Hartz IV-Empfängerin" antwortet sie. Nach kurzem Nachdenken ergänzt sie: "... oder Superstar. Ja das wär's. Hartz IV oder Superstar"

Diese beiden Episoden werfen die Frage auf: Was hat politisches Engagement mit Kultur zu tun? Intendiert der Hang zu einer bestimmten Kultur ein politisches Engagement?

In den Gesprächen, die der ersten Episode folgten, wurden Namen benannt: Ton Steine Scherben in den 70er Jahren, Slime in den 80er Jahren, But Alive in den 90er Jahren. Auf diesen kulturellen Konsens kann man sich einigen. Was diese Bands eint, ist eine relativ ähnliche Art von Musik und vor allem Texte, die eindeutige Aussagen treffen.

Aber reicht das für eine spezifisch libertäre Kultur? M.E. tut es das nicht. Und, um noch weiter zu gehen: Eine spezifisch libertäre Kulturist in diesem Sinne sogar kontraproduktiv. Wenn sich in einer x-beliebigen Polit-Gruppe Leute zusammenfinden, die einen bestimmten Musikgeschmack pflegen, schließt das oft alle aus, die einen anderen Musikgeschmack pflegen. 'Kultur' in einem engeren Sinne ist dazu angetan, sich abzugrenzen. Sie bringt eine 'Szene' hervor, die sich künstlich einengt, indem sie nicht nur bestimmte inhaltliche Aussagen bevorzugt, sondern auch einen bestimmten Geschmack.

WIE IST PUNK SCHWARZ-ROT GEWORDEN?

Die Frage "Wie bin ich rot geworden?" mit "Punk" zu beantworten, greift zu kurz. Zwei Fragen müssen sich direkt anschließen: Zum einen: Wie bin ich zum Punk gekommen (oder Jazz oder Swing oder HipHop) und zum anderen: Warum ist Punk (oder...) rot geworden?

Darauf gibt es mehrere Antworten: Punk, HipHop und Reggae waren immer eine Einladung zum Mitmachen. Anfangs durchaus in dem Sinne, eine Gegenkultur zu etablieren, letzten Endes aber für viele als Gelegenheit, sich aus einem Alltagsstrott und der Arbeitswelt zu befreien. Die Einladung an alle bedeutet aber nicht, das auch mit entsprechenden Inhalten zu tun. Würde man quantitativ überprüfen wollen, was die Inhalte aller Punk-Bands sind, würde wahrscheinlich rauskommen, dass es zum Großteil um Sex und Saufen geht - und gegen Nazis. Im Großen und Ganzen nicht viel anders als bei den Rappern von Aggro Berlin oder beim nächsten Fußballspiel.

Wirft man einen Blick auf die Geschichte alternativer Kulturen - insbesondere auf eine Kultur der ArbeiterInnenbewegung - so wird man feststellen, dass die Inhalte zweitrangig waren. Eine linke Kultur wurde dann erfolgreich, wenn sie ökonomisch notwendig war. Seit den 1920er Jahren greifen Arbeiter (und selten Arbeiterinnen) zur Kampfe, wenn sie keine andere ökonomische Überlebensstrategie mehr haben.

Entlassungen oder niedergeschlagene Streiks sind oft der Hintergrund für beginnende Kulturkarrieren. In wahrnehmbaren

ökonomischen Protesten suchen sich ArbeiterInnen entsprechende Nischen, um weiterhin Brot auf den Tisch zu bekommen. Dass die Inhalte dabei das Arbeitsleben und den Widerstand dagegen thematisierten, liegt in erster Linie daran, dass dies Bestandteil der eigenen Erfahrung ist. Die ZuhörerInnen erkannten ihren eigenen Alltag wieder und sahen die MusikerInnen oder auch ErzählerInnen als eineN der ihrigen an. Diese Tradition haben am ehesten authentische Rockbands wie AC/DC oder Motörhead ins Musikbusiness getragen.

Punk fügte dieser Grundlage ein Egalitätsideal und die Selbstorganisation hinzu. Authentischer Punk wurde in Großbritannien in Schlips und Jacket gespielt, sprich: In der Schuluniform.

Während die Sex Pistols sich von Vivien Westwood stylen ließen, gingen authentische Punks auf die Bühne, wie sie auch auf die Straße gingen. Zur 'Ideologie' des Punk gehörte nicht nur, dass jedeR diese Musik machen konnte, sondern auch die Aufhebung des Rockstartums auf der Bühne und der Zuhörenden davor.

Als nach dem "Great Rock'n'Roll Swindle" 1977 Punk Iro, Lederjacke und Sicherheitsnadel im Ohr bedeutete, formierte sich sowohl mit Oi! wie auch mit Hardcore und Streetpunk eine neue authentische musikalische Bewegung: Schon am Kleidungsstil war bemerkbar, dass diese proletarischer war als der vorherige SchülerInnen-Punk: Arbeiterschuhe (DocMartens) und praktische Frisuren (kurze Haare oder Glatzen) zeugen davon.

SUBKULTUR UND GEWALT

Damit erhielt die direkte, körperliche Gewalt Einzug in eine musikalische Subkultur. Stellvertretend für den Klassenkampf wurde sich auf der Straße geprügelt: Der Streetpunker oder Skinhead in Arbeiterkluft prügelte sich mit dem Poser mit Iro. Hintergrund war und ist eine habituelle Differenz: Der gestylte Punker offenbarte sich als reiches Muttersöhnchen, das sich jeden Kleidungsstil erlauben konnte (weil es nicht von einem Arbeitsplatz abhängig war) oder aber als 'Asozialer', dem das alles egal war (aber immer noch Geld für Haarspray und -farbe hatte). Im neoliberalen Duktus würde man das 'Sozialneid' nennen...

Gerade zur Skinheadkultur gehört von Beginn an Gewalt dazu: Das proletarische Selbstbild intendiert leider auch den harten Mann. Dabei ist es relativ egal, ob man als Skinhead links, rechts, antirassistisch oder 'unpolitisch' ist: Prügeln gehört zum Stil wie Saufen: Ob der Punk nun verhauen wird, weil er eine 'Zecke' ist, einen anderen Lebensstil pflegt oder warum auch immer, ist egal.

Fortan zieht sich die Gewalt durch die Subkultur und verselbständigt sich. Aktuell geistert, insbesondere Lateinamerika betreffend, der gewalttätige Konflikt zwischen 'Emos' auf der einen Seite und Punks, Gothics und Metalheads auf der anderen Seite auch durch die europäische Presse. Die Gründe sind vielfältig: 'Emo' entstand als Spielart des Hardcore, wurde aber irgendwann im vergangenen Jahrzehnt zum Mainstream. Andere Subkulturen fühlen sich um ihren Lifestyle betrogen: Die 'Emos' sind - im vermeintlichen Gegensatz zum Anarchopunk - 'unpolitisch', sie 'klauen' den Punks ihre Musik und ihren Stil und den Gothics ihr Patent auf Frustration - das ihnen übrigens der 'Grunge' schon mal streitig machte (und über die 'neuen' Alternativrockers wurde sich seinerzeit genau so lustig gemacht). Die 'Emos' erscheinen heute als die 'Muttersöhnchen', die die Punks für die Skinheads waren - und insbesondere in Lateinamerika ist hier eine gehörige Portion Homophobie im Spiel: 'Punks don't cry' ließe sich die Empörung aus den etablierten Subkulturen umschreiben.

Während insbesondere in Lateinamerika T-Shirts mit dem Auf-

druck "Anti-Emo-Army" sich einer steigenden Beliebtheit erfreuen, tauchen in Europa die ersten T-Shirts mit genau dem selben Layout auf, hier heißt es nur "Anti-HipHop-Army".

NEW ARMY MODELS: HIPHOP RISING

Intendiert ist dieser neue Anti-HipHop-Duktus sicher durch die textlich unsäglichen Rap-Eskapaden aus dem Hause Aggro Berlin. Ähnlich wie der OII-Punk in den frühen 1980ern besticht er durch eine vermeintliche 'Street-Credibility', dem Bruch mit einer vermeintlichen 'political correctness', Machotum und einer offenen Flanke nach rechts außen.

Dabei war HipHop mal die Hoffnung einer libertären Subkultur. Bands wie die Beastie Boys, Rund DMC und Projekte wie jene der Metal-Band Anthrax und den Rappern von Public Enemy machten Rap und Hip-Hop in einer weißen, linken 'Szene' akzeptabel. In den frühen 1990ern, als mit Die Fantastischen Vier und Fettes Brot HipHop auf deutsch möglich wurde, gab es vermehrt deutschsprachige linke und oft migrantische Rapper.

Das Label "Aggressive Rock-Produktionen" (man beachte die namentliche Nähe zu Aggro Berlin!), das zuvor mit den "Soundtracks zum Untergang" zwei bahnbrechende Deutschpunk-Sampler publiziert hatte, präsentierte mit dem dritten Teil "Soundtrax zum Untergang 9III" 1993 erstmals einen linken Hip-Hop-Sampler. Die Lüdenscheider Anarchist Academy wurden in den 1990er Jahren für eine 'linke Szene' maßgeblich relevant.

"Aggressive Rockproduktionen" kehrte mit den folgenden "Soundtracks" zum Punk zurück. Augenscheinlich entpuppte sich das HipHop-Experiment nicht als Erfolg. HipHop in den 1990ern war eine Sache von Intellektuellen, die sich damit multikulturell fühlen konnten.

Dennoch: Die HipHop-Partisanen beweisen, dass es einen guten deutschen Rap neben Aggro Berlin gibt. Sie tauchen nur nicht auf MTV auf und haben keine Heavy Rotation im Radio. Eine "Anti-HipHop-Army" beweist nur die Angst weißer Mittelstandskids vor einer proletarischen und migrantischen Kultur.

Dabei haben HipHop und Punk einiges gemeinsam: Beide beruhen auf der Regel, dass ein Lied allen gehört. Allein das ist schon 'revolutionär' in Zeiten eines 'kognitiven Kapitalismus'. Die Beastie Boys etwa haben mit "Pauls Boutique" in den 1980ern ein Album vorgelegt, das heute nicht mehr machbar ist, weil es von Zitaten wimmelt, die heute unbezahlbar wären, da es sich um 'geistiges Eigentum' handelt. Punk, HipHop und Reggae sind schon darum subversiv, weil sie sich per definitionem gegen das Dogma des geistigen Eigentums wenden.

Hier kommt der zweite Aspekt ins Spiel: Die Selbstorganisation. 'Punk' hat mindestens drei Definitionen: Die musikalische (drei Akkorde und Schluss), die kulturelle (anders sein und am Bahnhof saufen) und die polit-ökonomische (Do it yourself), viertens gibt es eventuell noch eine Definition, die Punk von den Inhalten abhängig macht, die würde ich aber für illegitim halten. Spannend wird Punk da, wo (geistiges) Eigentum in Frage gestellt wird, Texte, Lifestyle und Musikstil sind irrelevant.

Hier schließt sich der Kreis: Kultur, Subkultur oder auch eine ArbeiterInnenkultur kann dann gewinnen, wenn sie eine ökonomische Perspektive gewinnt. Das Lifestyle-Verständnis kann das momentan nicht leisten und will es vielleicht auch gar nicht.

KRISE DER MUSIKINDUSTRIE - KRISE DES DIY

Es ist offensichtlich, dass die Musikindustrie in einer wirtschaftlichen Krise steckt. Schon die Einführung der CD kündigte dies an.

Wie einmal so schön formuliert wurde: "Die Musikindustrie hat die CD eingeführt, um allen Musik-Interessierten ihre komplette Plattensammlung noch mal zu verkaufen".

Zum Glück hat sie da vergessen, dass dieses Medium kopierbar ist. Die Musikindustrie rettete sich, indem sie immer neue Musikstile kreierte oder aus der Subkultur herausholte: So wurde MTV groß mit dem neuen Medium 'Video', so konnte plötzlich Hardrock, Metal und Punk im Radio gehört werden (in den späten 1980ern noch ein Skandal!), so wurde Grunge und auch der deutschsprachige HipHop populär.

Was die Musikindustrie betrifft, kann man hier nur klammheimliche Freude kundtun. Aber die Krise der Musikindustrie ist auch die Krise der meist spezifisch anarchistischen DIY-Szene. Vinyl-Platten zu pressen, ist unerschwinglich, und wer kauft eine Soli-CD, wenn er/sie diese für lau brennen oder downloaden kann?

Ähnlich wie die Musikindustrie ist auch DIY auf die Produktion von T-Shirts und auf vermehrte Konzerte angewiesen. Der DIY-Punk hat darüber hinaus die Schwäche, meistens nur Hobby und nicht Möglichkeit des ökonomischen Überlebens zu sein. Es gibt zwar Labels wie Jump Up oder Twisted Chords, von denen ein, zwei Personen leben können, das ist aber die Ausnahme. Der DIY-Punk greift nicht wie die ArbeiterInnen der 1920er Jahre zur Klampfe, weil er Kohle braucht, sondern nur aus kulturellen Gründen.

Die Relevanz des Kulturellen, die im Anarchismus immer aus geprägt war als im politischen Marxismus, war nie Selbstzweck, sondern macht erst Sinn, wenn sie mit der ökonomischen Fragestellung gekoppelt wird. DIY-Punk bietet heute keine Chance mehr, der globalen Ausbeutung zu entkommen.

Stattdessen bewirbt man sich bei DSDS: Die letzten beiden Gewinner dieses kruden TV-Wettkampfs waren immerhin vorher ALG II-Empfänger.

Womit wir bei einem der Eingangszitate wären: 'Superstar' werden erscheint als reale Perspektive. Konzerte im Autonomen Zentrum dagegen bestätigen nur eine eingebilddete libertäre Gemeinschaft.

Eine spezifisch libertäre Kultur muss in der Lage sein, in kollektiver Form ökonomische Alternativen zu bieten und nicht nur Gesinnungsparenen von sich geben. DIY als Konzept muss weg von einem musikalischen Punk-Purismus und die Möglichkeit, in der Musikindustrie á la Chumbawamba oder Rage Against the Machine mitzuspielen, sollte nicht verteufelt werden. In der momentanen Krise der Musikindustrie haben Kleinststrukturen wie DIY-Labels, MusikerInnen syndikate und kulturelle Genossenschaften die Chance, wieder eine ökonomische Alternative zu bieten.

"Making DIY a threat again" heißt: Ökonomisch (und diskursiv) bedeutsam werden. Anarchismus muss - gerade in seiner Kultur - die Möglichkeit bieten, wirtschaftlich unabhängig zu werden und so libertär alt werden so können.

APPROPRIATE YOUR CITY!

Auszüge aus der Zeitung für die Nachttanzdemo 2008 in Frankfurt/Main
http://nachttanzdemo2008.blogspot.de/images/NachttanzdemoZeitung_2008_Web.pdf

Amusement – so Adorno/Horkheimer – ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus. Die Verlängerung unseres Alltags aus Schule, Uni, Lohnarbeit. Dieses Amusement – und das ist die dialektische Form der Kulturindustrie – bietet dennoch auch einen Möglichkeitsraum, einen Raum zum Ausprobieren, einen Raum in dem ich die Normierungen des Alltags wie Geschlecht, etc. zurückweisen kann, in dem ich nicht den Traum träumen muss, sondern aus dem bösen Traum erwachen kann, der mich einschränkt, normiert, funktionalisiert und determiniert – der Traumschlaf der kapitalistischen Vergesellschaftung. Zwar bahnen sich die Weckreize und Störgeräusche mal laut, mal leise, übersteuert und verzerrt aus den Lautsprechern des Soundsystems, dennoch tragen sie bestimmt das Signal der Störung des Alltäglichen in sich. Tanzen auf einer Tanzfläche, die die Stadt ist, Tanzen als Protest. Und tanzend holen wir uns die Stadt zurück. Eine ungeordnete Party im Stadtraum ist unerträglich. Ein City-Rave ist also der Counterpart des Bedürfnisses der Spießler_innen nach der geordneten heilen Welt, von der sie selber ahnen, dass sie eine Lüge ist. Somit droht die Invasion junger Partysan_innen die mit der Sonnenbrille noch ins Bettgehen (irgendwann halt), auf den Straßen»ihrer« Stadt, dem Alltag. Der Alltag ist aber die subtilste Form der Herrschaft, seine Störung ist quasi ein verbrecherischer Akt. Und so muss das Außeralltägliche alltäglich gemacht werden, durch Einhegen von Parties in Clubs, durch Lärmauflagen oder durch das Aufmarschieren martialischer Polizeiketten bei der Nachttanzdemo. Jegliches Aufblitzen eines Anderen darf nicht sein. In unseren Parties scheint die Möglichkeit des Anderen auf, das sie als Modeunwesen verachten, und das sie für die Auflösung ihrer Traditionen als verantwortlich haluzinieren. Ein Verbot soll diesen Verfall eindämmen und es wird vermittels der Repression durchgesetzt werden. Der beständige loopartige Wechsel subversiver ästhetischer Stile, in dem die Spießler_innen den Verfall der Sittlichkeit ausmachen, muss aber noch beschleunigt werden, damit das Einrichten im Alltäglichen verhindert wird: mit jeder Party ein neuer style!

WHAT WE WANT...

»Let's smoke, let's drink, let's get trashed and go to bed with sunglasses on, we will always look younger anyway. Why? No time, no yesterday, no tomorrow just now. We will all dance to the same soundtrack and will never have the same pictures running in our head. Fear of rejection is gone. Nodress code, no Policy of Cool. To be unique but comfortably accepted, at night, should be an utopia.« Miss Kittin

Auf der Nachttanzdemo wollen wir einen Raum eröffnen, in dem Feiern nicht als Bestätigung des Status Quo verstanden wird. Eine Party soll nicht der Ort sein, indem das Vergessen von Alltag und Job ermöglicht wird. Vielmehr muss es darum gehen, andere Erfahrungen zu machen, sich den Logiken des Alltags, im Job, in der Schule, in der Uni zu entziehen und im Feiern eine sinnliche Auseinandersetzung mit Alltag und Kultur zu suchen. Gegen Deutschland – Freiräume entwickeln, erkämpfen, erhalten! Ich will meine Stadt, meine Styles, meine Drogen und meine Sexualität! Tausend Tanzflächen überall und zu jeder Zeit!

REPRESSION

So sind auch Partys, Konzerte und Festivals häufig Ziel polizeilicher Intervention. Privatpartys werden gestürmt, weil Nachbarn sich beschweren und Festivals geräumt, weil illegalisierte Drogen vermutet werden. Selbstverwalteten Zentren und besetzten Häusern wird durch restriktive Auflagen das Leben schwer gemacht. Doch fast nie treffen solche Maßnahmen gesellschaftlich etablierte Events wie Dorfdisco, Kirmes oder Schützenfest, obwohl gerade diese bezüglich Lärmbelästigung, Drogenmissbrauch und Konfliktpotential oft besonders negativ auffallen. Nur indem sich diesem Trend entschieden entgegengestellt und den bestehenden Verhältnissen eine klare Absage erteilt wird, bietet sich eine ernstzunehmende Perspektive. Neben direkter Intervention in Form selbstorganisierter Partys, Aufklärungsarbeit zu Computer- und Internet-sicherheit und dem unmittelbaren physischen Schutz gefährdeter Individuen, muss das Problem also immer im Kontext der kapitalistischen Verhältnisse thematisiert und interpretiert werden. Denn nie darf in Vergessenheit geraten, dass auch die Polizei letztendlich nicht – zumindest nicht immer – im eigenen Interesse, sondern in dem des ihr übergeordneten Staates handelt. Langfristig kann es also nur darum gehen, die bestehenden Verhältnisse zu überwinden und eine radikal andere Gesellschaftsordnung zu etablieren, in der wir frei unsere Partys feiern, unseren Alltag gestalten und unseren Aufenthaltsort wählen können. Auf dem Weg dorthin jedoch gilt es nach wie vor, Orte einzurichten an denen einem wenigstens der Versuch ermöglicht wird, gesellschaftliche Zwänge zu überwinden, solidarisch miteinander umzugehen und sich der Übermacht staatlicher Verfolgung gemeinsam entgegenzustellen. Einen solchen Versuch stellt unter anderem das Anfang August wieder in Stand gesetzte JUZ Bockenheim in der Varrentrappstraße 38 dar. Hier sollen Räume für Kunst- und Kulturprojekte fernab des gesellschaftlichen Mainstreams geschaffen und praktische Erfahrungen mit selbstverwalteten Strukturen gesammelt werden können. Auch treibt es auf dem Weg in die Freiheit auf die Straße, in den öffentlichen Raum: Mit Nachttanzdemos, Spontanpartys und -aktionen in der Innenstadt, am Main, in der U-Bahn, etc. kann man mobile Freiräume schaffen und vor allem den Kopf frei machen von Regeln, Gesetzen, Normen, Repressalien.

PARTYPOLITICS

Jede Party ist politisch. Dabei muss nicht unbedingt ein Transparent mit einer politischen Forderung an der Wand hängen. Politisch ist der Umgang der Leute miteinander: Ist er eher gemeinschaftlich oder sind alle auf einem Ego-Trip? Politisch ist das Verhältnis zur Natur bei einem Open-Air: Wird der Platz vernünftig genutzt oder bleiben Müllberge zurück? Politisch ist es auch, wenn alle ehrfürchtig zum DJ hinauf blicken und ihn gedankenlos bejubeln, was immer er auch macht. Politisch ist es, wenn eine Person mit überhöhten Preisen Profit macht. Politisch ist es, wenn stattdessen eine Party von einer Gruppe veranstaltet wird, der es um das gemeinschaftliche Erlebnis geht. Politisch ist ebenso, wie auf einer Party mit Drogen umgegangen wird. Politisch sind selbstverständlich Partys, die urbane Straßen und Plätze zurückerobern. Politisch sind Partys in Klassenzimmern und Supermärkten, in Konzernzentralen und Parlamenten. Partys, die für die Lust auf Veränderung stehen. Politisch sind insbesondere auch Partys, mit denen sich bewusst den Vorgaben von Kontrolle, Kommerz und Konsum widersetzt wird. Und politisch sind Partys, die zu einem wirklichen Freiraum werden...

LIBERTÉ TOUJOURS!

DEN ALLTÄGLICHEN WAHNSINN ÜBERWINDEN!

Redebeitrag auf der antikapitalistischen Streetparade am 30.04. in Braunschweig

Seit geraumer Zeit tummeln sich in dem bunten Allerlei welches unter dem Begriff »linke Subkultur« begrifflich fassbar gemacht werden kann, sogenannte »hedonistische« Gruppen, deren erklärtes Ziel »Freiheit, Freude, Lust und Genuss« darstellen und die Wert darauf legen festzustellen, dass auch linke politische Aktionen Spaß machen können und sollten. Letzteres soll in der Regel durch das Abspielen von elektronischer Musik in adäquater Lautstärke, Tanzen und ggf. exzessiven Drogenkonsum gewährleistet werden.

Da wir uns heute auf einer Streetparade befinden und der Ausdruck dieses Events dem eines »hedonistischen Raves« doch ungeheuer ähneln könnte halten wir es für unerlässlich ein paar kritische Worte zum politischen Konzept des Hedonismus zu verlieren.

Die Propagierung von »Lust und Glück für Alle« scheint angesichts der bestehenden Gesellschaft und ihres vorherrschenden repressiven Zwangscharakters ein emanzipatorischer Akt. Und auch für uns ist der Wunsch des Überwindens gesellschaftlicher Schranken und das Streben nach einem »besseren Leben« eines der zentralen Elemente die zu einer Situation des Bruchs führen und die Revolte gegen das Bestehende veranlassen können. Auch gegen Tanzen und laute Elektro Musik haben wir nichts einzuwenden. Doch auch für hedonistische Raves gilt das, was für alle anderen Aktionsformen gilt: Die Aktion ist stets nur so gut wie die hinter ihr stehende Gesellschaftsanalyse. Und die ist im Falle der »Hedonist International« leider ziemlich mangelhaft.

Die »Hedonist International« und die ihr zugehörigen Gruppen (insofern sie sich des Manifests verpflichtet fühlen) blenden die Totalität kapitalistischer Gesellschaft aus und entwickeln keinen kritischen Begriff der »Freiheit« innerhalb kapitalistischer Gesellschaften. »Spaß haben« wird zum Selbstzweck und »technischer Fortschritt« kritiklos zu »emanzipatorischen Potential«. Doch sowohl die bürgerlichen Individuen als auch die Dinge, welche sie konsumieren sollen und erst recht der »technische Fortschritt« sind innerhalb ihrer gegenwärtigen kapitalistischen Beschränktheit zu reflektieren.

Bereits Herbert Marcuse formulierte auf dieser Grundlage eine grundsätzliche Kritik des Hedonismus: »In dieser Form der Gesellschaft kann die Welt, wie sie ist, zum Gegenstand des Genusses nur werden, wenn alles in ihr, Menschen und Dinge, so hingenommen werden, wie sie erscheinen, ohne daß ihr Wesen (...) dem Genießenden gegenwärtig werden.«

Technischer Fortschritt ist im Kapitalismus immer dem Primat der höheren Verwertbarkeit unterworfen und somit nicht einfach in eine nicht-kapitalistische Gesellschaft übertragbar. Ähnlich verhält es sich mit der Freiheit, die im Kapitalismus keine unbedingte ist, sondern der Selbstverwertung des Individuums unter den Prämissen des freien und gleichen Tausches dient. Die HedonistInnen flüchten in die beschränkten Möglichkeiten des Genusses welche die bürgerliche Gesellschaft bietet und laufen somit Gefahr die Verhältnisse zu verfestigen anstatt an deren Überwindung zu arbeiten.

Die HedonistInnen haben recht, wenn sie Verbesserungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht als per se reaktiv abtun und auch der »Spaß« innerhalb dieser Gesellschaft ist

nichts grundlegend falsches. Im Gegenteil, eine gute Zeit haben und das bestmögliche Leben führen sollte das persönliche Ziel eines jeden sein. Jedoch taugt »Spaß haben« als linksradikales Konzept überhaupt nichts, insofern er nicht die gesellschaftlichen Strukturen innerhalb derer die Individuen Spaß haben sollen kritisiert und als die falschen angreift. Die dafür notwendige Analyse lassen die HedonistInnen außen vor, sodass ihr »Spaß« nicht viel mehr emanzipatorisches Potential enthält als der Kaufrausch bei H&M, welcher dem ein oder anderen Individuum im Kapitalismus tatsächlich auch eine ganze Menge »Spaß« bereitet.

Dieser Idee des affirmativen »Spaß Habens« im Hier und Jetzt ist die Forderung entgegen zu halten, die Gesellschaft so einzurichten, dass sie tatsächlich von den bestehenden kapitalistischen Zwängen befreit ist - und auch »Spaß« so nicht mehr länger deformiert und eingeschränkt ist.

Darum hier heute ein weiteres Mal:

Für den Kommunismus!



